

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2,10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6spaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plabvordr. 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3,50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilsauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Finanzkommission des Reichstages lehnte die Weinsteuer ab.

Berliner Beamte und Lehrer protestierten gegen die Beschlüsse des preussischen Landtages zur Befolgsreform und offerierten gegen die Abtretung eines Mandats ihre Unterstützung des Freisinn bei einer eventuellen Landtags-Ersatzwahl in Berlin.

Die Polizeiverwaltung zu Halle a. S. hat die Beschwerde gegen die Verhaftung des Redakteurs Niebuhr, die erfolgte, um ihn an einer Übertretung des Vereinsgesetzes zu hindern, als unbegründet zurückgewiesen.

Der Schah von Persien hat sich unter dem Druck der englisch-russischen Intervention zur Bildung eines liberalen Kabinetts verstanden.

Der Tabakwertzoll.

Leipzig, 10. Mai.

„Unfinn, du siegst!“, kann man sagen, wenn man den Vorschlag der Subkommission, bei Einführung von ausländischem Rohtabak eine Zuschlagsteuer von 30 Prozent zu dem bisherigen Zoll, nach dem Werte des Tabaks berechnet, zu erheben, einmal unter die sachmännische Lupe nimmt. Kein Fachmann hat es bisher auch nur für möglich gehalten, daß ein Tabakwertzoll jemals ernstlich in Frage kommen könnte, und noch heute ist in sachmännischen Kreisen die Meinung vorherrschend, daß der neue Vorschlag gar nicht ernst gemeint sei. Bei dem Bestreben der bürgerlichen Parteien, einander in die Suppe zu spucken, und bei der systematischen Bearbeitung der Finanzkommission durch die Vertreter des Tabakvereins, ist es allerdings erklärlich, daß der Tabakwertzoll-Unfinn greifbare Gestalt annehmen konnte. Der Tabak soll und muß bluten — das scheint nach der Abstimmung der Subkommission bei sämtlichen bürgerlichen Parteien jetzt endgültig festzustehen; auch die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Vertreter noch kürzlich öffentlich erklärt haben, unter keinen Umständen einer Mehrbelastung des Tabaks zuzustimmen, scheint, genau wie vor drei Jahren bei der Zigarettensteuer, ihren Umfall bereits vollzogen zu haben.

Die Wertbesteuerung des Tabaks ist eine alte Lieblingsidee des Zentrums, das bei der Bewilligung neuer indirekter Steuern immer „sozial“ erscheinen möchte. Wir verteuern nicht die „Pfeife des armen Mannes“, wird das Zentrum wiederum seinen Wählern erzählen; die Wertsteuer wird hauptsächlich die Raucher der teuren

Zigarrensorten treffen, die billigen Sorten werden nur ganz gering belastet. Das Interesse der minderbegüterten Raucher, wie auch das der Arbeiter der Zigarrenindustrie, gebietet dringend, durch Anführung von Tatsachenmaterial diesen Wahn zu zerstören.

Um die Wirkung des 30prozentigen Wertzuschlags festzustellen, sind der nachfolgenden Berechnung die Kalkulationen von 66 verschiedenen Zigarrensorten zugrunde gelegt worden. Das Endergebnis zeigt folgende Mehrbelastung:

5-Pfg.-Zigarre von	2.20 bis	3.05 Mk. pro Tausend
6	1.85	3.85
7	2.05	5.40
8	2.00	4.80
10	3.30	6.70

Wer von der Kalkulation des Preises für das Tausend Zigarren keine Ahnung hat, wird diese Feststellung einfach für unglaublich erklären; wir müssen deshalb schon eine Erläuterung geben. Bei der Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg entfielen im Durchschnitt von acht Jahren von dem Faktorewert der Zigarren 40 Prozent auf Lohn, 15 Prozent auf Tabakzoll, 10 Prozent auf allgemeine Aufkosten. Wenn dieses Verhältnis auch nicht in allen Zigarrenfabriken dasselbe sein wird, so gibt es doch ein annäherndes Bild für die bei einer Preisberechnung von Zigarren zu berücksichtigenden Tatsachen. Für das Rohmaterial verbleiben also nach obiger Feststellung nur 35 Prozent des Faktorewerts der Zigarren. Diese 35 Prozent entfallen aber nicht allein auf Rohtabak, dazu gehören auch die Ausgaben für Zigarettenstiefeln, für Etiketten, Papier, Streifen, Band zum Bündeln der Zigarren. Je nach den hierbei verwandten Qualitäten, je nach der Verpackungsart sind diese Ausgaben aber sehr verschieden. Ebenso differieren die Arbeitslöhne je nach der Art der Packung. Daß der Arbeitslohn der Zigarrenarbeiter je nach der Fassung und danach, ob Form- oder Handarbeit verlangt wird, erheblich differiert, dürfte bekannt sein. Berücksichtigt man alle diese variablen Größen und den weiteren Umstand, daß zu einer kleineren Zigarre an Rohtabak etwa zehn Pfund, zu einer großen Zigarre achtzehn Pfund und darüber verwendet werden, so dürfte auch dem Nichtfachmann einleuchten, daß mit dem Wertzoll der zahlungsfähige Raucher nur sehr minimal belastet wird.

Bei dem Wertzoll brauchen nur einige der in Betracht kommenden Ausgaben bei einer besseren Verpackungsart herabgemindert zu werden, um die Mehrbelastung für den Raucher feinerer Sorten vollständig auszuhalten. Das wird denn auch tatsächlich geschehen. Die Qualität der Zigarre leidet nicht darunter, ob statt $\frac{1}{16}$ $\frac{1}{10}$ -Packung, ob statt Seidenband Shop-Seide oder Bastband, ob statt eines teuren, geschmackvollen, künstlerischen Etiketts ein gewöhnliches, billigeres genommen wird; der bemittelte Raucher kann seine gewohnte Qualitätszigarre weiter

dämpfen, ohne den Wertzoll zu bezahlen, sofern er nur seine Ansprüche an die Verpackungsart etwas herabmindert. Bei dem unbemittelten Raucher ist dies fast ganz ausgeschlossen, weil bei feinen Sorten schon jetzt keine besonders hohen Ausgaben für die Verpackung gemacht werden. Bei einigen Sorten läßt sich aber auch hier natürlich noch sparen, und so würde die Wirkung des Wertzolls auch für die Hilfsindustrien der Zigarrenindustrie, für die Risten-, Etiketten-, Papier- und Zigarrenbandfabrikation sehr schlimm werden. Nach Feststellungen des Vereins der Hilfsindustrien des Tabakgewerbes sind in diesen 13 000—14 000 Arbeiter und Angestellte allein für die Tabakindustrie beschäftigt, diese würden unter den Wirkungen des Wertzolls schwer zu leiden haben. Dasselbe trifft selbstverständlich wiederum zu für die Tabakarbeiter. Bei der in der Zigarrenindustrie bestehenden Konkurrenz würden die Fabrikanten bestrebt sein, genau wie nach 1879, die Mehrkosten dem Konsumenten mehr und mehr wieder abzunehmen und sie den Arbeitern und voraussichtlich auch den Händlern aufzubürden. Der Nordwesten Deutschlands, Rheinland und Westfalen, gerade die Distrikte, in denen das Zentrum vorherrschende Partei ist, würden am meisten betroffen werden. Die Hamburger und Bremer Großfabrikanten brauchen nicht dort arbeiten zu lassen, zumal der Zentrums-Wertzoll-Vorschlag sie geradezu zwingt, für die Anfertigung ihrer billigen Sorten das Produktionsgebiet des deutschen Tabaks aufzusuchen. Die Steuer für den deutschen Tabak soll nach dem Antrage des Zentrums abgeordneten Müller-Fulda nur von 45 Mk. auf 50 Mk., also fast überhaupt nicht, erhöht werden. Wähler und Akkordarbeiter wird dann Hauptbestandteil der billigen Sorten werden; erfahrungsgemäß das wirkungsvollste Mittel, um den Rauchern die Zigarren ab- und die Pfeife anzugewöhnen.

Die Wähler Tabakbauern werden einige Jahre Müller-Fulda als ihren Heiligen verehren, dann wird auch für sie der unaussprechliche Kladderadatsch kommen, genau wie nach 1879; die christlichen Tabakarbeiter aber in Rheinland und Westfalen und auch im Heimatland von Müller-Fulda, in Hessen, werden keine Ursache haben, auf das Haupt ihres „sozialgesinnten“ Parteigenossen Segen herabzusehen für seinen unheilvollen Wertzollvorschlag, der für viele Not und Elend, für die meisten Tabakarbeiter aber eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung bewirken wird.

Der Tabakwertzoll wird aber noch eine weitere Folge zeitigen, die ihn, wenn der Reichstag ihn annehmen sollte, in wenig Jahren wieder von der Bildfläche verschwinden lassen wird: er wird eine ungeheuerliche Defraudation bewirken und zwar eine Defraudation, die nach dem deutschen Strafgesetz nicht einmal geahndet werden kann. An der Grenze bei der Einfuhr den Weg des Tabaks zu bestimmen, ist einfach verrückt; jeder Fach-

Seuilleton.

Das Herz.

Roman von Peter Egg.

34] Nachdruck verboten.

Sie rüstete sich wie zu einer Ueberwinterung. Sie wehrte sich gegen die Einsamkeit. Ihre ganze Zeit sollte befehlt sein. Sie machte sich daran, zu sammeln, was über den Vater geschrieben wurde, soweit sich das mit Hilfe von skandinavischen und deutschen Zeitchriften machen ließ. Die Gefangenschaft steigerte ihre Energie. Sie konnte mehrere Briefe opfern, um nur eine kleine Notiz zu erhalten, wenn sie glaubte, daß sie besonderen Wert habe. Und sie ordnete den Stoff. Sie ließ nicht nach, wenn auch die Arbeit ihr beständig Verdruß brachte, weil sie praktischen Sinn von ihr verlangte, und sie davon nur wenig besaß.

Von jedem Werk schrieb sie nieder, was ihr Vater darüber gesagt hatte, und von einem jeden notierte sie ihrerseits Bemerkungen, von denen sie glaubte, daß Freunde seiner Musik Interesse daran haben könnten.

Aber es geschah wohl, daß sie mitten in ihrer Arbeit innehielt und nach ihrem Mann lauschte, selbst wenn er nicht in der Nähe war, — selbst wenn er auf Reisen war. Oft hatte sie dann ein Gefühl, als sei er zugegen. Und die Arbeit ward schwer, — so schwer, da sie abbrach. Und es kostete Anstrengungen, sie am selben Tage wieder anzunehmen. Wenn sie mit ihren Kindern spielte, geschah es unter seinen Augen.

An ihrem Geburtstag, Mitte Dezember, kam sie zum Frühstück herunter und fand ein Paket von jedem der Jungen. — „Für Mutter von Ove.“ — „Für Mutter von Alf.“

Die Geschenke waren mit Sorgfalt und Geschmack gewählt. Sie hatten Ueberlegung gekostet.

Und das machte, daß sie die Kinder vergaß, die da standen und zusehen und warteten. Sie vergaß auch, daß da nichts von ihm war, nicht einmal ein Gruß. Sie dachte an all das, was er nicht hatte vermeiden können, in diese Pakete hineinzulegen; denn sie mußten in Schmerz und Trost und Liebe zusammengebunden sein. Weder Worte noch Geschenke von ihm würden ihr mehr gesagt haben als die Pakete, die er und er allein gepackt und ihr von den Jungen hatte schenken lassen.

„Warum weinst du, Mutter?“, fragte Ove.

„Alf sing an zu wimmern.“

Da lächelte sie ihnen zu und legte die Sachen schnell hin und setzte sich an den Frühstückstisch. Später spielte sie mit den Kindern, und da mußte sie, mitten im Spiel, ihrer eignen Munterkeit lauschen. Sie hörte selbst, daß sie so sonderbar laut sprach, und sie fragte sich, warum sie die Stimme erhob. Was hatte sie denn erlebt? Ein paar mal durchschauberte es sie leise . . . dunkle Ahnungen durchzuckten sie, daß sie bald traurig werden würde. Sie tat etwas, was sie nicht tun durfte, und das würde sich rächen. Aber die Munterkeit konnte sie nicht dämpfen. — Ihrem Werk opferte sie keinen Gedanken. Das hatte sie heute vergessen.

Eins von den Mädchen kam gegen Mittag und sagte, es sei ein Bote oben gewesen, und habe gesagt, Herr Stange lasse grüßen, und er könne nicht vor vier Uhr zu Tische kommen, weil er in Geschäften fort müsse — die gnädige Frau solle nicht warten.

Da begriff sie langsam. Und da ward sie an sich selbst irre.

Sie hatte geglaubt, Schwäche bei ihm zu spüren und war munter geworden und hatte laut geredet! Und dann war das die Stärke! Seine herbe Stärke, die ihn daran verhindert hatte, mit einem minderwertigen Mann um sie zu kämpfen . . . Sie hatte geglaubt, eine Spalte in der Finsternis der Ueberwinterung zu entdecken. Als

ob die ein Ende haben könne, so lange er der Mann war, der er war!

Sie ward von neuem an sich selbst irre. — Was konnte aus der Ueberwinterung kommen? — Nichts. — Der Tod. — Wer sollte diesen Zustand heben? — Er? Woju? Er, der sie haßte. Ja, denn er hatte sie heute morgen nicht erkennen wollen. — Sie sollte sich nur nichts einbilden! . . . „Du hast beständig deine Freiheit.“

Es vergingen Tage, ehe sie sich wieder mit ihrem Werk beschäftigte. Und da suchte sie nur in den alten Schriften herum. Ihre neu erwachte Energie war plötzlich erloschen.

Jetzt stand Weihnachten vor der Tür. Ihr graute vor dem Christabend. Wie sollten sie darüber hinwegkommen?

Er kam darüber hinweg. — Am Mittag ward das Kontor geschlossen, und er zog nach dem Heidhof hinaus. An Geschenken von den Kindern für die Mutter fehlte es nicht.

Am zweiten Weihnachtstage kehrte er zurück.

Bald nach Neujahr kam Eilert Stange eines Mittags nicht zu Tische. Kirsten wartete eine Weile mit dem Essen. Sie wußte, wo er war, denn am vorhergehenden Tage hatte sie in der Zeitung gelesen, daß am Vormittage eine Generalversammlung in der Aktienbank stattfinden sollte.

Erst als sie und die Jungen aufstanden, um von Tische zu gehen, stand er im Zimmer. Das Gesicht war ein klein wenig bleich und starr.

„Wir haben gegessen. Ich konnte die Jungen nicht länger warten lassen.“

„Können wir nicht dableiben, wenn Vater ist?“ bat Ove.

„Nein, heute nicht. Habe keine Zeit. — Nimm die Jungen mit dir ins Wohnzimmer.“

„Kommst du nicht herein, wenn du gegessen hast, Vater?“ bat Ove.

mann amüsiert sich über die naiven Leute, die das für möglich halten. Nach den ausländischen Fakturen die Verkäufer erheben, ist ebensowenig angängig. Wenn der Großfabrikant in Amsterdam oder Rotterdam eine Partie Tabak zu einem Durchschnittspreis kauft und nach diesem bei der Einfuhr für die feinsten Sortierungen der Partie den Wertzoll bezahlt, so handelt er vollständig nach dem Buchstaben des Gesetzes. Wer hindert ihn aber, die minderwertigen Sortierungen in Holland später wieder zu verkaufen? Das kann ihm doch kein Gesetz der Welt verbieten — das Geschäft aber ist gemacht, der Wertzoll für die Fein-Sortierungen ist gespart. Der Möglichkeit, im Ausland dem deutschen Fiskus ein Schnittpfeil zu schlagen, sind so viele, daß der Handel mit Sumatra- und Java-Tabak in Hamburg, Bremen und Mannheim bald auf ein Minimum beschränkt werden würde. den Tabakwertzoll einführen, bedeutet buchstäblich, die Geschäfte des Auslands besorgen. Wenn die Regierung den Tabakwertzoll akzeptieren sollte, dann sicher nur unter der Voraussetzung, daß er in wenig Jahren wegen seiner Undurchführbarkeit der Banderolsteuer Platz machen würde.

Gegen Banderolsteuer und Tabakzollerhöhung wollen wir unsere früheren Argumente nicht nochmals wiederholen. Wir wollen am Schluß dieses, die Gründe gegen den Tabakwertzoll noch nicht erschöpfenden Artikels, nur erinnern an die Worte, die am 9. Januar 1908 der verstorbene Abgeordnete Bülling namens der nationalliberalen Fraktion im Reichstage sprach: „Meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß für Deutschland der richtige Augenblick für eine eingreifende Besteuerung des Tabaks verpaßt ist und daß sich dieses Veräumnis jetzt nicht wieder einholen läßt.“ Der große Widerstand, dem jeder Vorschlag auf eine Mehrbelastung des Tabaks begegnet, nicht nur in der Industrie und bei den Konsumenten, sondern auch bei zahlreichen Gemeindebehörden sowie bei der gesamten Bevölkerung großer ländlicher Distrikte und — last not least — im Reichstage selbst, sollte die bürgerlichen Abgeordneten darüber belehren, daß der großen Protestbewegung gegen jede Art höherer Tabakbesteuerung die auf Tatsachen beruhende Ueberzeugung zugrunde liegt, daß das „Mehrbluten des Tabaks“ ohne Zweifel eine enorme Schädigung der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiter bedeutet. Ueber diese Bedenken wird man sich aber natürlich leichtens Herzens hinwegsetzen. Wenn es gilt, den Geldbeutel der Besthenden vor der Heranziehung zu den Staatslasten zu schützen, müssen alle Rücksichten auf das Wohl von Tausenden von Arbeitern schweigen.

Wie an der Unfallversicherung herumgeflickt werden soll.

(Schluß.)

II.

Die Leistungen der Unfallversicherung sollen nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung erheblich verbessert werden. Zunächst wird das, was unter Erwerbsunfähigkeit in der Unfallversicherung zu verstehen ist, bestimmt. Als erwerbsfähig, so heißt es in dem Entwurf,

gilt der Verletzte insoweit, als er nicht mehr in stande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, dasjenige zu erwerben, was er vor dem Unfall erwerben konnte.

Dieser Vorschlag ist dahin ausgelegt worden, daß in Zukunft die Unfallentschädigung nicht mehr nach der Schädigung der Arbeitsfähigkeit, sondern nach der Verminderung des Arbeitsverdienstes bemessen werden soll. Nehmen wir als Beispiel einen Arbeiter, der durch einen Unfall zwar in seiner Arbeitsfähigkeit beträchtlich geschädigt ist, in seinem Arbeitsverdienst aber keine Einbuße erlitten hat. Die Fälle kommen vor. Mancher Unternehmer, in dessen Betrieb ein Arbeiter verunglückt ist, schämt sich, den Verunglückten, auch wenn er nicht mehr so viel leisten kann als vor dem Unfall, zu entlassen oder ihm auch nur einen Abzug an dem bisherigen Arbeitslohn zu machen. Er sucht den Arbeiter in seinem Betrieb bei demselben Arbeitslohn an einer solchen Stelle zu verwenden, die der

Verunglückte trotz seiner verminderten Arbeitsfähigkeit noch ausfüllen kann. Außerdem ist es während eines guten Geschäftsganges und einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften nicht ausgeschlossen, daß ein verunglückter und nicht mehr voll arbeitsfähiger Arbeiter vorübergehend bei demselben Lohn beschäftigt wird wie die andern Arbeiter. In solchen Fällen hat der verunglückte Arbeiter keinen Schaden an seinem Arbeitslohn erlitten und ihm steht daher auch kein Anspruch auf Schadenersatz zu, wenn die Unfallversicherung nur den Schaden am Arbeitslohn zu ersetzen hat.

Ob freilich mit der vorstehenden Bestimmung des Begriffs Erwerbsunfähigkeit dieser Grundsatz festgestellt werden soll, ist nicht sicher. Aus dem Wortlaut der Begriffsbestimmung muß nach unserer Auffassung der Grundsatz nicht herausgelesen werden. Die „Begründung“ des Entwurfs, soweit sie bis jetzt veröffentlicht ist, geht darauf nicht ein.

Jedoch ist hier Mißtrauen und Vorsicht in der Tat geboten. Denn der Entwurf enthält eine weitere Neuerung, die die Folge jenes Grundsatzes ist. Es soll nämlich das Recht auf Bezug der Rente ruhen,

solange und soweit das Entgelt, das der Verletzte erhält, zusammen mit der Rente, den Betrag übersteigt, den der Verletzte ohne den Unfall bezogen haben würde.

Nehmen wir an, daß in einem Orte der Wochenlohn eines bestimmten Arbeiters 30 Mk. beträgt. Ein verunglückter Arbeiter beziehe eine Rente im Betrage von 6 Mk. die Woche. Findet er eine Arbeitsstelle mit einem Lohn von 30 Mk., dann ruht sein Anspruch auf eine Rente überhaupt, da er ja ohne die Rente den vollen Lohn hat. Beträgt sein Lohn aber etwa 25 Mk., dann steht ihm für die Zeit, in der er diesen Lohn bezieht, nur eine Rente im Betrage von 5 Mk. zu, da sein Lohn von 25 Mk., zusammen mit 5 Mk. Rente, den vollen Lohn — 30 Mk. — ausmacht.

Hier zeigt sich aber auch, wie ungerecht die Neuerung in dem Entwurf ist. Denn gehen wir zu dem Fall über, der am allerhäufigsten ist: der Arbeiter kann gar keine Arbeit oder nur eine Arbeit bei einem viel geringeren Lohn, etwa 12 Mk., finden. Dann ist sein ganzes Einkommen in dem ersten Fall 5 Mk., in dem zweiten Fall 12 + 5 = 17 Mk., also viel geringer als der Lohn, den er ohne den Unfall bezogen hätte. Für diese Fälle hat der Entwurf keine neuen Bestimmungen gebracht. Nach dem jetzigen Gesetz „kann“ die Berufsgenossenschaft, solange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls unvermögend arbeitslos ist, die Teilernte bis zum Betrag der Vollrente erhöhen. Sie „kann“ es tun. Uns ist aber noch kein einziger Fall bekannt geworden, in dem eine Berufsgenossenschaft von diesem Recht Gebrauch gemacht hat. — In dem andern Falle, daß der verunglückte Arbeiter zwar Arbeit hat, aber bei einem ganz geringen Lohn, darf die Berufsgenossenschaft gar nicht etwas tun, um dem Arbeiter den Schaden an seinem Arbeitsverdienst zu ersetzen.

Wenn aber die Berufsgenossenschaft das von der Rente abzieht, um was diese zusammen mit dem Arbeitsverdienst den Lohn eines voll arbeitsfähigen Arbeiters übersteigt, dann muß sie auch den Betrag zu der Rente hinzufügen, um den dieselbe, zusammen mit dem Arbeitsverdienst des Verunglückten, hinter dem Lohn eines voll arbeitsfähigen Arbeiters zurückbleibt. Wenn der Arbeiter zufällig mehr verdient, soll das Mehr die Berufsgenossenschaft einstecken; daher muß sie auch dann, wenn der Arbeiter zufällig weniger verdient, das Wenigere drauflegen.

Bezeichnend ist es, daß nach dem Entwurf gegenüber den verunglückten Arbeitern nicht einmal dieses selbstverständliche Gebot der Gerechtigkeit erfüllt wird.

Aber es kommt noch besser! Das Recht auf Bezug der Rente soll in demselben Maße wie vorhin ferner ruhen: solange der Verletzte von einer angemessenen Arbeitsgelegenheit, die ihm die Berufsgenossenschaft geboten hat, ohne triftigen Grund keinen Gebrauch macht.

Diese Bestimmung, so heißt es in der Begründung, sucht dem entgegenzutreten, daß der Rentenempfänger „auf Kosten“ der Berufsgenossenschaft faulenz. Dabei bekommt der Verunglückte nur den Schaden ersetzt, den er unter allen Umständen tatsächlich erlitten hat. Wenn er wirklich faulenz, tut er es in Wahrheit auf seine eigenen Kosten und nicht auf Kosten der Berufsgenossenschaft.

Die Bestimmung kann jedoch zu einer unerhörten Vergewaltigung der Arbeiter führen. Die Berufsgenossenschaft untersteht ganz und gar dem Einflusse der Unternehmer. Die Arbeiter dürfen nicht im mindesten in die Geschäfts-

führung der Berufsgenossenschaft und ebenso in den Arbeitsnachweis derselben hineinreden. Daher ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Berufsgenossenschaft dem Rentenempfänger Streikarbeit oder eine andere Arbeit zuweist, zu der sich der Arbeiter nicht hergeben will und kann. Es ist daher geradezu ein Skandal, daß die Reichsverwaltung sich erlaubt, einen solchen Vorschlag zu machen.

Eine weitere Verschlechterung bezieht sich auf die kleinen Renten, die „Schnapsrenten“, wie sie die „Geldlosen und Besten“ nennen. Unter den „kleinen Renten“ versteht der Entwurf die Renten bis zu 20 Proz. der Vollrente. Diese „kleinen Renten“ sollen zwar nicht ohne weiteres befristet, aber nur noch für eine gewisse Zeit bewilligt werden. Die Herren Geheimräte haben nämlich entdeckt, daß die Folgen eines Unfalls, die mit Renten bis zu 20 Proz. entschädigt werden, vielfach in einer von vornherein übersehbaren Zeit durch Anpassung und Gewöhnung in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wegfallen oder sich doch wesentlich mildern. Demgemäß soll die Berufsgenossenschaft bestimmen, für welche Zeit sie eine „kleine Rente“ gewährt. Nach Ablauf dieser Zeit fällt die Rente ohne weiteres fort. Ist nach Ablauf der Zeit die durch den Unfall herbeigeführte Einbuße an Erwerbsfähigkeit nicht weggefallen, so kann der Verletzte eine neue Feststellung der Rente verlangen. — Durch diese Bestimmungen wird mancher Arbeiter um seine Rente kommen, da er sich nicht durch Unannehmlichkeiten des neuen Verfahrens aufregen will.

Die Abfindung eines Verunglückten durch eine einmalige Zahlung einer größeren Summe soll bei allen Renten bis zu 20 Proz. der Vollrente gestattet sein, während dies jetzt nur bei Renten bis zu 15 Proz. zulässig ist. Wir halten die Abfindung für eine Schädigung der verunglückten Arbeiter, die durch die neue Bestimmung vergrößert wird. Außerdem ist nach dem jetzigen Gesetz die Abfindung nur mit Zustimmung beider Parteien, der Berufsgenossenschaft und des Verunglückten, möglich. Im Entwurf ist die Zustimmung des Verunglückten gestrichen. Daraus ergibt sich das — Rechtsverhältnis, daß in dieser Sache nur der Wille der Berufsgenossenschaft in Betracht kommt. Mag ein Arbeiter noch so sehr die Abfindung wünschen, die Berufsgenossenschaft braucht darauf, wenn es ihr nicht beliebt, nicht einzugehen. Nehmen wir dagegen den Fall, daß ein Arbeiter, der gleich nach dem Unfall eine größere Rente bekommen hat, im Laufe der Zeit mit einer immer kleineren Rente abgefunden worden ist, weil sich sein Zustand angeblich gebessert hat. Der Arbeiter fühlt aber, daß letzteres nicht richtig ist, ohne davon die Rechte der Berufsgenossenschaft überzeugen zu können. Eines Tages erklärt die Berufsgenossenschaft, daß sie diesen Arbeiter, da er nur noch 20 Proz. der Vollrente erhält, abfinden will. Der Arbeiter protestiert dagegen. Das hilft ihm aber nichts. Er kann nur die Entscheidung des Versicherungsamts und Oberversicherungsamts einholen. Beide Instanzen stimmen aber der Abfindung zu. Der Arbeiter wird abgefunden. Wenn dann später der Zustand des Arbeiters sich so sehr verschlechtert, daß jetzt auch die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaft die vollständige Erwerbsunfähigkeit des Verunglückten anerkennen müssen, ja wenn der Verletzte sogar infolge des Unfalls stirbt, dann antwortet die Berufsgenossenschaft: der Fall ist für uns durch die Abfindung erledigt. Der Arbeiter ist um die Rente, seine Witwe und Kinder sind um die Hinterbliebenen-Entschädigung gekommen.

Die Unfallversicherung ist wahrlich schon jetzt schlecht genug. Dennoch haben es die Geheimräte im Reichsamt des Innern fertig gebracht, noch eine ganze Reihe von Verschlechterungen auch hier anzubringen.

Soziale Rundschau.

Drohnen.

Nach dem neuesten Abschluß der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder gibt es in Deutschland 12 000 solcher Pflöcke. Ungefähr der vierte Teil der Aufsichtsratsstellen ist von nur 107 Personen besetzt, und zwar haben die einzelnen Aufsichtsräte mindestens 10, drei sogar 35, 42 und 44 Mandate inne. Nehmen wir an, daß jede Stelle im Durchschnitt nur 10 000 Mark einbringe, dann kommt für die Nebenbeschäftigung schon ein ganz hübsches Taschengeld zusammen. Die Lantien sind aber vielfach bedeutend höher. Das ergeben die nachfolgenden Spezialaufweise von einer Anzahl Aktiengesellschaften aus der Metallindustrie. Dabei ist zu erwähnen, daß die Großbanken noch viel höhere Lantien abstoßen als die gewerblichen Großunternehmen. Es zahlen Lantien in Mark pro Aufsichtsrat — die Gesamtsumme der Lantien in Klammern:

Altona, Vereinigte Metallwarenfabriken 3000 (15 000), Kumbach-Friede, Lothringers Hüttenverein, 23 140 (410 523), Berlin: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 18 182 (400 000), Siemens u. Halske 22 478 (247 208), Bergmanns Elektrizitätswerke 15 484 (130 352), Maschinenfabrik Schwarzkopff 17 051 (102 310), Anhalter Maschinenfabrik A.-G. 5220 (78 200), Sächsische Werke 12 838 (38 500), Elektrizitätswerke 11 584 (127 426), Akkumulatorenfabrik 6182 (68 000), Maschinenfabrik, Julius Wintzsch 18 081 (108 188), Wismar-Hütte, D.-Schl. 20 214 (202 142), Bielefeld, Dürkopp Maschinenfabrik 12 152 (60 759), Bochum, Deutsch-Luxemburgische Berg- und Hütten-A.-G. 6589 (92 251), Verein für Bergbau und Hüttenfabriken 21 590 (387 548), Chemnitz, Wanderer Fahrradwerke 3314 (23 198), Sächsische Maschinenfabrik Dornum 2702 (18 013), Hermann u. Alfred Fischer 3000 (18 000), Maschinenfabrik Kappel 3318 (10 508), Sächsische Webstuhlfabrik 9780 (38 881), Dresden, Schiffswerft und Maschinenfabrik 4087 (19 740), Gebr. Sed. Maschinenfabrik 6444 (32 221), Düsseldorf, Deutsch-Oesterreichische Mannesmannröhrenfabrik 5814 (90 773), Duisburg-Hüttenort, Phönix 25 814 (774 423), Weiden, Rheinische Stahlwerke 9375 (75 000), Düren, Metallwerke 4920 (20 510), Durlach, Maschinenfabrik Gröner 9286 (65 000), Eisenhütte Slesia D.-Schl. 7876 (47 257), Frankfurt a. M. Hartmann u. Braun 24 007 (128 336), Rahmeyer Werke 25 170 (327 215), Friedenshütte, Ober-Sächsische Eisenbahnbedarf-Aktiengesellschaft 5002 (107 840), Halle, Maschinenfabrik und Eisengießerei 7907 (38 535), Wegelin u. Häbner 5080 (35 209), Halberstadt, Hirsch, Kupfer- und Messingwerke 4211 (16 843), Elektrizitätswerk in Hamburg 25 703 (128 811), Hamm, Westfälische Drahtindustrie 5564 (59 951), Hannover, Maschinenbau A.-G. 18 807 (184 457), Hohenlohe-Schleife, Hohenlohe-Werke 17 528 (157 705), Kasseler Eisen- und Stahlwerk 6075 (48 378), Leipzig, Kröner u. Co. 5156 (12 023), S. Schneider 5047 (35 882), Regis, Vereinigte Glasfabriken und Glaswerke 4184 (20 921), Ruppiner, Schl. A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb 22 599 (203 788), Mannheim, Maximilianshütte, Eisenwerk 5714 (40 000), Meißel, Vereinigte Metallwarenfabriken 5004 (17 898), Metallwarenfabrik Wäcker 6287 (18 801), München, Lokomotivfabrik Kraus u. Co. 15 238 (109 870), Offenbach, Kronprinz, A.-G. für Metallindustrie 24 000 (96 000), Rombacher Hüttenwerke 25 993 (249 843), Saar-

„Nein, heute nicht. — Morgen.“
Kirsten zog die Kinder mit sich und half ihnen, ihre Enttäuschung zu vergessen, obwohl es ihr schwer genug ward, gerade jetzt die Gedanken zusammenzuhalten.

Sie hatte in dem Gesicht ihres Mannes gelesen, daß er heute etwas in der Bank durchzumachen gehabt hatte. Und es mußte etwas sehr Ernsthaftes sein, wenn er so aussehen konnte, wie eben, als er kam. Daß er die Jungen nicht um sich buldete, war ein schlimmeres Zeichen als jedes andre. Und dann, daß sie niemand fragen konnte, was vorgefallen war! Sie sprach ja die ganze Woche lang mit niemand als mit den Mädchen und den Kindern.

Früher hatte sie nur zufällig einmal die Zeitung gelesen. Aber seit die Einjamkeit allen Ernstes kam, war sie ihr unterhaltend geworden. Eines Abends hatte sie sogar ins Kontor hinuntergeschickt und fragen lassen, ob sie zu haben sei. Seit dem Tage ließ Eilert Stange den Bolontär damit hinausgehen, sobald er sie gelesen hatte.

Heute abend mußte eins der Mädchen hingehen und zwei von den vier Zeitungen der Stadt kaufen. Kirsten konnte nicht warten, bis sie ihre Zeitung herausgeschickt bekam. Es mußte etwas von der Versammlung darin stehen. Und das tat es auch. Sie überflog den Artikel, sprang hinweg über Zahlen und schwere Fachausdrücke und las: „... sämtlich wiedergewählt mit Ausnahme von Herrn Großhändler Stange, an dessen Stelle Herr ...“

Sie las die Zeitung nicht weiter. Und sie vergaß das andre für eine Weile. Sie war heiß und rot im Gesicht geworden. Er war aus der Direktion der Bank herausgeworfen, die er selbst gegründet hatte. Es war ihr, als habe sie etwas über sich selbst gelesen. Die schlichten, trockenen Worte waren eine höfliche Umschreibung einer Unverschämtheit gegen sie selber.

Die andre Zeitung war eine, die ihn schon ein paar-mal angeklafft hatte. Sie las:

„... Herr Eilert Stange wurde in aller Stille aus der Direktion herausgeworfen. Er war auch durch seine

Eigenmächtigkeit zu beschwerlich geworden. . . In Zukunft werden hoffentlich keine persönlichen Privatangelegenheiten mehr oder weniger intimer Natur die Leitung der Bank auf eine für die Anstalt ungünstige Art und Weise beeinflussen. . .“

An diesem Abend machte sie ihren Spaziergang nicht. Sie blieb in ihrem Schlafzimmer. Sie lag auf dem Ruhebett und sah die schadenfrohen und lächelnden Gesichter . . . die Gesichter der Kaufleute aus der Stromstraße und die ihrer Frauen, alle die Gesichter, die sie kalt oder neugierig gesehen hatte, als sie ihnen vorgestellt war, und die sie jetzher nie anders gesehen hatte. Jetzt hatten sie sich zusammengerotet. Aber im stillen. Sie sah sie alle dicht beisammen wie eine Wand, und sie lachten über Eilert, nicht über sie; denn sie bemerkten sie nicht, vor aller Welt verborgen, wie sie hier lag. Sie konnte den Rest ihres Lebens hier liegen bleiben; aber er mußte jeden Tag hinaus und diese Straße entlang gehen. Sie konnte stehen, wenn sie wollte, aber er nicht, und die Jungen auch nicht. Sie mußten alle drei hier leben, wo ein jeder das konnte oder zu kennen glaubte, was sie ihre Schande nannten. Ja, sie konnte gern hier liegen bleiben. Sie konnte doch nichts tun, nicht einmal vortreten konnte sie und sagen, daß er, um einen Ausweg für sie zu schaffen, Ragnar Breim aus der Stadt getrieben habe. — Nein, nichts konnte sie, nichts als ihm Schmerz bereiten, indem sie hier im Hause lebte. Und ihre Schuld ihm gegenüber vermehren. Sie schuldete ihm schon im voraus genug, und nun hatte sie ihm eine neue Demütigung zugefügt, die in seiner Brust nie ganz verheilen werden würde.

Sie richtete sich in eine sitzende Stellung auf, und verharrete lange so, ohne sich zu bewegen.

Wenn sie und er sich nur gleichgültig wären! Da würde das Leben hier unter demselben Dach zu ertragen sein. — Aber es mußte auch so ertragen werden. . . Sie wollte hier bleiben, ja, selbst wenn es nicht der Kinder wegen geschähe. Um ihrer selbst willen!

(Fortsetzung folgt.)

einigte Königs- und Laurahütte 18 100 (144 208), Wetter, Gießerei 18 112 (104 800), Wurzeln, Sächsischer Maschinenbau 22 1 (8063).

Das harmonische Verhältnis zwischen den „Arb. u. der Aufsichtsräte, dem „Verdienst“ der Aktionäre und dem Einkommen der Arbeiter illustrieren folgende Beispiele. Es betrug

Table with 4 columns: Gesellschaft, Dividende, Xanteme per Aufsichtsrat, Jahresdurchschnittslohn per Arbeiter. Rows include Gießerei Witten, Lokomotivfabrik Krauss u. Co., Maschinen u. Co., Bochumer Verein, Rheinische Stahlwerke, and Wismarschmelze D. Schl.

Also jeder Aufsichtsrat bekommt für ein paar Sitzungen im Jahre gerade soviel Trinkgeld, als 2-25 Arbeiter für ein ganzes Jahr angestrengtester Tätigkeit an Lohn erhalten. Und jeder Aufsichtsrat kann die schwere Nebenbeschäftigung in ein oder mehr Duzenden Gesellschaften ausüben. Es ist fürwahr herrlich eingeht in dieser Welt; das heißt, man darf nicht Arbeiter geworden sein. Wollen diese erzielen, daß sie in etwas reichlicherem Ausmaß an dem Segen der Arbeit partizipieren und daß sie nicht vorwiegend die Folgen der Krise zu tragen haben, dann müssen sie unzufrieden sein; „Begehrtigkeit“ ist da Zucht. Solche Zucht üben sie durch Anschlag an ihre Organisation, damit diese eine Macht wird, der das Unternehmertum Konzessionen machen muß.

Ein Bauer wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht.

Am 20. August v. J. stürzte in Ettlingen (Baden) beim Umbau einer Papierfabrik eine Mauer ein und tötete acht Maurer und Bauarbeiter unter den Trümmern. Ein Mann hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach einigen Tagen starb. Die übrigen sechzehn zum Teil heute Unfallrente, ein Beweis, daß auch sie mehr oder minder schwer verletzt wurden. Nun hatte sich der Bauarchitekt Klein, der den Bau leitete, vor der Strafkammer in Karlsruhe zu verantworten, angeklagt der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung. Die Verhandlung nahm einen vollen Tag in Anspruch. Zeugen und Sachverständige bezeugten, daß Kl. gewarnt worden sei, auf eine alte, stehengebliebene Mauer die neue Mauer aufzusetzen. Auch die Pläne und Zeichnungen hätten die Abtragung der alten Mauer vorgegeben. Das Urteil lautete auf nur zwei Monate Gefängnis. Es wurde gerichtlich festgestellt, daß die staatliche Baukontrolle sehr mangelhaft war.

Ein Terrorismuschwindel.

Im Anschluß an die Gewerkegerichtswahlen in Heidelberg, bei denen die christlichen und kirchlichen Gewerkevereine eine Niederlage erlitten, hat der christliche Gewerkeführer Rad in der negativen Presse einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem eine Reihe von Anschuldigungen gegen die freien Gewerkschaften und gegen das Wahlkomitee enthalten waren. Unter anderem hieß es in dem Artikel: „Alles, was als „rot“ bekannt war, durfte anstandslos wählen, auch ohne Ausweis. Dagegen wurden nicht „wählbare“ oder christliche Wähler streng behandelt und geprüft. Es kamen mehr als 10 Fälle vor, wo Wählende von sozialdemokratischen Vertrauensleuten unterzeichnete Ausweise erhielten und diese direkt vor dem Wahllokale erst ausfüllten. Weiter wählten Arbeiter, die nicht das geforderte vorgeschriebene Alter hatten. Vor der Tür zum Wahllokale, das zeitweise bis zum Erdriß mit Personen angefüllt war, nahmen sozialdemokratische Stimmzettelverleiher vielen die christlich-nationalen Stimmzettel wieder ab und steckten ihnen den „Genossenschafts“-Stimmzettel zu. Die Wahlbeeinflussung und Verhinderung gegen die Wahlvorschriften wurden von den Genossen überhaupt im Großen betrieben bezw. begangen. Die halbe Wahlkommission bestand aus „Genossen“, ein christlich-nationaler befand sich nicht darunter; als Kontrollleute standen links und rechts von den 6 aufgestellten Urnen — in einem Lokal — der sozialdemokratische Kartellvorsitzende und drei, zeitweise sechs führende Genossen. — Die bürgerliche Presse tat sehr entrüstet über solchen Terrorismus, und es wird nicht lange dauern, so wird dieser neueste Schwindel fleißig weiterfortgeführt werden. Der Schwindel ist aber so plump angelegt, daß der Heidelberger Bürgermeister sich gegen ihn erklärte. Er betonte in der Presse, daß die Angaben des christlichen Sekretärs von A bis Z unannehmbar sind; der Bürgermeister stellt fest, daß die Mehrheit des Wahlkomitees aus bürgerlichen Elementen bestand. Als unwahr wird die Behauptung bezeichnet, daß die Kontrollleute des Gewerkekartells um die Wahlurne Aufstellung genommen hätten, ebenso, daß die Wahlzettel und Beglaubigungen durch die Hände der „Genossen“ gehen mußten. Wollig unbewiesen seien die Anschuldigungen über Verhinderung gegen das Wahlgeseß. Auf diese Erklärung gaben die christlichen nicht einen Ton von sich. Dagegen soll ein kirchlich-demokratischer Generalsekretär den Versuch gemacht haben, einen Stimmzettel abzugeben, obgleich er nicht wahlberechtigt war. Ob das aus Dummheit geschah oder in der Absicht, einen Wahlanfechtungsgrund zu bekommen, ist nicht untersucht worden.

Gewerkschaftsbewegung. Beschlüsse der Unternehmerverbände zur Waiseier.

Der Zufall ließ uns einen Blick in die gedruckten Berichte zweier Versammlungen der Vereinigung Schleswiger Arbeitgeberverbände tun, die insofern größeres Allgemeininteresse haben, weil daraus auf die Stimmung der Unternehmer zur Waiseier im allgemeinen geschlossen werden kann. Die Versammlungen haben vor der diesjährigen Waiseier stattgefunden, was eine einheitliche Stellungnahme der Unternehmer zu verdeutlichen. In der ersten Versammlung begrüßte ein Redner die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens. Verschiedentlich sei eine Aussperrung der Waiseiernden angedroht, aber nicht ausgeführt worden. Das dürfe nicht vorkommen, da die Androhung dann mehr schade als nütze. Freiherr v. Reisswitz, Generalsekretär des Hamburger Arbeitgeberverbands, meinte: Die Frage könne seines Erachtens vorläufig nur lokal geordnet werden. Was aber einmal beschlossen sei, das müsse auf jeden Fall durchgeführt werden. Die lokalen Verhältnisse seien zu verschieden, als daß schon jetzt genau alle Bestimmungen für den ganzen Bezirk durchführbar seien. Die Waiseier soll nach den Beschlüssen der Sozialdemokratie in 25 Jahren den Kapitalisten sagen, daß das Proletariat den Kapitalismus nicht ertragen habe. Die Waiseierfrage sei sehr ernst und müsse demgemäß ernst behandelt werden. Alle Verbände müßten zu dieser Frage Stellung nehmen. — Ein anderer Redner meinte, die Waiseier sei ein überwundener Standpunkt. Selbst einzelne sozialdemokratische Organisationen gaben ihren Anhängern den Ton nicht frei. Ein Hauptmann a. D. erklärte: Als überwunden könne die Waiseier wohl nicht bezeichnet werden, aber nachdem nunmehr die Gewerkschaften schwanend geworden seien und den Feiern keine Entschädigung mehr bezahlten, hätten die Arbeitgeber das Best in Händen und müßten die Arbeiter den 1. Mai freizugeben, wenn nicht ganz zwingende Notwendigkeit ausnügen. Ein Redner erklärte es für verfehrt, den

Gründe dies veranlassen. Jeder, der mittlere, müsse ausgesperrt werden. Er stehe deshalb den Antrag, alle Waiseiernden auf 8 Tage auszusperrn. Die Durchführbarkeit dieses Antrags wurde bezweifelt und dann beschlossen, daß alle Verbände sich zunächst zu dieser Frage äußern und bestimmte Stellung nehmen sollen.

In der zweiten Versammlung wurde dann mitgeteilt, daß die Sache im Vorhande beraten worden sei, eine einheitliche Aussperrung der Waiseiernden für alle Branchen aber nicht für durchführbar gehalten wurde. Freiherr v. Reisswitz wies darauf hin, daß der Zeitpunkt für die Durchführung solcher Beschlüsse günstig sei, einmal, weil die Gewerkschaften keine Unterstützung der Waiseiernden mehr bezahlten und kann wegen der allgemeinen schlechten Geschäftslage. Die Metall- und Holzarbeiter feierten nicht mehr, und das Baugewerbe sei nur noch zum Teil, liege aber so flau, daß die Androhung einer Aussperrung zweifellos jede Waiseier verhindern würde. Von anderer Seite wurde die Durchführbarkeit einer allgemeinen Aussperrung bezweifelt. Einem derartigen Beschlusse würden nicht alle Mitglieder Folge geben können und deshalb würde er mehr Schaden als Nutzen. Es müßte der dringende Wunsch an die Mitglieder gerichtet werden, möglichst eine dreitägige Mindestaussperrung der Waiseiernden durchzuführen. Herr v. Reisswitz meinte, in vielen Orten sei die Aussperrung beschlossen, so in Hamburg, Harburg, Albed, Kiel, Neumünster, Itzehoe, Kellinghusen und andern. Es müßte diese gerade so gut in den Städten der Vereinigung möglich sein.

Bei der Abstimmung für den Beschluß einer einheitlichen Aussperrung stimmte nur ein Verband dafür; die übrigen Verbände stimmten für die Empfehlung einer Aussperrung. Der Generalsekretär des Arbeitgeberverbands der Landwirtschaft bedauerte lebhaft diesen Beschluß und trat nochmals warm für die Aussperrung ein. Weiter wurde der Vorschlag gemacht, zu empfehlen, im kommenden Jahre nach dem 1. Mai (seht) eine Rundfrage bei den Mitgliedern zu halten, ob der 1. Mai gesperrt werden sei, und ob Aussperrungen vorgekommen seien, um auf Grund dieses Materials im nächsten Jahre eventuell einen definitiven Beschluß über diese Frage zu fassen.

Leipzig und Umgebung.

Die Berliner und hannoverschen Bauklemperer stehen seit Wochen im Kampfe mit den Unternehmern, die mit allen Mitteln und allerorts versuchen, Arbeitswillige zu ergattern. So auch hier in Leipzig, wo sich der Klemperermeister Paul Basemann, Anger, Zweinaundorfer Straße 80, als Streikbrecherermittler der Berliner Unternehmer etabliert hat. In den Leipziger Neuesten Nachrichten, dem Organ für Unternehmerschutz, erklärt er folgendes Interat: „möglichst selbständig, auf hohen Lohn für auswärtig gesucht. In erfragen Zweinaundorfer Str. 80, I r.“

Einem Kollegen, der sich darauf meldete, wurde bedeutet, bei der Firma Paul Basemann in Berlin, Schöneberg, Beuningsstraße, Arbeit zu nehmen, wofür der Kollege natürlich bestens danke.

Die Bauklemperer mögen bei allen Arbeitsangeboten nach auswärtig genau beachten, daß Berlin und Hannover für Klemperer gesperrt sind.

Abwehrstreik der Steinmehrer Leipzigs.

Heute Montag morgen haben 200 Steinmehrer in 17 Geschäften die Arbeit niedergelegt. In einer gestern im Volkshaus abgehaltenen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Innung ihre Tarifvorlage, die gegen den abgelaufenen Tarif Verschlechterungen der Akkordlöhne enthält, nicht zurückziehen will. Es wurde darauf beschlossen, die Arbeit einzustellen zur Abwehr der geplanten Verschlechterungen. Das Mindeste, was die Kollegen fordern, ist die Aufrechterhaltung der bestehenden Tarifsätze.

Zugung wolle man vermeiden. Die Streikleitung.

Die Maler in Wurzeln haben mit der Innung einen Tarif abgeschlossen. Da auch die übrigen nicht der Innung angehörenden Unternehmer diesen Tarif anerkennen, ist es nach mehreren vergeblichen Versuchen gelungen, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Im Tarif wurde bei 9-stündiger Arbeitszeit ein Mindestlohn von 48 Pfg. festgelegt; für junge Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 40 und für Anstreicher, die bereits zwei Jahre im Beruf tätig, 42 Pfg. Ueberstunden von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntagsarbeit werden mit 10, Nacharbeit mit 25 Pfg. Zuschlag pro Stunde vergütet. Bei Landarbeit gibt es eine Zulage von 60 Pfg. pro Tag.

Der Tarif tritt am 10. Mai in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. März 1911.

Achtung, Arbeiter und Hilfsarbeiter! Die über die Rauchwarengüter von P. Kunath in Schleuditz verhängte Sperre ist aufgehoben worden. Herr P. Kunath hat den Tarifvertrag anerkannt und den von den Gehilfen gestellten Forderungen stattgegeben.

Die Verwaltung der Filiale Scheubitz vom Deutschen Kärntnerverband. J. A.: Ludwig Pehold, Vorsitzender.

Deutsches Reich.

Wieder ein Streikbrecher als Revolverheld. Aus Anlaß eines Streiks in Mühlheim schloß der Arbeitswillige Krepshorn, der von einer Herberge in Frankfurt a. M. geholt war, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ohne jede Veranlassung mehrere Male auf einen Streikposten, traf aber einen Unbeteiligten und verletzte ihn schwer am Oberarm und Arm. Der Revolverheld wurde verhaftet, die Waiseier beschlagnahmt. Beim Verhör gestand er ein, daß er nicht die geringste Veranlassung zum Schießen gehabt habe. Zwei Streikende desselben Wertes waren wegen Belästigung Arbeitswilliger am Freitag, 7. Mai, vor Gericht geführt, sie wurden aber freigesprochen, weil ihre Schuldlosigkeit feststand.

Zur Massenindignation der organisierten Textilarbeiter in Mühlhausen in Thüringen.

Die vereinigten Strickwarenfabrikanten in Mühlhausen in Thüringen haben offenbar nur Schredschüsse abfeuern wollen, als sie allen Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes zum 15. Mai festigten, weil die Arbeiter der Firma Voigt Hirsch die Waiseier durch Arbeitsruhe begünstigen. Die Unternehmer geben bekannt, daß sie die Indignation nur zwecks Ueberlegung weiterer Maßnahmen allgemein gefast haben. Sie wollen es jetzt bei einer Aussperrung „bewenden“ lassen, indem alle dem Textilarbeiterverband angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen vom 18. bis 21. Mai nicht zur Arbeit zugelassen werden sollen.

s. In der Oberpfalz, dem zukünftigen bairischen Rheinland-Weistal, steht gegenwärtig die Arbeiterfrage im alten und ist mit dem Unternehmertum im Lohnkampf. Am bedeutendsten sind der Generalstreik der bairischen Spiegelfabrikanten. Seit 27. April stehen alle 17 bairischen Spiegelfabrikanten vollständig still. Die Arbeiter verlangen 80 Prozent Lohnerhöhung und wollen damit, die in den letzten Jahren eingetretene Lohnminderung in der Höhe bis zu 60 Prozent

wieder rückgängig machen und eine neuerliche Verschlechterung der ohnehin miserablen Arbeitsverhältnisse verhindern. Die Glasfabriken aber, die alljährlich Riesengewinne einstreichen, sinnen auf ihren herrlich gelegenen Zwingsburgen das Lieb vom armen Mann, der vor dem Ruin steht.

Auch die Arbeiter der übrigen Industrien der Oberpfalz haben gewagt, an ihren Ketten zu rütteln. Die Unternehmung, die nach der Oberpfalz gekommen sind in der Erwerbung, dauernd billige Arbeitskräfte zu haben, erleben eine Enttäuschung nach der andern. In den letzten Tagen sind in den verschiedenen Orten nach nur kurzen Ausständen zum Teil kolossale Erfolgserwartungen worden: erhebliche Lohnerhöhungen und bedeutende Arbeitszeitverkürzungen.

Gegenwärtig stehen bei einem Bahntunnelbau in Regensburg 180-Orbeter wegen Lohnföhrung im Streit. In diesem Fall hat die Kgl. Bohr. Eisenbahnbeförderung die Streikbrecheragentur übernommen und 84 Streckenarbeiter als Streikbrecher obkommandiert. Bis diese Reilen im Druck erscheinen, wird das angerufene Verkehrsministerium die Leute zurückgezogen haben; der Fall beweist aber ebenfalls, daß man sich in der Oberpfalz noch nicht an Arbeiterstreiks gewöhnt hat und daß man es als unerhört empfindet, daß „Arbeiter sich gegen ihre Brotaggeber auflehnen“!

In den letzten Wochen sind in der Oberpfalz wiederum großartige Gründungen in der Montanindustrie vollzogen worden, desgleichen in der Keramikindustrie. Die wegen der Preisris aus den Großstädten in die Oberpfalz abgewanderten Arbeiter wirken dort eifrig als Pioniere der Arbeiterbewegung.

Boykott im Kampfe der Mainzer Brauereiarbeiter. Zum Ausstand der Brauer und Fuhrleute beschlossen die Partei und die Gewerkschaften mit großer Majorität den Boykott gegen die Mainzer Aktienbrauerei.

Der 5. Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter findet in der Zeit vom 28. bis 30. Mai 1909 im Volkshaus in Dresden statt. Tagesordnung: 1. Konstituierung des Verbandstages. 2. Geschäftsbericht: Vorstand, Ausschuss und Revisoren. Presse. 3. Die Stadtgemeinden als Arbeitgeber. (Unsere Taktik, Lohnbewegungen und Programm.) 4. Statutenberatung. 5. Gewerkschaftskongress. 6. Internationale Verbindungen, Konferenzen und Kongresse. 7. Sonstige Anträge. 8. Tageslohn.

Die Beschlüsse der Schmiegebewegung herauszugeben plant der Verbandsvorsitzende der Schmiede. Zunächst soll die Sammlung der nötigen Unterlagen vorgenommen werden. Das Material soll dann der nächsten Generalversammlung zur Begutachtung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Vorstand ersucht alle Kollegen und Freunde, ihn hierbei nach Kräften zu unterstützen und alles Material, das den einzelnen, besonders den älteren Kollegen zur Verfügung steht, als: Meister-, Gesellen-, Lehrlingsbriefe und -zeugnisse, Dokumente jeder Art sowie Schriftstücke, die mit Vorgängen des Gewerbes, den Meister- und Gesellenverbänden, Junggenossenschaften, Innungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in irgendeinem Zusammenhang stehen und auf das Schmiebegewerbe und dessen Weitergang Bezug haben, einzusenden. Wenn einfindbare Dokumente, Urkunden von Eigentümern oder Einfindern wieder zurückerhalten werden, so werden diese nach Abschrift oder Benutzung denselben wieder zugestellt. Alle Zu- und Einfindungen dieser Art sind an den Vorstand des Zentralverbandes der Schmiede, Hamburg I, Besenbinderhof 57, IV., zu richten.

Ausland.

Zum Wiener Tapeziererstreik. Mehr als sieben Monate steht ein Teil der Wiener Tapezierer im Streit, ein zweiter Teil seit acht Wochen in der Aussperrung, um eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Einführung der Akkordarbeit abzuwehren. Die von der Arbeitseinstellung betroffenen Betriebe sind vorwiegend Fabrikbetriebe, welche in der Möbelindustrie Oesterreichs tonangebend sind. Der Ausgang dieses Kampfes wird bestimmen auf die Arbeitsverhältnisse in Oesterreich überhaupt einwirken. Von Seiten der Unternehmer wird alles ausgedeutet, um die Gehilfen niederzuringen. Insbesondere ist das Bestreben der Unternehmer darauf gerichtet, von auswärtig Streikbrecher nach Wien zu bringen. Ferner wird versucht, den Streikenden mit Ausgesperrten jede Möglichkeit, an andern Orten Arbeit zu nehmen, zu unterbinden. Die Wiener richten daher an alle Kollegen das Ersuchen, sie in ihrem schweren und opfervollen Kampfe zu unterstützen, indem sie Zugung nach Wien streng fernhalten. Ferner ergeht an die Kollegen allerorts die höchste Bitte, bei Bedarf an Arbeitskräften das Wiener Sekretariat in Kenntnis zu setzen. Fest stehen unsere Reihen seit mehr als sieben Monaten; wenn uns auch die auswärtigen Kollegen treu zur Seite stehen, wird und muß endlich der Sieg auch in diesem schweren Kampfe, der sich allem Anschein nach bis in die Herbstmonate hinziehen wird, unser sein.

Die alterprobt Solidariät der Arbeiter, sie wird sich auch diesmal bewähren.

Für die Organisation der Arbeiter Wiens: Anton Grollig.

Für das Agitationskomitee: Karl Weigl.

Zum Niesenstreik in Argentinien wird aus Buenos Aires gemeldet: Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei hat beschlossen, alle ausländigen Arbeiter aufzufordern, die Arbeit wieder auszunehmen.

Streik französischer Seeleute. Aus St. Nazaire wird gemeldet, daß 800 Leute der Bemannung von vier Postdampfern der Compagnie Transatlantique in den Ausstand getreten sind. Sie verlangen u. a. Lohnerhöhungen und einen wöchentlichen Ruhetag auch zu Lande.

In Marseille konnten zwei Postdampfer der Compagnie Transatlantique, die den Dienst mit Ägier und Tunis versehen, nicht abgehen, da die Stewards in den Ausstand traten, weil ihnen die Ruhetage an Bord nicht bezahlt wurden.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Schumacherstreik in Düsseldorf. Fast sämtliche organisierte Schuhmachergehilfen sind wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung in den Ausstand getreten.

Die Lohnbewegung der Schneider in Dresden kann im großen und ganzen als beendet gelten. Am 1. April ist der neue, mit dem Unternehmerverband abgeschlossene Tarifvertrag in Kraft getreten. Dieser Vertrag erstreckte sich zunächst nur auf die 84 Werkstättenfirmen, und es war eine ziemlich schwierige Aufgabe, den Tarif auf die andern Firmen auszudehnen. Trotzdem ist es gelungen, bis zur Stunde bei 85 Firmen dem Tarif Anerkennung zu verschaffen.

Der Zimmererstreik in Stade ist beendet. Der Lohn wird von 52 auf 58 Pfg. sofort und vom 1. Juli d. J. auf 57 Pfg. erhöht. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt worden. Der Vertrag dauert bis zum 31. März 1910.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.

Oeffentliche politische Versammlungen. Ortskrankenkassen-Mitglieder, Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Dienstag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Sanssouci, Leipzig, Elsterstraße 12
Freitag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Felsenkeller, Plagwitz, Karl-Seine-Str.

Grosse öffentliche Volks-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung und die Absicht, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Ortskrankenkassen zu vernichten. — 2. Freie Aussprache hierzu.

Referenten in beiden Versammlungen sind die Stadtverordneten

Arbeitersekretär **A. Lüttich** und Redakteur **O. Pollender.**

Arbeiter, Ortskrankenkassenmitglieder! Der vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zeigt durchaus keine Verbesserungen. Er bringt aber dafür die fast völlige Vernichtung des den Arbeitnehmern gewährleisteten Selbstverwaltungsrechts. Der weitere Ausbau der Arbeiterversicherung fehlt. Auch die übrigen im Entwurf behandelten Versicherungszweige befriedigen auf keinen Fall.

Arbeiter, sorgt deshalb für Massenbesuch dieser Versammlungen.

Das Gewerkschaftskartell und das Agitationskomitee der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

J. M.: Karl Schroers, Leipzig, Brandvorwerkstraße 51; III.

Ortsverein L.-Connwitz.
Dienstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gambrinus, L.-Connwitz.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Schuchardt über: Die gegenwärtige politische Lage. 2. Diskussion hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. [8729]

Persil
Das vollkommenste, wirklich selbsttätige **Waschmittel**
von untrüblicher Wirkung; gibt mühelos blendend weiße Wäsche bei grösster Schonung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg. Überall erhältlich. Alleinige Fabrikanten.
Henkel & Co., Düsseldorf.

Stets **7000**
Neuheiten!
Bierbecher 8, 10, 15, 20, 25, 30, 40, 45, 4 bis 6.—
Schlegel, Glas Hainstr. 15/18.
Erzählungen von Wieland, Goethe, Novalis, Tieck, Gotthelf, Hebbel, Platen, E. T. A. Hoffmann, Musäus, Hauff, Immermann, Brentano. — In einem Bande, 408 Seiten Text. Gebunden. Statt 5 Mk. nur 1 Mk. **Volksbuchhandlg. Leipzig** Tauchaer Str. 19/21.

Metallarbeiter-Verband.
Geschäfts-Volkshaus Zeltzer Str. 32
stets Portal rechts, L.
Büreauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr.
Telephon 8784. [1900].
Osten! Vertrauensmänner-Versammlung, Montag, den 10. Mai, abends 1/9 Uhr, in der Silberpappel. [8876]
Zentrum! Donnerstag, 13. Mai, abends 1/9 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Volkshaus. Vortrag.
Westen! Donnerstag, 13. Mai, abends 1/9 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei Glantzmann. [8890.2]
Gelbmetallarbeiter. Donnerstag, 13. Mai, abends 1/9 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Volkshaus. Das Agitationskomitee.
Former und Giessereiarbeiter. Donnerstag, den 13. Mai, abends 1/9 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Volkshaus.
Mechaniker und Elektromonteuere und verw. Berufe. Sonnabend, den 15. Mai, Frühjahrs-Vergnügen im Elvort, Bindmühlstraße. Programm sind bei den bekannten Kollegen und im Bureau zu haben. [8231]

Linoleum-Ausverkauf
von Resten und älteren Mustern zu enorm billigen Preisen. Abgepackte Teppiche von 6.— Mark an. Ausgestellt sind obige Sachen in meinem Schaufenster **Markgrafenstrasse 8.**
Jos. Schäfer, Burgstrasse 26. [8852*]

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Leipzig.
Wegen Verweigerung der vertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nachstehende Betriebe gesperrt:
G. Baumann, Tischlerei, Leipzig, Elsterstr. 81.
E. Escher, Stuhlpolierwerkstatt, Plagwitz, Weissenfeller Str. 89. [3501] Die Lokalverwaltung.

Zigarren-Fabrik-Niederlage
Julius Köthe, Leipzig, Josephinenstrasse 13, R.
Verkauft nur in Packung von 100 Stk. an zu Engros-Preisen. **Wiederverkäufer beacht.**
Mehrere Tausend
Knaben-Anzüge horrend billig bei **Hildebrandt, Zeltzer Str. 24a.**

Zigarren in grösster Auswahl und in jeder Preislage führt in nur besten Qualitäten **H. Stöcker, V. Eisenbahnstr. 113 B.**
Reparaturen an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführung u. unter Garantie bei **Gustav Kaniss** Uhrmacher, Zeltzer Str. 6.
Massenmord! durch Wanzentod sicher wirkend. Flasche 75 Pfg. **Naphthalin** Pfund 15 Pfg. **Römische Drogerie** Nordstrasse 11. Tel. 10295. *
Goethe. Faust I. und II. Teil, in Liebhaber-Einbd. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Großes Lager in Inletts sowie Baby-Wäsche.
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarisdorf, Kirchstr. 2 Ecke Wurzen Strasse.

Leipziger Kohlenkontor G. m. b. H.
Katzbachstrasse 12 empfohlen Fernruf 3522
Salon-Briketts à Zentner 72 Pfg. frei Keller
bei 50 Zentner à " 70 " " " Ring-frei.
Industrie-Briketts à " 65 " " " "
Grösste Holzkraft! — Probieren und urteilen Sie dann selbst! — Grösste Holzkraft!
Wir geben zu diesem Zwecke Reizproben kostenlos von unserem Lagerplatze ab.
Garantie für richtiges Gewicht.

Familienanzeigen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden meiner innigstgeliebten Frau **Anna Hoffmann**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Besondere Dank dem Personal der Firma **Söhr & Co.** P.-Kleingehöcker, den 9. Mai 1909. [8600] Der tieftrauernde Gatte **Wilhelm Hoffmann.**

Für die überaus zahlreichen wohlthuenden Beweise herrlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner innigstgeliebten, teuren Gattin, unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin, Tochter und Schwägerin, Frau **Barbara Dorn geb. Glor**, spreche ich hierdurch, auch im Namen sämtlicher Hinterbliebenen, meinen tiefempfundenen Dank aus. [8719] **L.-Connwitz, den 8. Mai 1909.** In tiefstem Schmerze **Otto Dorn.**

Allen lieben Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß gestern abend 7 Uhr unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter und Schwester **Emilie verw. Müller geb. Orbel** im 68. Lebensjahre plötzlich und unerwartet am Herzschlage verschieden ist. Im tiefsten Schmerze zeigen dies an **L.-Plagwitz, Weissenfeller Straße 2, pt. r.** Die tieftrauernden Kinder zugleich im Namen der Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag, mittags 1/4 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

Am Sonnabend abend verschied nach kurzem schwerem Leiden meine innigstgeliebte Gattin, Frau **Anna Pieper geb. Merwitz.** Um stillen Beileid bittet Der tiefgebeugte Gatte **Hermann Pieper** im Namen der übrigen Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Begräbniskapelle in Söstervitz aus statt. [8700]

Politische Uebersicht.

Das politische Pendel.

Die englische Arbeiterpartei hat vorige Woche einen ganz unvorhergesehenen Wahlsieg errungen. Im Wahlkreis Attercliffe, Sheffield, wurden aus Anlaß der Mandatsniederlegung des früheren liberalen Deputierten Erftwahlen verordnet, und die beiden bürgerlichen Parteien stellten sofort ihre Kandidaten auf, — die Konservativen sogar zwei, da in ihren Reihen eine Spaltung vorgekommen war. Die dortigen Arbeiter waren lange im Zweifel, ob sie auch eine Kandidatur ausstellen sollten, da ein Teil von ihnen nichts von einem Vorgehen gegen die Liberalen wissen wollte und dem andern es an Geld fehlte, um selbständig zu handeln. Endlich, nachdem der Wahlkampf bereits mehr als eine Woche im vollen Gange war, stellten die Arbeiter ihren Kandidaten auf, den Vorsitzenden des dortigen Vereins der Unabhängigen Arbeiterpartei (S. L. P.), den Sozialisten Pointer, der auch Stadtverordneter ist. Der Wahlkampf wurde von ihnen sehr lau geführt, so daß noch am Tage der Wahl, angelehnt der Spaltung in den konservativen Reihen, der Spezialkorrespondent der Times schrieb, die Arbeiterkandidatur sei nur nominell, und der Liberale sei seines Mandats sicher. Es kam aber anders. Der liberale Kandidat bekam 3175 Stimmen, die beiden konservativen 3380 resp. 2803, und Pointer 3531 Stimmen. Da es in England keine Stichwahlen gibt und die relative Mehrheit gleich im ersten Wahlgange entscheidet, so war Pointer gewählt. Freilich hat dieser Sieg keine besondere Bedeutung, da er nur der Spaltung in der konservativen Partei zu verdanken ist; außerdem hat Pointer im Verlaufe des Wahlkampfes auf das peinlichste vermieden, seine sozialistische Uebergangung zu bekunden, so daß seine Wahl keineswegs eine Stärkung des sozialistischen Elements im Unterhause bedeutet. Allein der Fall wird aufs neue die bürgerlichen Parteien darauf aufmerksam machen, wie dringend eine Reform der Wahlprozedur ist. Dieser widersehten sie sich der Einführung der Stich- oder Proportionalwahlen auf das heftigste. Besonders die Liberalen wollten von keiner Aenderung hören, da sie sonst ein mächtiges Mittel verloren hätten, die Arbeiter durch einen Appell, die Reihen gegen die Konservativen zu schließen, zu ihrem Gunsten zu beeinflussen. Nachdem jetzt beide Parteien die Erfahrung gemacht haben, daß dieser Appell seinen Zauber auf die Arbeiterklasse verloren hat und daß die bestehende Wahlprozedur auch gegen sie selbst wirkt, so ist zu hoffen, daß die nötige Reform nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Aus den oben angeführten Ziffern ist zu erkennen, daß in jedem Falle die Liberalen ihren Sitz verloren hätten. In den vorigen Wahlen von 1906 haben sie mit einer Mehrheit von 787 Stimmen gesiegt. Diesmal, wenn keine konservative Spaltung stattgefunden hätte, hätten sie mit einer Minderheit von 2803 Stimmen verloren. Das zeigt, wie im Verlaufe der drei Jahre die Stimmung gegen die Liberalen und für die Konservativen, d. h. Proportionalisten umgeschlagen ist. Einen Tag später kam eine andre Erftwahl — im Geburtsort Shakespeares, Stratford-on-Avon — vor, und das Ergebnis war ähnlich. Bei den allgemeinen Wahlen von 1906 siegte der Liberale mit einer Mehrheit von 148 Stimmen. Diesmal hat der konservative Kandidat mit einer Mehrheit von 2148 Stimmen gesiegt. Seit Januar 1908 haben 28 Erftwahlen stattgefunden, und die Liberalen haben insgesamt 27 163 Stimmen verloren, und die Konservativen haben 31 325 Stimmen gewonnen. Die Liberalen haben in den seit den allgemeinen Wahlen verfloßenen drei Jahren kein einziges neues Mandat erobert, dagegen 11 Mandate an die Konservativen und 3 Mandate an die Arbeiterpartei verloren. Derartige bemerkenswerte Umwälzungen in der politischen Gesinnung der Wählerschaft sind in dieser Schrofheit und Schnelligkeit höchst selten und sie sind teils der Anziehungskraft der schützöllnerischen Agitation, hauptsächlich aber der tiefen Demoralisation des durchschnittlichen englischen Wählers zuzuschreiben. Seit langen Jahrzehnten, ja seit Generationen, von den beiden bürgerlichen Parteien an der Nase herumgeführt, hat der englische Wähler alles Vertrauen zu den Parlamentariern verloren und gibt mit einem auf dem Festlande unbekanntem Zynismus seine Stimme bald diesem, bald jenem bürgerlichen Kandidaten, indem er meint, es solle sie beide der Teufel holen, aber vielleicht lasse sich bei dem neuen Kandidaten doch etwas herausholen. Man konnte hoffen, daß wenigstens die Arbeiterpartei den Wähler eines besseren belehren und ihn aus der tiefen Demoralisation retten würde. Allein bis jetzt ist diese Hoffnung noch nicht verwirklicht worden, weil selbst die Arbeiterdeputierten sehr oft denselben parlamentarischen Schacher treiben und gern an dem bürgerlichen Lug- und Trugspiel teilnehmen.

Deutsches Reich.

Unbegehrte Furcht.

Wir haben längst die Tatsache konstatiert, daß der Zerfall des Blochs nicht aus der Prinzipienfestigkeit der Liberalen Finanzreformpolitik, sondern vielmehr aus der Zentrumsjagd der Konservativen folge. In der Donnerstagnummer des Tag bestätigt der Kompromißmacher v. Zedlitz dieses „psychologische Moment“ der Finanzkrisis. Es widerstrebe von vornherein den Konservativen mit den Liberalen die Finanzreform zu machen. Die Ausschaltung des Zentrums führe den Bloch, also auch die Blochlinie, zu entscheidendem Einfluß im Reich und in Preußen. Damit sei aber die Gefahr einer preußischen Wahlreform in den Vordergrund gerückt, weil sie die Voraussetzung für die Mitwirkung der Linkliberalen bei der Finanzreform bilde. Heute ist das Privileg der Junker im preußischen Landtag gut gesichert, was soll aber daraus werden, wenn der Reichstag seine Kompetenz bis zu diesem Privileg ausbreiten wollte, oder gar der Hort des Privilegs, der preußische Landtag, einer Wahlreform unterläge? Der edle Januschauer hat klar die Wünsche ausgedrückt, die die Junker für die Beschaffenheit eines Parlaments hegen, als er im Zirkus

Busch ausrief: „Wir wollen unser Vermögen nicht überantworten einem Parlament, welches wie der Reichstag gewählt ist durch ein radikales Wahlrecht, dessen Beschlüsse nicht kontrolliert werden durch ein Oberhaus.“ Sind die Konservativen wirklich so schlechte Kenner der liberalen Handelsgewohnheiten, daß sie die Furcht vor den demokratischen „Forderungen“ des liberalen Blochbruders nicht schon längst abgelegt haben? Der Liberale fordert nur demokratisch, um sich für die willige Preisgabe seiner Forderung von den Konservativen von Zeit zu Zeit das bisherige Leben schenken zu lassen.

Raum war die Tinte des Zedlitzartikels trocken, da elkte auch schon die Kölnische Zeitung herbei, um gegen die Hypothese einer liberalen Demokratie zu protestieren. Sie vollbringt dieses erhebende Werk in der Form folgender Anbittung:

Ob die Konservativen wohl beraten sind mit ihrer jetzigen Taktik, das wird die Zukunft zeigen. In ihrem eigenen Interesse hätten sie vielleicht eine richtigere und weitschauendere Politik befolgen können, die allerdings einige Selbstüberwindung gefordert hätte. Die großen Fragen des liberalen Einflusses auf die Entwicklung des Reichs, zu denen auch eine Reform des preussischen Wahlrechts gehört, werden nicht immer in der Verenkung bleiben können, und sie werden eines Tages in den Vordergrund treten. Wenn jetzt die Konservativen eine ehrliche Annäherung an den Liberalismus gesucht und ehrlich mit ihm im Bloche gearbeitet hätten, hätte sich die Möglichkeit ergeben, jene Fragen von Konservativen und Liberalen gemeinsam unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen zu behandeln, nicht gegen die Konservativen, sondern mit ihnen. Die Lage würde dadurch unzweifelhaft für die Konservativen günstiger gewesen sein, als wenn diese Fragen einmal vielleicht gegen sie zur Entscheidung gelangen. Daß dieser Zeitpunkt jetzt schon gekommen sei, glauben wir allerdings nicht, wohl aber, daß er in einer absehbaren Zukunft eintreten kann. Dann werden die Konservativen vielleicht bedauern, daß sie jetzt den Weg zu straff pflanzten und die Brücken zu einer spätern Vereinbarung abbrachen.

Zynischer kann man die Schacherpolitik mit den wichtigsten Grundrechten des Volkes und Grundfragen der Partei nicht treiben.

Die Weinsteuer abgelehnt.

Die Finanzkommission ist, wie vorausgesehen war, dem Beschluß ihrer Unterkommission auf Ablehnung der Flaschenweinsteuer beigetreten. Der Beschluß wurde mit 14 gegen 10 Stimmen gefaßt; gegen die Steuer stimmten Zentrum, Sozialdemokraten, von den Freisinnigen die Abg. Rommen und Ahlhorn, von den Nationalliberalen Pasche, von den Bauernblöcklern Rösike. Während die Sozialdemokratie vor allem aus prinzipiellen Gründen — weil sie strikte Gegnerin des indirekten Steuersystems überhaupt ist — die Steuer ablehnte, erklärte sich die bürgerlichen Abgeordneten nur dagegen, weil agrarische Interessen dadurch geschädigt würden. Wenn es im Plenum des Reichstags gelingen sollte, einen Weg ausfindig zu machen, der die Abwälzung auf die Konsumenten garantiert, stimmen sie sicher noch dafür.

Vor Schluß der Beratung leistete sich die Kommission noch ein artiges demagogisches Kunststückchen. Sie beschloß auf Antrag des Zentrums, die Steuersätze für Schaumweine bedeutend zu erhöhen. Die Regierung hatte Sätze von 20, 30, 50 Pfg., 1, 2 und 3 Mk. vorgeschlagen; der Zentrumsantrag enthält folgende Steuersätze: bei einem Preise der Flasche von nicht mehr als 2 Mk.: 50 Pfg., mehr als 2 Mk. und nicht mehr als 4 Mk.: 1 Mk., mehr als 4 Mk. und nicht mehr als 6 Mk.: 1.50 Mk., mehr als 6 Mk.: 2.50 Mk. für jede Flasche. Für die Höhe der Steuer ist maßgebend der Preis, zu dem der Schaumwein nach Einrechnung der Steuer vom Hersteller abgegeben wird; wird der Schaumwein unentgeltlich abgegeben, so beträgt die Steuer 1 Mk. für jede Flasche. Der Eingangszoll für Schaumwein beträgt 200 Mk. für 1 Doppelzentner. Mit diesem Beschluß soll die Taxation markiert werden, daß die ganze Finanzreform einen unverstämten Beuteganz auf die Taschen der Minderbemittelten darstellt. Man will den Eindruck erwecken, als ob auch die Konsumenten von Schaumweinen, die in der Hauptflasche in den Reiben der Bestehenden zu finden sind, auch zu den Mehrkosten des Reichs herangezogen werden. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß erstens auch die billigen Schaumweine, die eventuell von den weniger Bemittelten konsumiert werden, ganz gewaltig verteuert werden — um 25 bis 50 Prozent, während die teuren Champagnerweine nur etwa 10 Prozent Steuer tragen — und zweitens die ganze Steuer im Verhältnis zu der 400 Millionenlast, die dem deutschen Volke auf indirektem Wege neu aufgeschuldet werden soll, kaum ins Gewicht fällt. Der Beschluß ist nur ein neues typisches Beispiel für den Schwindel, mit dem die bürgerlichen Parteien die ganze Finanzaktion einzuhüllen beabsichtigen.

Opposition und Konfusion.

Die brutalen Drohungen mit der Mahregelung haben erftentlichweise wenigstens einen Teil der deutschen Beamenschaft nicht einzuschüchtern vermocht; sie lassen sich das Recht der öffentlichen Meinungsäußerung und des Protestes gegen die Verschleppung und Verhinderung ihrer berechtigten Gehaltsforderungen durch die preussischen Abgeordneten- und Herrenhäuser nicht nehmen. Am Freitag abend tagte in den Germania-Sälen in Berlin eine neue Massenversammlung von Beamten und Lehrern, die gegen das Verhalten der beiden gesetzgebenden Körperschaften Preußens zur Befolgungsreform eneralsch Verwahrung einlegte. Die Reden der versammelten Referenten und Diskussionsredner — Lehrer, Berufsgenossenschafts-, Magistral- und Postbeamten — waren sämtlich auf einen sehr entschiedenen, kampfesfreudigen Ton gestimmt, sie verrieten aber gleichzeitig auch ein solches Maß von Konfusion, daß darunter die Sympathien der deutschen Öffentlichkeit für die Sache der Beamten entschieden leiden mußten. So erklärte der Chefredakteur des Berliner Beamtenblattes Deutsche Nachrichten, Coblen:

Herr v. Rheinbaben trat zwar mit anerkanntem Eifer für das Königswort ein, aber er konnte die Gellter nicht los werden, die er seinerzeit beschworen hatte. (Sehr richtig!) In Berlin steht ein neuer Landtagswahlkampf bevor, da können die Beamten zeigen, was sie können. Sofort sollte sich ein Ausschuß konstituieren und erklären: Wir Beamte sind bereit, zu helfen, daß der Sozialdemokratie die vier Berliner Mandate wieder entzogen werden; aber dafür verlangen wir, daß einer der Unseren als Kandidat aufgestellt wird. Geschlecht das nicht, so überlassen wir es euch, mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. (Stürmischer Beifall.)

Das sagte derselbe Redner, nachdem er eben erst ausgesprochen hatte, daß der Berliner Freisinn unter der Führung des Reichstagsabg. Kampf bei den letzten Landtagswahlen die Aufstellung eines Beamten als Landtagskandidaten hintertrieben hatte. Die nachfolgenden Redner schlugen dann in dieselbe Kerbe; u. a. erklärte auch ein Postassistent Rieck:

Wir weisen zurück, daß wir im Fahrwasser der Sozialdemokratie segelten. Das verbitten wir uns, denn wir haben

unsern Treueid geleistet. Aber wir verlangen von den staats-erhaltenden Parteien, daß sie uns nicht mehr bloß Sand in die Augen streuen. (Sehr richtig!) Dann werden wir ein Fels sein, an dem die Sozialdemokratie zerbrechen wird. (Großer Beifall.)

Der von dem Redakteur Coblen geforderte Ausschuß für die bevorstehenden Berliner Landtagswahlen wurde denn auch sofort gebildet; die Berliner Beamten und Lehrer werden also demselben Freisinn Wahlhelferdienste leisten, der sie vor noch nicht einem Jahr mit Fußtrittten regalierte und im preussischen Junkerparlament zu dem „Anti-Beamtenbloch“ gehörte, der alle sozialdemokratischen Anträge auf Befestigung der mittleren und unteren Staatsangestellten niederstimmte half. Als einzige Gegenforderung stellen sie die Auslieferung eines Mandats an einen Mann aus ihren Reihen; um diesen Preis wollen die Herren die Partei mit niedertrampeln helfen, die die Interessen der Beamten stets am entschiedensten wahrnahm und gegen die eben erst unter Anführung des Freisinn eine niederträchtige Vergewaltigung verübt wurde. Ein solches Vorgehen reut von einer schier unheilbaren Konfusion; sollte die Berliner Beamenschaft wirklich dieser Parole folgen, so würde sie nur zu bald erkennen müssen, daß sie sich mit ihrer überschaulen Evolution selbst betrogen hat.

Die Liberalen für den Absolutismus.

Die Liberalen fühlen das Ende des Blochs nahen und, verdrückt wie sie sind, klammern sie sich mit beiden Händen an das sinkende Schiff Wilows. Sie wollen an der Regierung bleiben und können sie es nicht als Mehrheitspartei im Bloch, so wollen sie es aus Gnaden der absolutistischen Regierung sein. Schon in der letzten Fraktionsitzung der Nationalliberalen wurde jede Beschlußfassung mit der Begründung abgelehnt, daß man die Weisung des Fürsten Wilow abwarten wolle. Inzwischen spielt sich das für unsere Liberalen höchst charakteristische Schauspiel ab, daß die liberale Presse von der Frankfurter bis zur Kölnischen Zeitung täglich den Kaiser als entscheidenden Faktor in den Vordergrund drängt. Das offene Eingeständnis dieser absolutistischen Bestrebungen des Liberalismus liefert nun die Nationalliberale Korrespondenz in einer Koliz, die den von einem nationalliberalen Erbschaftsteuerentwurf erzfählenden Gerüchten entgegenziet. Sie bemerkt:

Die nationalliberale Reichstagsfraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, Steuern zu suchen. Wir haben ja kein parlamentarisches Regiment. Die Regierung hat zu führen; sie allein auch die neuen Steuern, deren sie zu bedürfen glaubt, dem Reichstag vorzuschlagen.

„Die Regierung hat zu führen“, so schreibt die Korrespondenz einer liberalen Partei, die noch vor kurzem gegen das preussische Regiment stellte — allerdings nur als und soweit Herr Wilow Herr Wassermann den hierzu erforderlichen Mannesmut gestattete. Ob der Liberalismus nun revolutionär ist oder ultrareaktionär, es sind doch immer nur die entgegengesetzten Pole derselben Bestimmungslumperei, die seine Machtpolitik kennzeichnen.

Berlin, 10. Mai. Im Reichschahamt findet heute, eine Konferenz statt, die sich mit der Reichswertzuwachssteuer beschäftigen soll. Wie die Konferenz zusammengesetzt ist, wird in der Meldung nicht gesagt.

Fünf Jahre Reichsverbandschwandel. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie feierte am Sonntag das Jubiläum seines fünfjährigen Bestehens. Die Reichsverbandspresse feiert dieses Ereignis gebührend und teilt u. a. mit, daß der Verband heute 700 Ortsgruppen und 402 angeschlossene Vereine mit zusammen 205 032 Mitgliedern zähle; darunter sollen 42 Arbeitervereine mit 27 422 Mitgliedern sein. Es handelt sich bei diesen „Arbeitervereinen“ um die von Reichsverbandsmitgliedern mit den Mitteln des Terrorismus und der Korruption ins Leben gerufenen gelben Organisationen, die unter direkter Patronage der Unternehmer stehen und, wie das Beispiel der in Ober-Schlesien, besonders im Waldenburger Revier, „arbeitenden“ Vereine zeigt, auch von den Unternehmern finanziell vollständig ausgehalten werden. Auf diese „Arbeiter“ können die Libert und Genossen mit Recht stolz sein. Im übrigen ist die Existenz und die Stärke des Reichsverbands nur ein Zeichen des geistigen und politischen Krebsganges des deutschen Bürgertums. Eine Klasse, die einer solchen Prätorianengarde zur Erhaltung ihrer politischen Macht bedarf, geistlich damit selbst ihren Bankrott ein. Anstatt zu triumphieren täten die Organe der kapitalistischen Parteien gut, über ihre Schande mit Stillschweigen hinwegzugehen.

Unentwegt liberal. Ein bezeichnendes Stücken für die Verkommenheit des deutschen Liberalismus wird aus dem Gfah berichtet. Im Sommer des vorigen Jahres war es in der ober-eisassischen Kreisstadt Gebweiler durch ein liberal-sozialdemokratisches Stichwahlabkommen gelungen, die Uebermacht der Liberalen in der Stadtvertretung zu brechen. An der Spitze der Liberalen im Kampfe gegen das „müderische, fortschrittseindliche“ Zentrum stand der Amtsrichter Freytag, der dieser Tage zu allgemeiner Ueberaschung mit Hilfe desselben Zentrums zum Bürgermeister gewählt wurde! Die Erklärung für diese mehr als merkwürdige Bereitwilligkeit der Liberalen, ihrem schärfsten Widerlager zum Bürgermeisterposten zu verheßen, gibt das ultramontane Gebweiler Volksblatt. Das Blatt teilt nämlich jetzt, nachdem die Wahl vollzogen ist, mit, daß der liberale Parteiführer zur Erlangung der Liberalen Stimmen die ehrenwörtliche Versicherung abgegeben habe: 1. daß der antireligiöse Kampf aufhöre, 2. daß für die konfessionellen Schulen der status quo erhalten bleibe!

Dieselbe Versicherung hatte schon 1000 in München an der „demokratische“ Landbesauerskandidat Klaiber schriftlich dem Zentrumswahlverein abgegeben, um die Zentrumsstimmen zu erhalten. Diese fielen ihm dann auch zu, wodurch der einzige sozialdemokratische Abgeordnete aus dem Landesausfluß verschwand. Und als dritter im Bunde dieser würdigen Bannerträger des reichsständlichen Liberalismus gestellt sich der ebenfalls unentwegt „demokratische“ Bürgermeister von Kolmar und früherer Reichstagsabgeordneter Blumenthal hinzu, der seinen Bürgermeisterposten, wie sein Gebweiler Kollege, dem Zentrum verdrückt, gegen das er bis vor kurzem noch mit den großmüßigen Lebensarten zu Felde zog. Um ein Bürgermeisteramt verdrückt diese Sorte Liberale ihre ganze Vergangenheit und ihre „heftigen Prinzipien“, um die es allerdings von jeher sehr windig bestellt war.

Hoflein v. Am Sonnabend ist in Berlin der Wirkliche Geheimrat v. Hoflein gestorben. Der Verstorbene hat in der Auslandspolitik des Deutschen Reiches eine große, und mitunter sehr unheilvolle Rolle gespielt. In Erinnerung dürfte seine durchaus nicht einwandfreie Haltung in dem Prozeß sein, den Bismarck 1876 gegen den deutschen Votschaster in Paris v. Arnim hatte einleiten lassen. Zuletzt war er in der Marokko-Angelegenheit tätig, und auch hier hat er offenbar keine glückliche Hand bewiesen. Als Maximilian Harden in der Zukunft seinen Feldzug gegen Eulenburg begann, wurde allgemein angenommen, daß Herr v. Hoflein diesem Angriff nicht ganz fernstehe. Sollte der Verstorbene Papiere hinterlassen haben, dann dürfte deren

Veröffentlichung interessante Enthüllungen über die Politik des Reiches und über die leitenden Personen bringen.

Ueber den deutsch-schweizerischen Wehlpaktbericht eine Konferenz unter Leitung eines Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes, an der auch schweizerische Militärbeamte teilnahmen. Die Konferenz ist ergebnislos verlaufen, angeblich infolge der ablehnenden Haltung der schweizerischen Militär.

Eine „gründliche“ Untersuchung. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ist die Voruntersuchung gegen den Oberpostassistenten Hollisch, Vorsitzenden des Verbands mittlerer Post- und Telegraphenbeamten. Ende der Vorwoche abgeschlossen worden. Als Vertreter der Anklage ist der Postrat Scheib bestimmt worden. Die Anklage stützt sich auf den § 10 des Reichsbeamtengesetzes vom Jahre 1871, der von „unwürdigem Verhalten der Reichsbeamten außer dem Dienste“ spricht. Wegen desselben Vergehens wurde Hollisch schon vor zwei Jahren mit der Entziehung eines vollen Monatsgehalts bestraft. Dem Abschluss der Voruntersuchung gingen umfangreiche Beweis-erhebungen voraus. Sämtliche Angestellte des Verbands mittlerer Post- und Telegraphenbeamten, u. a. auch das Druckerpersonal, wurden von dem die Untersuchung führenden Oberpostinspektor vernommen. Das Material geht jetzt zur Einleitung des mündlichen Verfahrens an die Disziplinar-Kammer in Potsdam.

Er ist es nicht gewesen. S. man läßt im Vorwärts die auch von uns übernommene Nachricht bemerken, daß das auf-fällige Verbot, das den Reichstagsjournalisten den Zutritt zur großen Rotunde des Reichstags verschloß, durch sein Benehmen veranlaßt sei. Er erklärt, er sei in den letzten Wochen beurlaubt gewesen.

Alte politische Nachrichten. Der ehemalige Bürgermeister Dr. Schücking hat sich bereit erklärt, eine Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Landsberg-Soldin anzunehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Landtagswahlfrage in Steiermark.

Am Freitag wurden die steirischen Landtagswahlen in der allgemeinen Wählerklasse vorgenommen. Wie zu erwarten war, ergaben sie einen glatten Sieg der Sozialdemokratie. Von den zehn Wahlbezirken, worunter einige fast industrielos sind, eroberten unsere Genossen im ersten Wahlgange vier. Die bis-herigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kessel und Dr. Schacherl sind in Graz bez. im obersteirischen Erz- und Mittlerevier mit vierfacher Mehrheit wiedergewählt, und in Mittelsteiermark und im ländlichen Bezirk Brud an der Mur haben die Genossen Redakteur Jodlbauer und Metallarbeitersekretär Pillari ebenfalls mit bedeutender Majorität gesiegt. Zwei deutsche und zwei slowenisch-agrarische Wahlbezirke fielen den Merkmalen zu; in einem slowenischen Wahlbezirk steht der auf christlich-soziale Demagogie hin vom deutsch-freihetlichen Landesführer gemäßigter Lehrer und Genosse Porvatek in Stichwahl mit dem deutsch-freihetlichen. Wenn hier, wie anzunehmen ist, das nationale Moment bei den aus der Stichwahl bekräftigten Slowenikern über den Lehrerschlag steht, dürfte Genosse Porvatek der erste slowenische Sozialdemokrat im steirischen Landtag werden.

Geradezu niederstürmend ist die allgemeine Niederlage der deutsch-freihetlichen Sozialistenkreiser, die so den Dank für ihre Wahlreform ernten, die das arbeitende Volk um eine seiner Stärke und Bedeutung angemessene Vertretung bittet. In Graz erhielt Genosse Kessel 6018 Stimmen, der Merkmal 1718 und der Deutschnationalen gar nur 1004. Da Merkmal wiederwahl sicher war, betrug die Wahlbeteiligung nur 50 Proz. Die Partei hat in wenigen Tagen in den drei Alpenländern Salzburg, Steiermark und Oberösterreich großartige Erfolge erzielt.

Der nationale Antimilitarismus.

Prag, 10. Mai. Die Statthalterei hatte bekanntlich vor kurzem sämtliche tschechisch-nationale und soziale Jugendorganisationen wegen antimilitaristischer Propaganda aufgelöst. Trotzdem fand gestern in einer Vorstadt Prags eine Versammlung der Delegierten dieser Organisationen aus ganz Böhmen statt. Da die Versammlung nicht behördlich angemeldet worden war, drang die Polizei in die Versammlung ein und hob sie auf. Fünf der Einberufer wurden verhaftet, die übrigen Teilnehmer freigelassen. Nachmittags sollte eine zweite Versammlung in einem andern Saal stattfinden. Gendarmerie drang aber auch hier in den Saal und verjagte die Teilnehmer. Zwei Einberufer wurden verhaftet.

Italien.

Eine zusammengebrochene Aktion.

Rom, 8. Mai. Heute fand die Verhandlung gegen die Arbeiter statt, die während des großen Landarbeiterstreiks in der Provinz Parma verhaftet und dann angeklagt wurden. Der Ministerprozeß endete, wie dem Vorwärts telegraphisch wird, mit der Freisprechung sämtlicher 59 Angeklagten. Der Staatsanwalt selbst mußte schließlich die Anklage fallen lassen. Die Angeklagten haben unbeschuldig 10 Monate Untersuchungshaft erlitten. Der Wahrspruch wurde von einer großen Arbeitermenge mit Enthusiasmus begrüßt.

Cürkel.

Die Unruhen.

Wien, 10. Mai. Einer Belgrader Meldung zufolge soll der Sohn des Exkulturs der Türkei Burhan Eddin beabsichtigen, einen Aufstand in Albanien zu organisieren und an der Spitze der Albaner nach Saloniki zu marschieren, um seinen Vater zu befreien.

Konstantinopel, 10. Mai. Der in Mexiko befindliche englische Admiral richtete an den Gouverneur von Adana eine Mitteilung wegen der Repressionen in Adana, worüber sich der Gouverneur bei der Pforte beschwerte. Die Pforte wandte sich an die englische Botschaft mit dem Hinweis, daß eine derartige direkte Intervention gegen den diplomatischen Brauch verstoße. Die englische Botschaft ersuchte den Admiral hierauf, seine Beschwerden für die Folge über die Botschaft zu leiten.

Persien.

Die Konstitution.

Teheran, 9. Mai. Saad ed Daulah ist in das Amt des Ministers des Reiches wieder eingesetzt und ein neues liberales Kabinett unter Mitwirkung des Prinzen Ferma und Nassir ul Mulla ernannt worden. Im Reichsrat wurden zur Ausarbeitung des Wahlgesetzes liberale Staatsräte berufen.

Teheran, 9. Mai. Kautschuk-Fidals wüteten in der Nähe von Kaswin den früheren Deputierten des Reichsrats Bahar ul Schulam, der von Kerbela zurückkehrte, wohin er im Herbst vom Schah geschickt worden war.

Täbris, 10. Mai. Die Erfolge der Nationalisten in Mesopotamien und Persien haben in Täbris die Stimmung der Feinde von Frieden und Ordnung gehoben. Es wurde beschlossen, die vom Schah verleierte Konstitution nicht anzunehmen, vielmehr die Wiederherstellung der ursprünglichen Konstitution zu verlangen. Als unerlässliche Bedingung hierfür wird die Einführung der Grundgesetze gefordert, die eine Kugel von Artikeln ausländischer Gesetzgebungen enthalten. Die Fidals denken nicht daran, die Waffen zu strecken. Sie haben begonnen, mit Exzessen vorzugehen, um die leer gewordene Kasse des Kaisertums zu füllen, indem sie sich dabei die korrekte Haltung des russischen Detachements zunutze machen, das sich in die inneren persischen Angelegenheiten nicht einmischte.

Teheran, 10. Mai. Am Anschlag an die Bildung des neuen Kabinetts hat der Schah zwei Proklamationen erlassen, von denen die eine die Bewilligung der Konstitution und die

andere den Entlass einer politischen Amnestie ankündigt. Der Schah hat die Befehlshaber der Regierungstruppen der Nachbarschaft von Täbris angewiesen, ihre Truppen zu entlassen.

Sächliche Angelegenheiten.

Nationalliberale Strategie im Wahlkampf.

In der nationalliberalen Chemnitzer Allgemeinen Zeitung, Nr. 105 vom 6. Mai 1909, werden für die Nationalliberalen Instruktionen veröffentlicht für das Verhalten im bevorstehenden Landtagswahlkampf. Weil die Nationalliberalen außerordentlich viel Druck am Steden haben, besonders durch ihr elendes und volksverräterisches Verhalten bei der Wahlreform, sind ihnen öffentliche Diskussionen mit beschlagenen politischen Gegnern ein Scheuel und Grauel. Das famose Chemnitzer Blatt ist nun dazu ausersehen worden, Instruktionen zu veröffentlichen, die den nationalliberalen Unterhüptlingen Ringe geben, wie man die scheinbar gewährte Redefreiheit in nationalliberalen Versammlungen abzumurfen und wie man Stimmung macht. Wir lassen die Instruktion in vollem Wortlaut folgen:

Ein praktisches Beispiel zum Kapitel Vereinstellung! Die Versammlung ist durch Inserat und Flugblätter bekannt gemacht. Es handelt sich um eine Wahlversammlung (nach behördlicher Kennzeichnung des Wahltermins), daher ist besondere polizeiliche oder rechtzeitige Veröffentlichung eines in bestimmte Formen gefaßten Ankündigungsinserats unnötig.

Am Vorstandstisch sitzen 4-5 Herren (darunter Einberufer und Redner), die im Notfall als Versammlungs-Vorstand genügen. Beim Einberufer legitimiert sich durch Schreiben der Polizeibehörde der aufsichtführende Beamte, dem ein Platz an einem Neben-Rednerstisch angewiesen wird. Der Einberufer will — als Vorsitzender des Wahlvereins — Versammlungsleiter bleiben. Er eröffnet zur festgesetzten Zeit die Sitzung etwa mit folgenden Worten:

Namens des Nationalliberalen Vereins zu E. heiße ich die Erschienenen willkommen. Der zahlreiche Besuch auch politischer Gegner läßt auf rege Aussprache hoffen. Ich erteile sogleich das Wort dem Landtagsabgeordneten H. zu seinem Vortrag über den „Mittelstand im Spiegel der Parteipolitik“.

Es folgt der Vortrag. Während des Vortrags macht sich fortwährende Unruhe im Saale bemerkbar. Zwischenrufe fallen, und alles läßt darauf schließen, daß die Gegner es auf Störung abgesehen haben. Der Vorsitzende (Versammlungsleiter) unterbricht den Redner mit kurzem Klingelzeichen. „Ich bitte um Ruhe! Wenn Sie den Redner weiterlesen wollen, so haben Sie doch in der Aussprache genügend Zeit.“

Die Störungen wiederholen sich. Der Vorsitzende (nach kurzem Klingelzeichen): „Ich bitte nochmals dringend um Ruhe. Sicher habe ich es mit politisch reifen Staatsbürgern zu tun, die meiner Bitte folgen und mich nicht zwingen werden, von meinem Hausrecht Gebrauch zu machen.“

Vorsitzender (nach Schluß des Vortrags): „Der rege Beifall, den Sie soeben dem Herrn Redner gesendet haben, war sicher wohlverdient. Namens des ... Vereins danke ich dem Herrn Redner verbindlich für seine Ausführungen. Ehe wir nun zur freien Aussprache kommen, werde ich eine Pause von 10 Minuten eintreten lassen. Wer an der Aussprache teilnehmen will, kann in der Zwischenzeit seine Adresse am Vorstandstisch niederlegen.“ Vorsitzender (nach der Pause): „Die Diskussion beginnt. Zur Worterteilung sind so viele Anmerkungen eingeladen, daß ich im Interesse des Redners; der noch heute weiterfahren muß, die Redezeit im allgemeinen auf 15 Minuten beschränke. Ich darf wohl erwarten, daß die Ausführungen der Herren, Diskussionsredner ohne Rücksicht auf die Redezeit möglichst kurz gehalten werden, damit jeder zum Worte kommt.“ Spricht ein Diskussionsredner nicht zum Vortrags-thema, so unterbricht ihn der Vorsitzende mit dem Rufe: „zur Sache!“ Bei persönlichen Anlässen ruft er ihn: „zur Ordnung“ oder entzieht ihm das Wort. Ueberdreht ein Diskussionsredner die Redezeit, so mahnt ihn der Vorsitzende, zum Schluß zu kommen; nötigenfalls entzieht er ihm das Wort.

Ist die Redezeit erschöpft, so erhält der Referent nochmals das Schlußwort. Ruhe und Anträge. „Zur Geschäftsordnung“ wehrt man, wenn es nötig ist, durch den Hinweis auf das unumschränkte Ordnungsrecht des Versammlungsleiters ab. Nach dem Schlußwort des Referenten können kurze Bemerkungen zur „sachlichen Berechtigung“ (von Angaben der einzelnen Redner) gebracht werden. Aber nur kurze Bemerkungen, und zwar auch nur mit Einwilligung des Vorsitzenden. Dieser schließt dann die Versammlung mit einigen politisch aufmunternden Worten oder vereinsgesellschaftlichen Bemerkungen. Nach Schluß der Versammlung müssen die Teilnehmer den Saal verlassen.

Diese Instruktion ist ein köstliches Dokument zur Charakteristik der sächlichen Nationalliberalen; denn es ist unsehwer herauszufinden, daß das seine Plünderungen von der Leitung des Nationalliberalen Landesvereins ausgeht und verfaßt worden ist. Allerdings hatten die Drahtzieher in der Fraktion Drehscheibe Bedenken, den Firmenstempel auf dieses Produkt zu drücken, weshalb die Chemnitzer Allgemeine Zeitung die Veröffentlichung vornehmen mußte. Offiziell hat die Leitung des Landesvereins nichts mit der Instruktion zu tun, die Hauptsache für sie ist, daß instruktionsgemäß verfahren wird und das wäre wie folgt:

1. Dem Redner wird sofort das Wort erteilt, um eine Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit abzuschneiden.

2. Verlangt trotzdem ein Teilnehmer zur Geschäftsordnung das Wort, wird ihm mit dem Hausrecht gedroht, denn — es ist ja „freie“ Diskussion angekündigt.

3. Hat der nationalliberale Redner seinen Vortrag vollendet, das Blau vom Himmel herunter geschwafelt und dem Mittelstand alles mögliche vorgelogen, hält der Vorsitzende eine Dankesrede — und zwar in jedem Falle, auch wenn der Redner das tollste Zeug erzählt hat.

4. Die in der Instruktion vorgesehene Pause dient dazu, eine Anzahl Parteifreunde zu veranlassen, sich zum Wort zu melden, damit dann

5. bei der Eröffnung der Diskussion der Vorsitzende, unter Hinweis auf die Zahl der gemeldeten Redner, den Gegnern die Redezeit beschneiden kann. Natürlich brauchen nicht alle eingezehneten Nationalliberalen auch wirklich das Wort zu nehmen. Die Hauptsache ist, daß sie so lange auf der Rednerliste stehen, bis der Gegner verzwagt ist.

6. Der Referent muß stets am gleichen Abend wieder abreißen. Weil ihm aber das Schlußwort gebührt, muß die Redezeit auf einige lumpige Minuten beschränkt werden.

7. Sobald ein Gegner in den wenigen, ihm zur Verfügung gestellten Minuten unangenehm werden sollte, also den Nationalliberalen ihre ganze politische Feindschaft, Verräterei und Charakterlosigkeit beweiskräftig vorzuhalten beabsichtigt, hat ihn der Vorsitzende erst „zur Sache“,

dann „zur Ordnung“ zu rufen und endlich die Wortentziehung vorzunehmen, natürlich wiederum unter Hinweis auf das Hausrecht.

Selbstverständlich wird jeder Redner „zur Ordnung“ gerufen, der die Wahrheit sagt, denn die Wahrheit vertragen die Nationalliberalen noch weniger, als wie der Teufel das Weihwasser. Diese Maßregel trifft nationalliberale Redner nicht, weil sie erfahrungsgemäß niemals ein wahres Wort sagen.

Sind auf diese Weise die Gegner vergewaltigt worden, dann schließt der Vorsitzende die Versammlung mit „aufmunternden Worten“, der nationalliberalen Partei h. zutreten, die so mutvoll, mannhaft und ehrlich im politischen Kampfe handelt.

So gedenken also die Nationalliberalen den Landtagswahlkampf in den Versammlungen zu führen. Es lebe der Liberalismus, der königstreue Mannesmut und die echte deutsche Sitte! Vielleicht bewahren sich unsere Genossen diese nationalliberale Instruktion für sie kann gelegentlich so einem liberalen Helden um die Ohren geschlagen werden, wenn er nach ihr verfährt.

Die Steuereinsparung der Landwirte bemängelt eine Anfrage in einer Versammlung im Gewerbeverein zu Dahleu, die folgendermaßen lautet:

Bekanntlich wird augenblicklich auf unsere ländliche Steuerkommission losgezogen, daß die Herren den Gewerbeverein nicht genügend vertreten, gegenüber den Vertretern der Landwirtschaft, welche mitunter recht niedrig eingeschätzt ist. Kann der Gewerbeverein nicht mit dem Antrag an den Stadgemeinderat herantreten, zur nächsten Einschätzung andere Kommissionen mitgliedern zu wählen, denen es hoffentlich gelingen wird, den Herrn Steuerinspektor von der geringen Rentabilität des Gewerbes zu überzeugen, denn es ist nicht jeder in der Lage, doppelte Buchführung vorzulegen.

Den kleinen Gewerbetreibenden geht es wie den Arbeitern — sie werden eher zu hoch als zu niedrig eingeschätzt. So stoßen auch die Mittelständler fortwährend auf die Agrarier als eine reaktionäre Macht. Dies hindert sie aber nicht, nach wie vor die Kerntruppe der Agrarkonservativen zu bilden.

Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Sachsen hält am 18. Mai in Dresden seinen 10. Verbandstag ab. Unter anderem wird der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Anhalt, Dr. Reinhardt, über die Verwertung der Elektrizität im landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Bewertung auf genossenschaftlichem Wege sprechen.

Doppelte Moral. Der Freiburger Anzeiger, der sich nicht genug entzünden kann, wenn sozialdemokratische Zeitungen in der Lage sind, sogenannte vertrauliche Rundschreiben und dergleichen zu veröffentlichen, schreit sich selbst nicht, von gestohlenen Briefen Gebrauch zu machen. So befand sich in Nr. 85 eine Notiz: Ein lehrreicher Vertreter. Danach hat ein Arbeiter einen Brief an die Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine geschrieben, durch den dieser um Rat und Hilfe bei Errichtung eines Konsumvereins für Hirsberg bittet. Da der Arbeiter nur eine der vielergründeten preussischen Volksschulen besucht hat, ist es weiter nicht zu verwundern, daß er sich nicht in allen Fällen sprachlich und orthographisch richtig auszudrücken vermag. Der Anzeiger stellt die Sache aber so dar, als ob dieser Arbeiter der Leiter des Konsumvereins sei und will damit beweisen, wie schlecht die Konsumvereine überhaupt gefaßt sind. Wir empfehlen dem Freiburger konservativen Blatte, nachzulesen, was die konservativen Dresdner Nachrichten dieser Tage über die soziale Bedeutung der Konsumvereine geschrieben haben.

er. Die elende Lage der unteren Gemeindebeamten wurde durch einen Prozeß vor dem Oberverwaltungsgericht grell beleuchtet. Der Schulmacher Baumann wurde im April 1886 von der damals noch selbständigen Landgemeinde Serlowitz als Nachwächter angestellt und zählte als solcher zu den berufsmäßigen Gemeindebeamten. Nach zehn Jahren war er pensionberechtigt. Als Anfang 1905 Serlowitz mit Maderbeul vereinigt wurde, übernahm ihn die Gemeinde Maderbeul mit. Die Lage des Mannes, der ein D i e n s t e i n k o m m e n v o n 755 M. J ä h r l i c h bezog und davon eine achtköpfige Familie zu erhalten hatte, verschlechterte sich nun insofern, als nach dem Maderbeuler Ortsstatut für die Pensionberechtigung eine 12 j ä h r i g e D i e n s t z e i t Voraussetzung war. Wenige Wochen vor Vollendung dieser zwölf Jahre wurde der Nachwächter, ohne daß er sich der geringsten Beschuldigung gemacht hätte, entlassen, wahrscheinlich deshalb, weil sich die Gemeinde, so nimmt der B. wenigstens an, der Pensionspflicht entziehen wollte. Der von ihm geltend gemachte Pensionsanspruch wurde von der Gemeinde Maderbeul, einer der wohlhabendsten von den Bohnhorstorten, abgewiesen. B. begründete nämlich seinen Pensionsanspruch damit, daß er in Ausübung des Dienstes d i e n s t u n f ä h i g geworden sei. So will er u. a. infolge der Erklärungen, denen er während des Nachdienstes ausgesetzt gewesen ist, rheumatismus- und nervenleidend geworden sein. Die Gemeinde sucht ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß sie erklärte, die Kündigung hätte sich notwendig gemacht, weil die Nachwächterstellen eingezogen und dafür Nachschumannstellen gegründet werden sollten. Als Nachschumann sei Kläger wegen seiner körperlichen Beschaffenheit oder nicht tauglich erschienen. Falls überhaupt Dienstunfähigkeit vorliege, sei sie nicht auf den Nachwächterdienst, sondern auf die Nebenbeschäftigung des Klägers als Leihenträger zurückzuführen. Ein Arzt bezeugte den Kläger als starken Neurastheniker, im übrigen aber erklärte er ihn für gesund und deshalb noch heute zur Verrichtung seines früheren Dienstes fähig. Dies hatte die Abweisung der Klage zur Folge. Die eingeleitete Berufung beim Oberverwaltungsgericht blieb erfolglos, da ein zweiter Arzt sich ähnlich gutachtlich äußerte.

Nach fast 12jähriger tadelloser Dienstzeit wurde hier also ein Beamter, der Familienvater und außerdem körperlich sehr herunter ist, rücksichtslos auf die Strafe geworfen. Der Mohr hat seine Schuldbiligkeit getan!

Ein Gemeindevorstand als Expreffer. Der frühere Helbersdorfer Gemeindevorstand Max Becker, der bei unsern Helbersdorfer Genossen ein sozialistischer Expreffer noch in „gutem“ Andenken steht, und seinerzeit wegen Unterschlagung von Gemeindegeldern mit einem Jahr zehn Monaten Gefängnis bestraft und seines Postens enthoben worden war, stand jetzt vor dem Landgericht Chemnitz, um sich wegen versuchter Erpressung zu verantworten. Die Gemeinde Helbersdorf hatte ein Elektrizitätswerk gebaut. Daran war B. finanziell stark beteiligt. Die Maschinenanlage war von der Deuger Motorenfabrik ausgeführt worden. Es war geplant gewesen, daß Marxersdorf vom Helbersdorfer Elektrizitätswerk Kraft und Licht beziehen und einen entsprechenden Vertrag mit der Gemeinde abschließen sollte. Daraus wurde aber nichts. Infolgedessen prosperierte das Werk nicht und B. will dadurch 11800 M. eingebüßt haben. Dafür machte er die genannte Fabrik nun verantwortlich und hatte von ihr 83000 M. Entschädigung beansprucht. Um dieser seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hatte er gedroht, mit Veröffentlichungen gegen die Firma vorzugehen, die ihr unangenehm sein würden. Das Gericht gelangte auf Grund der Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß Becker im guten Glauben gehandelt habe und sprach ihn von der wider ihn gerichteten Anklage frei.

Dresden. Die Wiederkehr des 80. Jahrestages der Mairereignisse von 1849 beging gestern das Dresdener Proletariat in feierlicher Weise, damit eine Pflicht des Bürgerturns, die von diesem längst vergessen worden ist, erfüllt. Um die gefallenen Märtyrer zu ehren, versammelten sich die Arbeiter der einzelnen Stadtteile außerordentlich zahlreich in verschiedenen Lokalen, von wo aus sie in losen Trupps nach dem Trinitätsfriedhofe und dem Annenfriedhofe zogen, wo eine Anzahl Kränze mit Widmungen auf Schleißen niedergelegt wurden. Von vielen Kränzen mußten die Schleißen entfernt werden, weil sie der Polizei zu gefährlich erschienen. Von diesem Eingriff der Polizei wurde den Massen durch Plakate mit der Ueberschrift: Schleißen konfiszieren! Mitteilung gemacht. Abgesehen von dieser Störung durch die Polizei verlief die Gedächtnisfeier durchaus harmonisch und ungetrübt, es war eine Kundgebung des Proletariats zur Erinnerung an eine große Zeit.

Schah. Wegen der Fabrikbesten Stadtrat Leopold Brud, der, wie bereits berichtet, seit 25. März verschwunden ist, ist von der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief wegen Untreue erlassen worden. Für die nächste Stadtvorordnetenwahl steht die Ersatzwahl auf der Tagesordnung. Die im Steckbrief erwähnte Untreue soll in Unregelmäßigkeiten bei der Kassensführung der von Brud gegründeten Fabrikpensionskasse (1) seines Betriebes zu suchen sein.

Wies. Mit dem Bau der Seifenfabrik der Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine in Gröba ist nunmehr begonnen worden. Vor einigen Tagen wurde der erste Spatenstich getan. Die Konsumvereine werden damit rechnen können, daß im nächsten Jahre die Fabrik lieferungsfähig wird. Hoffentlich finden sie dabei auch die Unterstützung der organisierten Konsumenten.

Borna. Im Chemnitz Tageblatte lesen wir: Im vergangenen Jahre ereigneten sich im Bornaer Braunkohlenrevier insgesamt fünf tödliche Unglücksfälle. In diesem Jahre ist diese Zahl bereits überschritten. Allein der Betrieb des Bubendorfer Braunkohlenwerkes forderte vier Opfer, zwei davon innerhalb weniger Tage. Heute morgen (am 8. Mai) wieder wurde auf dem Tagebaubetrieb der Regler Kohlenwerke ein 18 Jahre alter Mensch, der um 6 Uhr erst im Arbeit getreten war, von der Lokomotive buchstäblich erdrückt. — Die Zustände auf dem Bubendorfer Werke bedürfen dringend einer Untersuchung.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Brühlischen Terrasse in Dresden sprang aus einem 30 Zentimeter starken Leitungsdraht der Fernheizung, die die Kunstakademie mit Wärme versorgt, ein glühendes Stiel heraus und zerstückelte dem in der Nähe stehenden 25jährigen Hilschelder Damm die rechte Kopfschale, während der austretende Dampf den Bauernschwanz vollständig verbrühte, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — In Lösswitz brach der Damm des Schrammschen Teiches an der hinteren Grundstraße, so daß sich das Wasser mit Gewalt durch den Vorbach in die Elbe ergoß und eine große Menge Fische mit fortführte. — In der Lösswitzer Schneidemühle geriet der Schneidemüller Martin mit der linken Hand in die Kreislage, die ihm zwei Finger abschnitt. Vor einigen Jahren hat der Verunglückte auf gleiche Weise zwei Finger der rechten Hand eingebüßt. — In der Nähe des Gasthofs zum Auer bei Moritzburg wurde der Bekanntheit eines Erbschiffers aufgefunden. Die Persönlichkeit des Toten konnte nicht festgestellt werden. — In einem Steinbruch an der Karpfenkante bei Meißner löste sich ein großer Stein los und erschlug den im Bruche arbeitenden Anwehrrateten Steinbrecher Hermann aus Diera. — Einen leichnamigen Streich spielte das achtjährige Schulmädchen Hammer der Polizei in Scheidewitz, sowie der Mutter und den Großeltern der seit dem 6. Mai vermißten fünfjährigen Anna Clara Schneider. Die Hammer, die mit dem vermißten Kinde zuletzt zusammen war, gab auf Befragen der Polizei an, das Kind sei von einem alten Manne in ein Haus gezogen worden, dann sagte sie, das Kind sei in Bockwa in der sogenannten Falkenstraße gefallen und ertrunken. Man suchte das fragliche Wasser ab, fand aber nichts. Am Sonnabend traf dafür die telefonische Meldung von Wittenfels ein, daß dort das Mädchen am 8. Mai abends gegen 11 Uhr aufgefunden worden ist. — In Kesselsdorf bei Borna wurde ein 18jähriger Radfahrer durch ein Automobil aus Leipzig überfahren und getötet.

Hus den Nachbargebieten.

Polizeiweisheit.
Bekanntlich wurde der Redakteur Genosse Niebuhr in Halle a. S., als er am Sonntag, den 18. April, in dem unpolitischen Jugendverein einen Vortrag halten wollte, von einem Kommunisten verhaftet und zwei Stunden auf der Polizeiwache eingesperrt. Gegen diese Freiheitsberaubung hat sich Niebuhr, den man in jener Versammlung gar nicht zu Wort kommen ließ, bei dem Chef der Polizei, dem „liberalen“ ersten Bürgermeister Dr. Live, beschwert. Die Beschwerde wurde mit dem Hinweis auf § 102 der Strafprozessordnung als unbegründet zurückgewiesen. Erst sagte man, Niebuhr sei zur Verhütung strafbarer Handlungen festgesetzt worden, jetzt sagt man, er habe den Beamten an der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes behindert. Der erste Grund ist hinfällig, weil man gar nicht wußte, ob Genosse Niebuhr irgend etwas Politisches sagen würde, und der zweite Grund fällt durch die angeblich berechtigte Maßnahme der Polizei. Oder sollte sie immer schon vorher wissen, was ein Redner sagen will. Es wird einem von alledem so dumm, als ging einem ein Mühlrad im Kopf herum.

Schließung eines Krankenhauses wegen Herzkonflikts.
Aus Magdeburg wird berichtet: Kuffchen erregt in Herzkreisläufen unserer Provinz die Schließung des Kreiskrankenhauses in Salzwedel durch den Landrat, angeblich wegen „wichtiger Veränderungen“. Unlängst hat nämlich der Verband deutscher Ärzte in Leipzig wegen Differenzen zwischen Ärzten und Landrat die Sperre über das Krankenhaus verhängt. Wann werden endlich die Behörden und Regierungen gegen das gemeinschaftliche Treiben der Ärzteorganisationen Front machen?

Wittenfels. Der Oberpostassistent Hermann Zobel, früher in Delitzsch, hat sich während seiner Delitzscher Amtstätigkeit fast mit sämtlichen Angestellten des Postamtes verfeindet. Die Schuld liegt in seinem leicht erregbaren Naturell. Er ist früher Gendarm gewesen und hat in Delitzsch viermal wegen Verleumdung von Kollegen usw. bestraft werden müssen. Am 7. Januar d. J. wurde er von einem Kollegen, gleichfalls einem Oberpostassistenten, versehentlich auf den Fuß getreten. Er wurde darüber derartig wütend, daß er dem Kollegen jurief, er wolle ihm „eines in die Br... hauen“. Als der Verleumdete ihn zur Rede stellte, wurde er auch noch Verleumder genannt. Bald nachdem verfehte Zobel vor der Lok zum Radfahren seinem Kollegen ohne weiteres mehrere Faustschläge auf den Kopf, so daß dem Mißhandelten die Brille vom Gesicht und eine Anzahl Kränze aus der Hand flogen.

Der Beschlagene rief um Hilfe, worauf mehrere Unterbeamte herbeieilten und der unglücklichen Szene ein Ende machten. Auch auf dem Postamt in Merseburg soll Zobel es früher ebenso getrieben haben, weshalb er von dort nach Delitzsch versetzt wurde. Das Schöffengericht Delitzsch verurteilte ihn im Privatklagenverfahren wegen der letzten Verurteilung zu 60 M. Geldstrafe. Seine hiergegen bei der Strafkammer Halle eingelegte Berufung wurde verworfen.

Roburg. Der Kassensführer Henne von der gemeinsamen Ortskrankenkasse ist nach Unterschlagung von Kassengeldern und Vorkassenschulden geflüchtet. Die Unterschlagungen reichen bis 1903 zurück.

Hus der Umgebung.

Schönefeld. Dem Ortsbürgerausschuß für die staatliche Schlagholzversteigerung gehören vom 1. Juni dieses Jahres ab folgende Herren an: August Buch, Vertreter der Gemeindebehörde; Max Müller, dessen Stellvertreter; Hermann Bichhoff, Oswald Klemm und Emil Ebersberger, Viehhändler; Karl Peder in Leipzig, Adolf Dorn in L.-Bindenau, Emil Hünstuck in Zaucha, Richard Reimann in Leipzig und Richard Pelz in Leipzig, Tierärzte.

Schönefeld. Zur Gemeindevorstandswahl. Für die engere Wahl bei der Besetzung des hiesigen Gemeindevorstandes sind Kandidaten für die Wahl in Leipzig, Bürgermeister Henne in Altenberg, Kassassessor Meiser in Leipzig, Bürgermeister Pfeiffer in Pausa, Stadtrat Reinhardt in Burg, Gemeindevorstand Greliner in Klingenthal und Gemeindevorstand Säuberlich in Elfeld bestimmt worden.

Sommerfeld. Die Abendzeitung schreibt in ihrer Sonnabendnummer in einem polemischen Artikel gegen die Volkszeitung unter anderem auch von einem sozialdemokratischen Gemeindevorstandesmitglied in Sommerfeld. Hierzu ist zu bemerken, daß die hiesige Parteioffiziantin den Rand am 24. Januar d. J. in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung einstimmig ausgeschloffen und erklärt hat, ihn nicht mehr als sozialdemokratischen Gemeindevorstand betrachten zu können. — Da, wie jetzt bekannt wird, Rand eigentlich nur den Namen Meyer zu führen berechtigt ist, wird man sich auch noch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob das „Mandat Rands“ auf die Dauer erhalten ist.

Brandis. Arbeiterlos. Der 22 Jahre alte Arbeiter Max Ahlmann, der am 5. März im hiesigen Tonwerke in eine Presse geraten war und schwere Verletzungen am Kopfe, an der Brust und an den Armen davongetragen hat, ist am Sonnabend im Leipziger Krankenhaus gestorben.

Brandis. Aus der Gemeindevorstandswahl vom 7. Mai. Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters hat der Sparrassenausschuß eine Revision vorgenommen, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. — Die Verträge mit der Industriebahngesellschaft in Burgun wegen des Elektrizitätswerkes sind vollzogen worden. — Zwei Armenansuchen wurden antragsgemäß derart erledigt, daß die Stadt auf die Müllzahlung verzichtet. — Den Herren Weher und Jendendorf wurde nachträglich das Aufstellen einer Bauplanke auf die städtische Straße unter der Bedingung genehmigt, daß mit dem Bau bis zum 1. Juni begonnen wird. — Die Stelle eines Marktwählers soll ausgeschrieben werden. — Beschlossen wurde ferner, die Abänderung der Brücke am Treibelsgraben und den Neubau der Brücke beim Wasserwerk vornehmen zu lassen. — Herr Bruno Preiser ist bisher seiner Verpflichtung, den Anmeldehainer Weg auszubauennicht nachgekommen. Wenn Herr Preiser bis zum 1. Juni seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll ihm die Benutzung des Weges entzogen werden. — Herr Steinmetzmeister Ruhnert wurde eine kleine Nachforderung bewilligt. — Zu dem Regulator über die Aufbringung der Gemeindevorstandswahl ein Antrag über die Besteuerung der Festbesoldeten beschlossen.

Stilleitz. Im Wahne. Die 41 Jahre alte Ehefrau des in der Christian-Weiß-Strasse wohnenden Steinbruders Rieger übergoß am Sonnabend vormittag ihre Kleider mit Spiritus und setzte sie dann in Brand. Im Nu stand die Frau in Flammen. Auf ihr Schreien eilten dann Hausbewohner herbei, die ihr die brennenden Kleider vom Leibe rissen und den Mann benachrichtigten. Die Frau, die äußerlich schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten hatte, wurde in hoffnungslosem Zustande in das Leipziger Krankenhaus übergeführt, wo sie gestern an den Folgen der Brandwunden gestorben ist. Die Frau soll die Tat vollbracht haben, weil sie seit längerer Zeit leidend war und glaubte, sie müsse in eine Heilanstalt gebracht werden.

Seifersdorf. Herr Konrad von Holleuffer, Apple auf Wiederau bei Rüssen, der antisemitisch-konservativ-liberal-freireinliche Kandidat für den 22. Landtischen sächsischen Wahlkreis, versuchte auch hier in einer öffentlichen Versammlung für seine Wahl in den Landtag Stimmung zu machen. Herr von Holleuffer berief sich auf sein sogenanntes Programm, einem Konglomerat unklarer, verworrenen Sätze, das er als Heilmittel für alle Massen empfahl. Da sich die Versammlung zum größten Teil aus Arbeitern zusammensetzte, hielt es der Herr Kandidat natürlich für zweckmäßig, mit einer platonischen Liebeserklärung für das gleiche allgemeine Wahlrecht zu beginnen, und für eine „gerechtere Besteuerung“ — größere Befreiung des großen Kapitals und Steuerermäßigung für die unteren Klassen — „einzutreten“. Auch für eine Besserung der Schulverhältnisse legte sich Herr von Holleuffer u. a. ins Zeug, unter der Voraussetzung natürlich, daß durch eine etwaige Reform eine „christliche, biederländische, Volksschulbildung“ in die Wege geleitet werde. Nach einigen Mahnungen zur Sparsamkeit endete der Redner schließlich mit einer Verherrlichung des Mittelalters, den er als „Stütze des Staats und der deutschen Kultur“ feierte. — In der Diskussion wurde Herr von Holleuffer von den Genossen Heber und Dietrich arg in die Enge getrieben. Besonders die neugierige Frage unserer Genossen, wie er sich denn die Ausgestaltung des Wahlrechts denke, und ob er für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter und die Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Jahr zu haben sei, setzte ihn in nicht geringe Verlegenheit. In seinem Schlußwort versuchte er die Frage dann mit der Begründung, ein junger Mann sei noch gar nicht fähig, seine eigene politische Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Die nächste Wahl wird Herr von Holleuffer zeigen, daß er die Fähigkeit der Seifersdortener Arbeiter ganz bedeutend unterschätzt hat.

Quasitz. Die Gemeindevorstellungen von Müschena, Quasitz und Dänichen hielten am 5. d. M. eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der sie sich mit der schon beschlossenen Anstellung eines Tierarztes als Fleischbeschauer beschäftigten. Der in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung gewählte Tierarzt hat am 30. April, am Tage vor seinem Antritt, mitgeteilt, daß er infolge Krankheit am 1. Mai nicht antreten könne, er hoffe aber, am 1. Juli seine Tätigkeit als Fleischbeschauer aufnehmen zu können. Diese Mitteilung erfahen die Gemeindevorstände jedoch wenig glaubhaft, auch schloß ein ärztliches Zeugnis über die Erkrankung des Herrn. Deshalb wurde beschlossen, dem Berechtigten mitzutellen, daß die Stelle nicht längere Zeit hindurch ohne Besetzung bleiben kann und vor allem ein ärztliches Zeugnis über die Art und voraussichtliche Dauer der Krankheit sofort einbringen ist. Die Gemeindevorstellungen sind eventuell bereit, den Herrn von der Annahme der Stelle zu entbinden. Nach Eintreffen einer Nachricht wird eine weitere Sitzung entgeltliche Beschlüsse fassen. Bis auf weiteres wird die Fleischschau noch durch den bisherigen Fleisch- und Schlachtmeister Wöllner in Dänichen ausgeübt. Die Gemeindevorstände von Müschena und Dänichen waren zur Sitzung nicht einmal in beschlußfähiger Anzahl erschienen, auch ein Vermerk darüber, in welcher Weise verschiedene der Herren ihr Mandat aufheben.

Zeugnis. Druckexemplare des Haushaltsplans für 1909 werden, soweit der Vorrat reicht, im Rathaus, Zimmer Nr. 6, unentgeltlich an die Einwohner abgegeben.

Altranstädt. Aus der Gemeindevorstandswahl vom 4. Mai. Die Abrechnung für das Jahr 1908 zeigte eine Einnahme von 9589.40 M., der eine Ausgabe von 9947.48 M. gegenübersteht. Das entstandene Defizit ist aus einer 40prozentigen Gemeindevorstandswahl, die im April d. J. erhoben wurde, jedoch erst im Steuerjahr 1909/10 in Rechnung gestellt wird, gedeckt worden. Bücher und Belege wurden geprüft und für richtig befunden. Der Meibant wurde entlastet. Das Pfaster der Marktplatz-Pfiststraße soll repariert werden. — Vom Ortsgeistlichen war ein Besuch eingegangen, zu dem Gehalte der Gemeindevorstandswahl wieder einen Beitrag zu leisten. Im Vorjahr betrug der Beitrag 30 M. Da die Nachfrage groß ist, wurde beschlossen, diesen Beitrag auf 45 M. zu erhöhen. Ferner wurde gewünscht, daß das Amt Altranstädt ebenfalls zu einer Beihilfe veranlaßt wird. Auf eine Anfrage unserer Genossen, wie es mit der Vorlegung der Schulassenrechnung stehe, wurde vom Ortsrichter erwidert, daß sei nicht Sache der Gemeindevorstellung, sondern des Schulvorstandes. Dieser prüfe die Rechnungen und stelle auch den Voranschlag auf. Im übrigen „preige es ja der Pastor von der Kanzel, wenn die Schulassenrechnung sowie der Voranschlag öffentlich ausliegen“. Unsere Genossen protestierten gegen diese eigenartige Form der Rechnungslegung. Die Herren von der Mehrheit schienen es ganz in Ordnung zu finden, daß man dem Gemeindevorstand zumute, die Gelder zu bewilligen, ohne ihm das Recht der Kontrolle zugestehen zu lassen.

Anaußeln. In der letzten Gemeindevorstandswahl wurden einige Armenunterstützungsgeldbesitzer bewilligt, unter anderem auch das des Rittergutsarbeiters Müsch, der von dem Inspektor des Grafen Hohenthal außer Arbeit gebracht wurde und nun der Gemeinde zur Last fällt. Der Bericht über die Statistik der Steuererschätzungs-Kommission wurde gutgeheißen. Ein Nachtrag zum Gemeindevorstandesregulativ über die Besteuerung der Festbesoldeten wurde in zweiter Lesung angenommen. Ebenso ein von der Amtshauptmannschaft vorgelegtes Polizeiregulativ über die Bestimmungen zur Bekämpfung der Rükdenplage. Für das Dienstmädchen Dürhard hat die Gemeinde 31.70 Mark Verpflegungskosten zu zahlen. Zwei Steuerreklamationen wurden als unbegründet zurückgewiesen.

Müschena. Zur Gemeindevorstandswahl. Am 15. Mai finden hier abermals Gemeindevorstandswahlen in der Klasse der Unanständigen statt, da nunmehr die Teilung der Unanständigen durch das sächsische Ministerium genehmigt worden ist. Die „besseren“ Herrschaften aus der Klasse der Unanständigen brauchen sich also künftig nicht mehr „herabzulassen“, zusammen mit den „gewöhnlichen“ Einwohnern in einer Klasse zu wählen. Das wird auch den Herrn Ortspfarrer wieder bereuen. Vielleicht wird er Kandidat in der oberen Klasse. Verdient hat er es, denn der Mann hat sich rechtlich Mühe gegeben, die Teilung durchzusetzen. Der Protest, den unser im Dezember vorigen Jahres gewählte Genosse sofort mit einer ausführlichen Begründung abgelehnt hatte, ist jetzt vom Ministerium mit der kurzen Bemerkung abgelehnt worden, der Protest beruhe auf falschen Voraussetzungen. — Aber warum sollte man sich auch soviel Mühe machen und den Protest widerlegen; es sind ja nur Arbeiter, denen das Recht geschmälert worden ist. Die Arbeiter haben sich rechtlich zu überlegen, wenn sie für die nächsten sechs Jahre als Vertreter in den Gemeinderat schiden. Die bisherigen Vertreter haben das Vertrauen verscherzt, das in sie gesetzt wurde. Als vor sechs Jahren der „unvergeßliche“ Herr Schönmeier kandidierte, wurde bereits von unsern Genossen darauf hingewiesen, daß die nunmehr durchgeführte Teilung der unanständigen Wählerklasse nicht unmöglich sei. Damals spielte Herr Schönmeier den Enttäuschten. Nach seiner Meinung war so etwas gänzlich ausgeschlossen. Das hat ihn aber nicht gehindert, nachdem er leider auch mit Hilfe einiger Arbeiter gewählt worden war, selbst für die Teilung zu stimmen. Aber Schönmeier war nicht der einzige unanständige Vertreter, sein Freund, Herr Beschäftigt, war auch noch da. Aber auch er hielt es nicht für notwendig, gegen die drohende Wahlrechtsverfälscherung Stellung zu nehmen. Er handelte nicht nur nach dem Sprichwort: Neben ist Silber, Schweigen aber ist Gold, und sagte gar nichts, als sein Kollege Schönmeier für die Teilung stimmte, sondern er gehörte bei der letzten Wahl auch mit zu denjenigen, die Schönmeier abermals als Vertreter haben wollten. Daß die enttäuschten Arbeiter ihre Interessen nicht wieder in solche Hände legen können, sollte eigentlich ohne weiteres jedem klar sein. Mühen sie nun aus diesen Vorgängen auch die Lehre ziehen, daß sie sich nur Leuten anvertrauen dürfen, die unbestimmert um das Wohlwollen der „besseren“ Kreise, lediglich die Interessen ihrer Mandanten im Auge haben. Das ist um so mehr notwendig, weil die Arbeiter nun überhaupt nur einen Vertreter zu stellen haben. Offenlich genügt für die Arbeiterwähler von Müschena die bisherige Lehre, damit sie nicht später neue Überraschungen erleben.

Delitzsch. Wie die bürgerliche Presse über die Rechte der Beamten denkt. Die sich liberal gebärende Delitzscher Zeitung, die sich mit besonderer Vorliebe als Sprachrohr für die Interessen der Beamten aufstellt und es als ganz selbstverständlich betrachtet, daß jene Kreise sie aus Dankbarkeit unterstützen müssen, hat wieder einmal ein charakteristisches Beispiel für ihre „Beamtenfreundlichkeit“ geliefert. Unter dem Hinweis auf die Beamtenbewegung in Frankfurt und auf die Versammlungen, die in Berlin wegen der Beförderungfrage getagt haben, schreibt das gutgeleitete Organ: „Bedenklich ist aber, daß auch in der deutschen Beamenschaft sich Keime einer derartigen, alle Massen überschreitenden Bewegung zeigen. Wenn diese Stimmungen auch nur künstlich in die Beamenschaft hineingetragen sind, so tut doch die Regierung recht, wenn sie derartigen Maßlosigkeiten von vornherein energisch entgegentritt.“

Da haben die Herren Beamten den Dank dafür, daß sie sich bei Wahlen immer willig als Stimmwähler für die „liberalen“ Parteien gebrauchen lassen und dieser Gesellschaft bei öffentlichen Aufträgen und patriotischen Festlichkeiten als Staffage dienen. Dazu hält sie das Delitzscher Wäitgen ja noch gut genug, nur dürfen sie sich nicht erlauben, irgendwelche Rechte für sich zu beanspruchen. Wie lange werden sich die Beamten von dieser „unparteiischen“ Presse noch an der Nase herumführen lassen?

Delitzsch. Unvorsichtiger Mäucher. Der 18jährige Max Hampel aus dem benachbarten Kölla zündete sich am 1. März auf dem Felde eine Zigarette an und warf das brennende Streichholz weg. Durch die Unvorsichtigkeit wurde ein Strohstelen in Brand gesetzt und eingäschert. S. wurde von der Strafkammer Halle wegen fahrlässiger Brandstiftung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.
Kautionsschwinder. Der Kaufmann Karl Oswald Dünneker nahm einer Anzahl Personen Geldbeträge ab, indem er ihnen eine zukunftsvolle Stellung in Aussicht stellte. Die Leute traten als Markthelfer und Woten in sein Kautionsreinigungsgeschäft ein und zahlten Kautionen in Höhe von 200, 250, 300 M. Diese Kautionen bezeichnete Dünneker vor Gericht aber als „Einlagen“, um sich von der Anklage des Betrugs freizumachen. Damit hatte er aber kein Glück; die Betrogenen erklärten förmlich, daß es sich um Kautionen handelte, die Dünneker sicher zu stellen versprochen hatte. Das Gericht machte demnach, und die Leute sind um ihr Geld gekommen; ebenso auch noch eine Anzahl anderer, die Dünneker angepöppelt hat. Er wurde wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Mai.

Geschichtskalender. 10. Mai 1521: Sebastian Brant in Straßburg gestorben. 1700: Johann Peter Hebel in Dauten geboren. 1816: Friedrich Gerstäcker in Hamburg geboren. 1884: Zweite Verlängerung des Sozialistengesetzes. 1906: Eröffnung der Duma.

Sonnenaufgang: 4,16, Sonnenuntergang 7,38. Mondaufgang: 12,17 vorm., Monduntergang: 7,25 vorm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Mai: Mäßige Nordwestwinde, wolkig bis bedeckt, Temperatur wenig geändert, zeitweise Regen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Morgen Dienstag abend wird im Sausouci eine vom Agitationskomitee der Partei und dem Kartellauschuß einberufene öffentliche Versammlung abgehalten, in der in instruktiver Weise über die Vorlage über die Versicherung reform von berufener Seite referiert werden wird. Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt für einen guten Versammlungsbesuch!

Rein Systemwechsel.

II.

Das Gefühl für das unwürdige Verhältnis, in dem die Stadtverwaltung sich zur Polizei befindet, kam leise, aber doch deutlich hörbar in der Rede des Oberbürgermeisters zum Ausdruck. Er vertraue — so führte Herr Dittrich in seiner Ansprache an den neuen Direktor aus — daß dieser auch hinsichtlich der Stellung des Polizeiamts zum Rat mit ihm darin eines Sinnes sei, daß das Polizeiamt einen Teil der städtischen Verwaltung bilde, wenn es auch nach den Ortsgesetzen eine besondere Behörde sei. Die Antwort des Adressaten fiel so aus, wie sie ausfallen mußte. Man kann nicht hinten herum, durch gute Freundschaft oder auf dem Verwaltungswege, dem Staat ein Machtmittel, wie die Polizei eins ist, abknöpfen und der Stadt dienstbar machen. Dieser Versuch muß erst recht dann fehlschlagen, wenn der leitende Kopf einer solchen Körperschaft ein solch bürokratischer Selbstherrscher ist, wie Wagler nach der allgemeinen Behauptung einer sein soll. Inwieweit ich aber eine obrigkeitliche Tätigkeit über — antwortete Herr Wagler — die ein Ausfluß der staatlichen Polizeiherrschaft ist und für die ich der königlichen Staatsregierung gegenüber die Verantwortung allein trage, werde ich auch die durch eine besondere Verfassung dem Leipziger Polizeiamt gegebene Selbständigkeit wahren. Das ist deutlich genug, und die Adresse, an die diese Autokratienworte gerichtet wurden, wird sie hoffentlich verstanden haben. Wie schneidender Hohn klingt es dann, wenn Herr Wagler anführt, daß eine Stadtgemeinde, die jährlich 2 Millionen Mark zur Erhaltung der Sicherheitspolizei aufschiebt, erwarten dürfe, daß das Polizeiamt mit ihr in den der Gemeindevverwaltung unterstellenden Angelegenheiten in enger Fühlung bleibe.

Ueber die Bevormundung der Bevölkerung durch die Polizei und über die Notwendigkeit einer Reform der Polizei, hielt bei dieser Gelegenheit auch der liberale Stadtverordnetenvorsteher eine Rede; er ging aber der prinzipiellen Seite vorsichtig aus dem Wege, daß nämlich die Stadt auch über die Polizei zu bestimmen haben müsse, wenn sie sie erhalten. Die Polizei dem Stadtregiment zu unterstellen, diese selbstverständliche bürgerschaftliche Forderung, getraut sich das Bürgertum heute kaum noch laut zu erheben, geschweige denn durchzubringen. Vergleiche man die trohigen Städteverwaltungen von früher, die vom Staat für ihre Städte Unabhängigkeit und Selbständigkeit und damit Macht, Wohlstand und Freiheit erkämpften, mit den zahmen vor heute, die vor dem Staate nur Liebedienern, von ihm nichts zu fordern oder zu erziehen wagen, so läßt sich daran recht deutlich die politische Knochenweichung des Bürgertums erkennen.

Die „Reform“ des neuen Leipziger Polizeidirektors ist auf dieselbe Melodie geklimmt wie alle Reformen in Deutschland: Mehr Militär! nennt man eine Militärreform. Mehr Steuern! eine Steuerreform. Und mehr Polizei! eine Polizeireform. Der Schrei nach mehr Polizei ist das A und O der Waglerschen Rede. Damit er aber seine „Reform“ auch durchführen kann, forderte Wagler gleich im voraus die dafür in den Etat einzustellende Summe bewilligt.

Ganz richtig ist ja in den Reden von Wagler, Dittrich und Nothe darauf hingewiesen worden, daß das heutige Polizeiwesen den Anforderungen der gewaltig wachsenden Großstädte längst nicht mehr entspricht. Woher dies aber kommt, wird verschwiegen, weil die Ohnmacht der Stadtverwaltungen auch hier allzu deutlich zutage träte. Die Städteverwaltungen können eben die Polizei nicht reformieren, nicht den Verhältnissen anpassen, weil sie nichts oder so gut wie nichts in das Polizeiwesen drehen können haben. Das heutige Polizeiwesen ist, von ganz geringfügigen Aenderungen abgesehen, dasselbe wie vor dreißig Jahren. Die ganze Aufmerksamkeit bei der Polizei wurde den politischen Abteilungen geschenkt; denn diese haben ja die „große Aufgabe“, den Staat vor dem Umsturz zu retten. Daß die Tätigkeit der politischen Abteilungen eines der dunkelsten Blätter der Polizeigeschichte ist, darüber gibt es kaum einen Zweifel. Würde all der in dieser Abteilung verwendete Scharfsinn, all die Tätigkeit auf die Ergreifung von Verbrechern usw. gerichtet, so könnte man vom bürgerlichen Standpunkt aus sagen, diese Tätigkeit habe im Interesse der Gesellschaft gelegen. Hat nicht die Polizei fast aller Großstädte bei der Auffindung von Mördern und Verbrechern in der letzten Zeit völlig versagt? Ist sie nicht dadurch zum Gegenstand heftiger Kritik in der bürgerlichen Presse

geworden, die von ihrer Polizei verlangt oder glaubt verlangen zu können, daß sie die Mörder fände, Eigentum und Leben der Bürger schütze? Wird aber mit den Vorwürfen den Beamten nicht unrecht getan? Es kommt nicht darauf an, wie Wagler in seiner Rede meint, einige Polizeikommissare fähiger zu machen, damit sie den Polizeidienst nicht bloß als Durchgangsstadium zu andern Stellen betrachten, daß ihnen Bureauarbeiten abgenommen werden usw., sondern darauf, daß das ganze Polizeiwesen an Haupt und Gliedern reformiert wird. Die Polizei in ihrer heutigen Verfassung ist den Verbrechern gegenüber völlig hilflos. Wenn ihr nicht durch Zufall einer ins Garn läuft, erwischt sie sehr, sehr selten einen. Wer sich von berufener Seite über die Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit des heutigen Polizeiwesens noch näher unterrichten lassen will, der lese die 1899 erschienenen Memoiren des früheren Chefs der Pariser Sicherheitspolizei, Herrn Gorton. Wenn Herr Wagler aber am Schluß seiner Rede die höheren Polizeibeamten begünstigt als seinen Stab Mitarbeiter im beruflichen Kampfe gegen die Widersacher des Gesetzes und der Ordnung, so ist damit der alte Polizeigeist in völliger Klarheit da. Wie könnte es auch anders sein? Herr Wagler ist 1884 als Referendar in Leipzig in den Polizeidienst eingetreten, also in einer Zeit, wo die Polizei ihre ganze Kraft auf die Vernichtung der Sozialdemokratie verwandte. Er ist dann in den 90er Jahren wieder jahrelang Polizeiasessor und Polizeirat gewesen. Und diese Lehre, die er an einer solchen Quelle durchgemacht hat, sollte er vergessen haben? Er soll, wie der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher in ihren Reden meinten, den offenen, freien Blick für die Bedürfnisse einer sich zusehends schnell entwickelnden Großstadt haben? Er soll ein gutes Einvernehmen zwischen der Polizei und der Bürgerschaft herstellen, damit ein gegenseitiges Sichverstehen die Grundlage geheimer Tätigkeit der Polizei sei? Warten wir ab, was von den winzigen bürgerlichen Hoffnungen erfüllt wird.

Der Sozialdemokratie ist die Stellung zu allen Machtmitteln des Staates, also auch zur Polizei, durch ihre Grundsätze vorgeschrieben. Sie hat auch in ihrem langen Kampfe kennen gelernt, daß die Polizei vor allem zur Niederhaltung der Arbeiter da ist und ihre eigentliche Aufgabe, Sicherheitsorgan zu sein, erst an zweiter Stelle kommt. Den Siegesmarsch der Arbeiter hält freilich auch keine Polizeimacht auf.

Zum steuerpflichtigen Einkommen gehören auch Trinkgelder der Straßenbahnschaffner.

Das trifft allerdings nur auf Sachsen, nicht aber in jedem Falle auch auf Preußen zu. Das sächsische Oberverwaltungsgericht sagt hierüber in einer Entscheidung, die in den Jahrbüchern des Oberverwaltungsgerichts veröffentlicht worden ist, folgendes: In Sachsen hat bisher weder das Oberverwaltungsgericht noch das Finanzministerium Gelegenheit gehabt, zu der streitigen Frage Stellung zu nehmen. Wohl aber ist dies in Preußen geschehen, und zwar in einem Rekrüpte des Finanzministeriums und in zwei Urteilen des preussischen Oberverwaltungsgerichts. Diese Entscheidungen gehen sämtlich davon aus, daß Trinkgelder nur dann der Staatseinkommensteuer unterliegen, wenn deren Empfänger in der von ihnen bekleideten Stellung auf sie angewiesen sind, die Trinkgelder also einen Teil des aus dieser Stellung als Erwerbquelle fließenden Lohnes bilden. Diese Auffassung ist für das sächsische Einkommensteuergesetz nicht von Bedeutung, denn nach dessen Vorschriften unterliegt der Einkommensteuer die Summe aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen der Beitragspflichtigen. Selbst wenn man also dazu käme, die Trinkgelder nicht als Teil des Verdienstes und demnach nicht als Einkommen aus einer Hauptquelle anzusehen, würde dies noch nicht zu deren Freilassung von der Steuer führen; denn zum Einkommen im Sinne des sächsischen Gesetzes gehören sie ohne Zweifel. Trinkgelder, z. B. solche der Straßenbahnschaffner, stellen sich zwar als bloße Geschenke dar, die vom Publikum gewährt werden; Geschenke unterliegen aber in Sachsen nur dann der Einkommensteuer nicht, wenn sie außerordentliche, das Stammvermögen vermehrende Einnahmen bilden, oder wenn sie dem Empfänger so unregelmäßig und unbestimmt zufließen, daß er mit ihnen bei Ordnung seines Privatvermögens als mit einer regelmäßig wiederkehrenden Einnahme nicht rechnen darf. Daß diese Voraussetzungen bei Trinkgeldern, insbesondere bei Trinkgeldern der Straßenbahnschaffner, nicht zutreffen, sei eine allgemein bekannte Tatsache.

Streit um Anliegerleistungen.

er. Im Jahre 1900 plante der Rat zu Leipzig die Verbreiterung der Dresdener Straße, wozu sich die Abtretung des Vorgartenlandes des der Fleischereiung gehörigen Schloßberggrundstückes erforderlich machte. Die Innung erklärte sich nach längeren Verhandlungen bereit, das Areal gegen angemessene Entschädigung abzutreten unter der Bedingung, daß ihr aus der Landbeschaffung und Straßenverbreiterung keine Anliegerverpflichtungen entständen. Es wurde ein Kaufvertrag abgeschlossen, wonach die Innung für das zu Straßen zwecken benötigte Vorgartenland 17 220 Mk. (50 Mk. pro Quadratmeter) als Kaufpreis erhielt. Vor einigen Jahren kam es nun zwischen dem Stadtrat und der Innung zu Streitigkeiten, weil der Rat gegen die Innung Rückvergütungen anzuverlangen geltend machte und einen entsprechenden Eintrag ins Obliegenbuch wünschte. Dem widersetzte sich die Innung. Ihr früherer Obermeister, Nießmann, behauptete, daß seinerzeit bei den Verhandlungen mit dem inzwischen verstorbenen Stadtrat Dr. Wangelmann das Hauptgewicht darauf gelegt worden sei, daß der Kaufpreis nicht durch entstehende Straßenerhellungskosten gemindert oder ganz entfallen werde. Von dieser Annahme aus habe die Innung auch nur dem Verkauf zugestimmt. Niemand sei die Rede davon gewesen, daß der Verkauf auf Grund des Straßenausbaues vor sich gehen solle. Da Dr. Wangelmann auch eine Persönlichkeit gewesen sei, der niemals jemanden überbietet hätte, müsse man annehmen, daß er das Vorgartenland unter Freilassung des Restgrundstücks von allen Anliegerleistungen erworben habe. Anders würde die Innung der Rückvergütung auch nicht zugestimmt haben. Die Rechtsprechung des Leipziger Oberlandesgerichtes, zugunsten der Innung, weil ihrer Ansicht nach der Vertrag sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinne nach nur so ver-

standen werden könne, daß die Stadtgemeinde endgültig alle Anliegerleistungen übernommen habe. Der Stadtrat erhob hiergegen die Anfechtungsklage; er bestritt, daß bei den Verhandlungen über die Verbreiterung der Dresdener Straße die Frage der Anliegerleistungen überhaupt berührt worden sei. Willigte sie aber einmal in die Abtretung des Vorgartenlandes, so sei sie auch nach § 44 der damals noch geltenden Leipziger Ortsbauordnung vom 27. Oktober 1887 zu den Anliegerleistungen verpflichtet gewesen. Die Worte in dem Vertrag: Der Rat übernimmt die Straßenherstellung im vollen Umfange, seien nur im räumlichen und nicht im zeitlichen Sinne zu verstehen. Habe die Innung darunter etwas anderes gemeint, so hätte sie dies ausdrücken müssen. Das Abkommen würde dann aber nicht zustande gekommen sein, da sich die Stadtgemeinde auch im Enteignungswege das erforderliche Straßenland hätte beschaffen können. — Die Innung entgegnete, daß sie bei den Verhandlungen keinen rechtswidrigen Willen gehabt und sich in allen Dingen auf den Stadtrat verlassen habe. Daß die Innung im Recht sei, ergebe sich aus dem Umstand, daß der Ueberlassungspreis von 50 Mk. für das Quadratmeter Land ungewöhnlich niedrig sei. (Ein Sachverständiger hat den Quadratmeter jezt — also nach reichlich 8 Jahren — auf 75 Mk. geschätzt. D. W.) Das Oberverwaltungsgericht hat die angefochtene Entscheidung aufgehoben und den Rückvergütungsanspruch der Stadtgemeinde wegen der Kosten der Landbeschaffung und Straßenherstellung — mit Ausnahme der Kosten für den Ausbau des Fußwegs in Höhe von 2430 Mk. — anerkannt. Nach der Leipziger Ortsbauordnung, so heißt es in den Entscheidungsgründen, stehe zweifellos der Stadtgemeinde ein Rückvergütungsanspruch zu. Fraglich konnte nur sein, ob der Anspruch durch das Abkommen ausgeschlossen sei. Das sei nicht der Fall. Wenn die Innung ihre Abtät nicht klarer ausgedrückt habe, sei das ihre Schuld, der Stadtrat habe an der Aufstellung der Abtretungsbedingungen gar nicht mitgewirkt und konnte auch nicht ahnen, daß die Innung unter dem Worte Herstellung etwas anderes verhehe, als die Ortsbauordnung bezeuge. Ueberdies erlange der Erstattungsanspruch erst praktische Bedeutung, wenn die Innung einmal auf dem Grundstück baue, es hänge also ganz von ihrer Entscheidung ab, ob sie einmal werde zahlen müssen oder nicht.

Wasserpatriotische Propaganda

wird jetzt vier Wochen lang im großen Saale des kaiserlichen Rathhauses am Neumarkt betrieben. Ein Kapitänleutnant d. M. R. M. in aus Oldenburg hat dort eine Kriegsmarineausstellung etabliert mit dem ausgesprochenen Zweck, „das Interesse und das Verständnis für unsere Kriegsmarine auszubilden“. Die Ausstellung ist ziemlich mager ausgefallen. Dieser Mangel wird aber zur Genüge ersetzt durch einen mit patriotischen Phrasen reichlich gespickten Vortrag des Ausstellungsführers, dem am Eröffnungstage etwa hundert Schuljungen mit offenem Munde zuhörten, wie das Wauernjüngens tun, Lie auf der Wesse zum erstenmal aus dem Munde eines Ausfühlers Kunde erhalten von den furchterlichen Wilden, die da hinten in der Bude wuden. Zwanzigtausend Schüler sollen nach der bürgerlichen Presse dieses Gemisses noch teilhaftig werden. Wie „erzieherisch“ die intime Bekanntschaft der Jugend mit dem Nordpatriotismus wirkt, ließ sich am besten bei der Vorführung eines Maschinengewehres „im Feuer“ studieren. Als die Schiffe durch den Saal knatterten, konnte man auf den Gesichtern der Jungen deutlich erkennen, wie vor ihrem geistigen Auge Szenen aus der Ald Carter- und Ahnlicher Literatur — dieser treuen Begleiterin des Nordpatriotismus — lebendig wurden. Die Leipziger Lehrer haben jetzt bekanntlich den Kampf gegen die Schundliteratur aufgenommen. Der Schuldeputation liegt ein Flugblatt der Lehrer zur Begutachtung vor, daß in der nächsten Zeit in den Schulen verbreitet werden soll. Wie es nun „pädagogisch“ zu vereinfachen ist, auf der einen Seite ein Uebel zu bekämpfen und auf der andern Seite dasselbe Uebel — nur unter anderer Firma — zu kultivieren, ist für unser Bürgertum bezeichnend.

Anzuerkennen aber ist, daß die Ausstellungsleitung auf Besuch aus proletarischen Kreisen nicht rechnet; denn der Eintrittspreis ist so hoch bemessen, daß die Arbeiter, die auf solche „patriotische Gemisse“ ohnehin verzichten, den Agenten des Wasserpatriotismus nicht noch eine solche Menge Geld hintreiben werden.

Von den Gasanstalten. Der Rat hat an die Stadtverordneten eine Vorlage gerichtet, worin er für die Kammeröfen in Gasanstalt II die Beschaffung einer besonderen Koksförderanlage zum Preise von etwa 115000 Mk. fordert. Ferner sollen in Gasanstalt II mehrere Verbesserungen und Erweiterungen der Koksförderanlage vorgenommen und eine Turbinenpumpe angeschafft werden, was ungefähr die Summe von 25000 Mk. erfordern würde. In Gasanstalt I denkt der Rat an Stelle der bereits bewilligten Zehmaschinen Stofmaschinen einzuführen. Hierfür und für den dadurch nötig werdenden Umbau der Defen und Förderinnen würden ungefähr 122000 Mk. Kosten erwachsen. Diese Summen sollen indes aus den Ersparnissen gedeckt werden, die aus den bereits bewilligten Geldern erzielt worden sind.

Die Hiltsschule für Schwachbefähigte ist bereits im Renbau begriffen. Einer Anregung des Schulamts folgend, hat der Rat das Hochbauamt beauftragt, das Projekt insofern abzuändern, als die im Kellergehöf vorgesehene zwei Werkstätten in das Dachgehöf gelegt und noch um zwei weitere Werkstätten vermehrt werden sollen, während in den hierdurch frei werdenden Räumen des Kellergehöfes eine Haushaltungsschule eingerichtet werden soll. Für die Ausführung dieser Arbeiten werden 16127,15 Mk. nachgefordert.

Was kostet der König-Albert-Park? Für die Einrichtung der Parkanlagen im König-Albert-Park, die Arbeiten zur Regulierung der großen Wiesenfläche am Scheibenhöf, die Errichtung der Fläche, die für die Lawn-Tennis-Platz-Anlage bestimmt war, und die gärtnerischen Arbeiten bei Herstellung der Straßen im König-Albert-Park ist insgesamt die Summe von 421074,70 Mk. ausgegeben worden. Bewilligt haben die Stadtverordneten bisher nur 418855,29 Mk., so daß sie noch die Restsumme von 2219,41 Mk. werden nachzubewilligen haben.

Die Turnhallenweihede der Freien Turnerschaft L.-Süd verließ programmäßig, vom herrlichsten Wetter begünstigt. Der Kommerz zur Vorfeier, an dem die Gesangsabteilung des Ortsvereins Connewitz mitwirkte, war sehr animiert. Den Mittelpunkt der Feier aber bildete der Festzug, an dem sich 33 Vereine mit ihren Fahnen beteiligten. Vier Musikkorps spielten auf. Es waren annähernd 2000 Turngenossen und -genossinnen, die den Bewohnern des lüblichen Stadtteils die Stärke der Freien Turnerschaft demonstrieren. Als die Turner auf dem Festplatz angekommen, die üblichen Formalitäten,

Festrede des Genossen Maurer aus Gera usw. erledigt waren, traten sie zu den Übungen an, um den dicht gedrängten Zuschauern Proben ihres Könnens abzugeben. An den Freilübungen beteiligten sich 180, ferner in 17 Riegen circa 200 Turner. Abends schwangen die Festteilnehmer in zwei Sälen das Tanzbein. Außer den Vereinen aus der näheren Umgebung Leipzigs, die sämtlich vertreten waren, ist noch zu erwähnen, daß die Brudervereine Dresden-Cotta, Wurzen, Weissenfels, Großsch. Pegau, Hohenmölsen, Göhritz usw. dem festgebenden Verein die Ehre einer Vertretung hatten zuteil werden lassen. Wir wünschen dem Turnverein Vorwärts L.-Süd auch ferner gutes Gedeihen.

Hauptverhandlungen des Schwurgerichts. In der dritten Sitzungsperiode des Schwurgerichts Leipzig werden folgende Strafsachen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kuhn erledigt werden: Montag, den 10. Mai, vorm. 10 Uhr: gegen den Kesselreiniger Heinrich Christian Thiermann aus Oberlößnitz und den Gefährlicheren Gustav Hermann Geißler aus Neundorf wegen Brandstiftung und Anstiftung dazu. Dienstag, den 11. Mai, vorm. 10 Uhr: gegen den Dienstknecht Friedrich Albin Schmidt aus Dresden und die Dienstmagd Martha Anna Wisse aus Pichtenberg wegen Meineids und Anstiftung dazu; mittags 11 Uhr: gegen den früheren Postgehilfen Hermann Blücher aus Borna wegen Unterschlagung im Amte. Mittwoch, den 12. Mai, vorm. 10 Uhr: gegen den Schuhmacher Max Edmund Böser aus Markranstädt wegen verurtheter Mordthat. Donnerstag, den 13. Mai, vorm. 10 Uhr: gegen die Handarbeitersechfrau Anna Lara Klentzburger aus Schönbach wegen Meineids. Freitag, den 14. Mai, vorm. 10 Uhr: gegen die Grubenarbeitersechfrau Marianne Eldenhamer aus Rodrau wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Dienstag, den 18. Mai, und folgende Tage, vorm. 10 Uhr: gegen den Verschleppungsbeamten Gustav Ferdinand Heintzsch aus Böhla und den Fabrikmeister Karl Hermann Franz Thiele aus Witterfeld wegen betrügerischen Bankrotts und Meineids bezw. Beihilfe zum betrügerischen Bankrott.

Das Rauchen auf der Straßenbahn war nach § 47 der Betriebsordnung für die elektrischen Straßenbahnen nur auf den Außenplätzen der Wagen, in den offenen Sommerwagen aber nur auf dem Hinterperron gestattet. Daneben soll jezt nach einer Bekanntmachung des Rates bis auf weiteres das Rauchen auch im Innern der auf beiden Seiten oder wenigstens auf einer ganzen Längsseite offenen Sommerwagen gestattet sein, deren Vorderperron durch eine Querwand von den Sitzplätzen abgeschlossen ist.

Schwer verbrannt hat sich gestern abend in der 10. Stunde die 53 Jahre alte Ehefrau des in der Waldstraße 46 wohnenden Malermeisters Möbius. Die Frau lag allein in der Wohnung befinde, als das Unglück, vermutlich durch eine Spiritusexplosion bei der Benutzung eines Spiritusluchers, geschehen ist. Die Unglückliche wurde mit verbrannten Kleidern und schweren Brandwunden am ganzen Körper aufgefunden. An den Folgen der Verbrennung ist sie vergangene Nacht um 2 Uhr im Krankenhaus verstorben.

Feuer brach am Sonnabend in einem Kinematographentheater in der Reichstraße aus. Vermutlich war Kurzschluß die Ursache. Die Feuerwehr hatte mit der Beseitigung des Brandes eine halbe Stunde zu tun.

Ferner war am Sonnabend in der Wohnung eines Altkorrigierten in der Adelsstraße durch das Herauspringen von Funken aus dem Kaminofen Feuer ausgebrochen. Auch diesen Brand hat die Feuerwehr bald beseitigt.

Im Keller eines Grundstückes der Neuhäuser Gasse entzündeten sich gestern die darin lagernden Brillenvorräte. Der Brand wurde von der Feuerwehr unterdrückt.

Blutsturz. Am Sonnabend abend erlitt ein 17jähriger Handlungslehrling aus L.-Gutrich einen Blutsturz. Der junge Mann fand Aufnahme im Krankenhaus.

Von Krämpfen befallen. Auf dem Neuplatz wurden am Sonnabend zwei Personen, eine Frau aus Crostwitz und ein Arbeiter, letzterer in dem Augenblicke, als er auf die Straßenbahn aufsteigen wollte, von Krämpfen befallen. Der Arbeiter wurde in seine Wohnung gebracht, die Frau ins Krankenhaus.

Diebstähle. Metallene Haustürklinken sind in der letzten Zeit wieder in verschiedenen Stadtteilen entwendet worden, zuletzt in der Funkenburgstraße und König-Johann-Straße.

Zwei englische Kutschgeschirre mit zwei silberplattierten Beschlägen und dem Namenszug G.R. im Werte von 250 Mk. wurden aus einem Grundstück der Dresdner Straße gestohlen.

Durch Einbruch wurden in der Grötmannschen Straße aus einem Geschäftslokal etwa 400 Mk. gestohlen.

In einem Hause der Kurprinzstraße wurde ein schon vielfach bestraffter, 20 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Saarbrücken bei einem Einbruch überrascht und festgenommen. Er ist erst kürzlich nach Verbüßung von vier Jahren Zuchthaus aus der Strafanstalt entlassen worden.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Von seinem Bruder der Brandstiftung denunziert. Am Abend des 2. Oktober 1903 ging der Getreidebesitzer einer Frau Fischer in Engelsdorf in Flammen auf. Als Täter wurde bald nach dem Brande der Kutscher Gustav Hermann Geißler aus Neundorf vom Gendarmen festgenommen. Am Tage der Verhaftung Geißlers beging die Eigentümerin des Feldens, Frau Fischer, bei der Geißler wohnte, Selbstmord durch Erhängen. Der Verhaftete wurde dann am 11. November wieder auf freien Fuß gesetzt, da er beharrlich jede Schuld in Abrede stellte und ihm die Täterschaft nicht nachgewiesen werden konnte. Dem Kinde der Fischer wurden daraufhin von der Versicherungsgesellschaft 600 Mk. für den Brandschaden ausbezahlt. Im August 1906 zeigte der Arbeiter Max Thiermann an, daß sein Bruder, der Kesselreiniger Christian Thiermann aus Oberlößnitz, ihm im Jahre 1905 mitgeteilt habe, er habe im Oktober 1903 auf Engelsdorfer Flur einen Getreidebesitzer weggeschenert. Weiter beschuldigte Max Thiermann seinen Bruder des Raubes und der Urkundenfälschung. Bei seiner Vernehmung erklärte Thiermann dem Staatsanwalt, die Anzeige seines Bruders sei weiter nichts als ein Nachgott, weil er es mit der Frau seines Bruders gehalten habe. Die Anklage gegen Thiermann wurde seinerzeit auch nicht erhoben, da auf die Anzeige Max Thiermanns allein hin keine genügenden Beweise für die Schuld erbracht werden konnten. Im vorigen Jahre erschien eine Frau Pippoldt bei der Polizei und machte dort die Mitteilung, daß der bei ihr zur Miete wohnende Arbeiter Heinrich Thiermann ihr erzählt habe, er habe vor einigen Jahren auf Anstiften des Kutschers Geißler einen Getreidebesitzer bei Engelsdorf angezündet. Die Folge dieser Angeberhaltung war die erneute Festnahme Geißlers und Heinrich Thiermanns, gegen die nunmehr ein Strafverfahren wegen vorsätzlicher Brandstiftung bezw. wegen Anstiftung dazu eingeleitet wurde. Geißler sowohl wie Thiermann leugneten. Trotzdem wurde gegen sie Anklage erhoben und die Verhandlung am den 10. Mai vor dem Schwurgericht Leipzig anberaumt. Wenige Tage vor der Hauptverhandlung ließ Geißler sich beim Vorsitzenden des

Schwurgerichts aus der Untersuchungshaft vorführen, um ein Geständnis abzulegen. Er gestand ein, er habe auf Anraten der Frau Fischer seinen Mitangeklagten Thiermann zu bestimmen gewünscht, den Getreidebesitzer wegzubrennen. Als Entschädigung habe Thiermann 20 Mk. erhalten. In der Hauptverhandlung hielt der Vorsitzende dem Angeklagten dieses Geständnis Geißlers vor, worauf Thiermann ebenfalls sein Bekenntnis aufgab und die Täterschaft unumwunden zugab. (Die Verhandlung dauert fort.)

Reichsgericht.

Ein Opfer der Sparmut am falschen Fleck. Das Landgericht Schneidemühl hat am 8. Januar den Amtsgerichtsdirektor Otto Marock von der Anklage der Befestigung und Beschädigung ihm amtlich anvertrauter Urkunden freigesprochen. Er war erster Gerichtsschreiber am Amtsgericht Schneidemühl. Da ihm die Arbeit über den Kopf wuchs, bat er um Beihilfe, die abgelehnt wurde. Er half sich nun so, daß er die eiligen Sachen erledigte und die andern zurücklegte. Er legte sie in ein Gewölbe, wo andere Beamte verkehrten. Es handelte sich um 35 Aktenstücke. Als eines Tages der Gerichtspräsident bei ihm revidieren wollte, schaffte er die Akten mit Hilfe eines Dieners aus dem Gewölbe auf den Boden des Amtsgerichts. Ein Kanzlist entdeckte sie dort, erstattete Anzeige und bewirkte dadurch, daß der Angeklagte seines Amtes entsetzt wurde. Das Gericht hat eine Schuld des Angeklagten nicht als erwiesen angesehen. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die subjektive Seite ist nicht ausreichend geprüft worden. Festgestellt ist, daß die ordnungsmäßige Verwahrung der Urkunden aufgehoben war und daß der Angeklagte dies wollte. Der Vorfall ist mit dem Endurteil verwechselt worden.

Das Berliner Hochbahnunglück vor dem Reichsgericht. Das furchtbare Unglück, das sich am 20. September v. J. am Gieselerplatz der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ereignete, beschäftigte den 2. Strafsenat des Reichsgerichts. Das Landgericht II in Berlin hat am 6. Februar dieses Jahres den Zugführer Karl Schreiber zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er für feststellt hielt, daß er durch eine Unachtsamkeit den Zusammenstoß der beiden Züge verursacht hat, bei dem 18 Menschen getötet und weitere 18 verletzt wurden. Gegen dieses Urteil hatte Schreiber Revision eingelegt. Er behauptete sich in der Hauptphase darüber, daß eine Reihe von Sachverständigen, die er als befangen abgelehnt hatte, doch als Sachverständige vernommen worden sind. Es handelte sich hier um Beamte, die bei der Bahngesellschaft angestellt sind und deshalb nicht imstande seien, objektiv zu urteilen, namentlich nicht die vorhandenen Umstände zugeben konnten. Verügt wurde sodann der Antrag einer Feststellung, daß der Angeklagte kein konkreten Erfolgs, d. h. den Tod und die Körperverletzung so vieler Menschen voraussehen konnte. — Das Reichsgericht verwies die Revision als unbegründet. Wenn das Landgericht zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Sachverständigen nicht als befangen anzusehen seien, so könne dies nur auf Grund tatsächlicher Erwägungen geschehen sein, die in der Revisionsinstanz nicht nachzuprüfen seien. Bei der Ablehnung der vom Angeklagten gestellten Weisungsanträge sei das Gesetz nicht verletzt worden; von einer Vorwegnahme des Beweisergebnisses könne keine Rede sein. Die Voraussetzbarkeit sei auch subjektiv geprüft worden. Daß der Angeklagte den Unfall in seiner konkreten Gestalt voraussehen konnte, war nicht erforderlich. Das Landgericht sei in dieser Beziehung von einer antreffenden Auffassung ausgegangen.

Gewerbegericht Leipzig.

J. Jtmann und seine Arbeiter. Die Firma J. Jtmann, Möbel- und Warenkreditgeschäft, hatte ihren Marktbesitzer J. verklagt wegen 24 Mk. Schadenersatz. Der Marktbesitzer hatte auf einem Handwagen mehrere Möbelstücke im Gewicht von etwa 10 bis 12 Zentner nach Dölitz zu fahren. Dabei ist nun eine Spiegelkassette zerbrochen und eine Kommode beschädigt worden. Hierfür soll nun der Marktbesitzer Ersatz leisten. Er machte jedoch geltend, daß der Wagen insofern mangelhaft war, als die hintere Stütze herunterfiel und durch den Aufprall des Wagens auf das Pflaster sich die Verpackung der Möbel gelockert habe und dadurch der Schaden entstanden sei. Ein Junge befand ebenfalls, daß die Stütze des Wagens wackelte und daß die Zugvorrichtung nicht in Ordnung war. Der Beklagte hat mehrmals an dem Wagen selbst Reparaturen vorgenommen und auch seinen Vorgelagten mitgeteilt, daß der Wagen nicht in Ordnung sei. Auf die Frage des Vorliegenden, warum er dann mit einem so mangelhaften Wagen losgefahren sei, antwortete der Marktbesitzer: Wenn ich's nicht gemacht hätte, hätte es ein anderer getan. Die beklagte Firma ließ sich durch einen Buchhalter vertreten, der angewiesen war, auf keinen Vergleich einzugehen. Das Gewerbegericht stellte sich auf die Seite des Marktbesitzers und wies die Klage der Firma ab. Ein Beweis für Fahrlässigkeit sei nicht geführt; vielmehr war erwiesen, daß die Zugvorrichtung mangelhaft war. Von einer Fahrlässigkeit könne schon um deswillen keine Rede sein, weil der Marktbesitzer die Firma von dem Zustande des Wagens in Kenntnis gesetzt hatte.

Der Begriff der „stillen Zeit“ im Schneiderberufe. Eine Näherin hatte ihrer Prinzipalin versprochen, bei ihr bis zur stillen Zeit zu bleiben. Die Schneiderin meint, daß die stille Zeit erst von Pfingsten an beginne, die Näherin sei jedoch jetzt schon fortgegangen. Die Frage, ob die stille Zeit im Schneiderberufe nach Pfingsten sei, wurde nicht entschieden, da die Parteien sich einigten. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Näherin verurteilt worden wäre, wenn keine Einigung zustande kam.

Vereine und Versammlungen.

Die Former

Hielten eine öffentliche Versammlung ab, in der sie sich mit der Stellung des Leipziger Gewerbegerichts zu der famosen Arbeitsordnung der Firma Wäge in Plagwitz beschäftigten. Nach einem Besatze des Genossen Blüthig wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Former und Gleiserearbeiter protestieren ganz entschieden gegen die Begründungen des Urteils, das am 10. März vom Leipziger Gewerbegericht in Sachen Wäge kontra Wägel gefällt worden ist. Mit diesen Begründungen wird den Formern der in § 138 des V. G. B. S. gewährte Schutz gegen unbillige Verträge vorenthalten, so es wirkt nach Ansicht der Versammlung als direkte Aufforderung an die Unternehmer, ihren Arbeitern solche Verträge aufzuzwingen. Die Versammelten sind der Meinung, daß durch solche Begründungen die Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter nur gefördert werden, und erwarten vom Gewerbegericht, daß es in Zukunft bei Urteilen von so weittragender Bedeutung den wirtschaftlichen Verhältnissen mehr Rechnung trägt.“

Die Freisorgehilfen

Hielten am 5. Mai eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Gylron aus Berlin behandelte das Thema: Welche Vorsehen haben die Leipziger Freisorgehilfen aus der Tarifbewegung zu ziehen? Der Redner wies nach, daß die Gehilfenauschüsse machtlos seien, wenn nicht die Kollegenschaft geschlossen dahinter stehe. Nur eine starke Organisation sei in der Lage, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In der Diskussion teilte der Mitredner mit, daß er sämtlichen Tageszeitungen einen Bericht über die Tarifbewegung zugesandt habe. Nur die

Leipziger Volkszeitung habe den Bericht aufgenommen. Alle übrigen Zeitungen hätten die Ausnahme verweigert.

Die freien Gast- und Schankwirte

Hielten am 6. Mai eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärten die Versammelten das Andenken des verstorbenen Kollegen Max Wägel in der üblichen Weise. Dann wurden einige geschäftliche Mitteilungen gemacht. Ausgenommen wurden die Kollegen Heinrich Beck, Richard Wägel und Franz Kammerlicher. Eine lebhafteste Debatte rief die Automatenfrage hervor. Man einigte sich dahin, alle Automaten in den Lokalen zu beseitigen, um sich vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen. Weiter wurden den Kollegen empfohlen, in der Leipziger Volkszeitung zu inserieren und alle Arbeitskräfte vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen zu entnehmen. Schließlich wurde verurteilt, daß die Brauereien an Private Fabrik liefern.

Von Nah und Fern.

Katibor, 10. Mai. Der Postassistent Bente in Konstanz hatte mit einem Mädchen ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Im Einvernehmen mit Bente begab sich das Mädchen zu einer weisen Frau nach Berlin, um die Folgen ihres Fehltritts zu beseitigen. Dieser Schritt wurde die Ursache ihres Todes. Als Bente verhaftet werden sollte, erschloß er sich.

Entgleisung.

Wesigheim, 9. Mai. Der Eilzug 135 Heilbronn-Stuttgart ist heute, mittags 12 Uhr, bei Walheim entgleist. Die Lokomotive blieb stehen, während der Tender über die Böschung stürzte. Sämtliche Wagen sprangen aus dem Gleis, blieben aber stehen. Die Ursache der Entgleisung ist unbekannt. Verletzt wurde niemand.

Arbeiterisiko.

Hattungen a. d. Ruhr, 9. Mai. Im Hochofenbetrieb der Henrichshütte sind vier Arbeiter an giftigen Gasen erkrankt. Ein fünfter wurde getötet.

Der russische Polizeisumpf.

Paris, 9. Mai. Der Terrorist Woscha Rips, welcher infolge politischer Umtriebe nach Sibirien verbannt und unter dem Vorwande, der russischen Polizei dienen zu wollen, mit dem Leiter der Moskauer Polizei, v. Kotten, in Verbindung getreten war, feuerte auf Oberst v. Kotten, als dieser ihn in seinem Hotel besuchte, vier Revolvergeschosse ab; ohne zu treffen. Rips brachte hierauf dem Obersten mit dem Revolverkolben zwei leichte Kopfverletzungen bei. Rips, der sich widerstandslos gefangen nehmen ließ, erklärte, er habe v. Kotten töten wollen, um die Treiber der russischen Polizei zu entlarven.

Rüstungen.

Wien, 8. Mai. Ein großer Teil der 1805 Millionen, die Italien in den nächsten fünf Jahren für militärische Rüstungen auswendet, soll zur Errichtung von Befestigungen an der österreichischen Grenze dienen.

Waldbrand.

Essen, 8. Mai. Seit gestern nachmittags wütet in der Nachbargemeinde Bottrop ein furchtbarer Waldbrand. Ueber 12 000 Morgen stehen in Flammen. Der Brand nimmt weitere Ausdehnung an. Die Waldungen gehören dem Fiskus.

Eine Familientragödie.

Weimar, 8. Mai. Hier tödete der in der Buttelschäfers Straße wohnende Kurwarenhandwerker Weisse seine Frau durch einen Schuß in die Brust, worauf er sich selbst entleibte. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Verunglückt.

Hannover, 8. Mai. Im Militärrelinstitut kam der Leutnant v. Thiermann zu Fall, wobei ihm die Lanze in den Unterleib drang. Nach einer Operation trat durch den starken Blutverlust Herzschwäche ein, die gestern den Tod herbeiführte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kreuznach, 10. Mai. Der hier tagende Parteitag der Nationalliberalen der Rheinprovinz beschloß eine Resolution zur Reichsfinanzreform, in der die schleunige Durchführung einer auf der Brau- und Besteuerreform basierenden Finanzreform gefordert und die Haltung der Konservativen bedauert wird. Die Wertzuwachssteuer sei zwar prinzipiell gutzuheißen, sie bilde aber keinen geeigneten Ersatz für die Erbanfallsteuer, weil sie einen zu geringen Ertrag bringe, um die drängende Finanznot aus der Welt zu schaffen.

Paris, 9. Mai. Die nationale Vereinigung der Postbeamten hielt heute nachmittags eine Versammlung ab, an der 600 Personen teilnahmen. Der Vertreter des Zentralverbandes rief, in Ruhe den Streikverlauf abzuwarten, dem alle gehorchen würden. Ein englischer Postbeamter versicherte den französischen Kameraden die finanzielle und moralische Unterstützung der englischen Kollegen. Nach zahlreichen heftigen Reden nahm die Versammlung eine Tagesordnung an, welche die Regierung beschuldigt, ihre Versprechungen nicht gehalten zu haben und verlangt, daß alles getan werde, um die gemäßigten Beamten zu rehabilitieren.

Paris, 10. Mai. Der Matin veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Jollitsch, dem Vorsitzenden des deutschen Post- und Telegraphenbeamtenverbands, worin dieser erklärt, die deutschen Beamten würden sich niemals zu Taten hinreichend lassen, wie es die französischen Kollegen getan haben, deren Haltung verurteilt werden müsse. Die jetzige wirtschaftliche Lage gestatte es allerdings nicht, daß ein Beamter mit einem Monatsgehalt von 200 Frank sich und seine Familie ernähre. Ihre Anstrengungen gingen deshalb begreiflicherweise auf eine Besserung ihrer Lebenslage hinaus. Herr Jollitsch schloß seine Erklärung mit der Versicherung, wir werden uns niemals um die sozialdemokratische Fahne scharen.

Dieser Jollitsch ist identisch mit dem von Kräfte in Disziplinaruntersuchung gezogenen Vorsitzenden des Verbands mittlerer Post- und Telegraphenbeamten. Dieser Herr will sich nun augenscheinlich seiner Regierung wieder würdig machen, indem er seine französischen Kollegen dem Matin denunziert. Er ist ihrer würdig, und die Regierung seiner.

Petersburg, 9. Mai. Aus Tscheljabinsk wird gemeldet, der Gehilfe des Kreischefs Katschenko wie der Bezirkschef Kleschischew organisierten eine Räuberbande, rüsteten sie mit Armeegewehren aus und sandten sie auf „Expropriationen“ aus. Die Bande arbeitete lange Zeit erfolgreich unter Polizeischutz. Endlich gelangte das schamlose Treiben der Räuber durch Dokumente, die bei einem gefangenen Räuber gefunden waren, an die Öffentlichkeit. Die genannten Chefs wurden in Prokudin verhaftet.

Oeffentliche Erklärung mit vervollständigter Unterschriftenliste.

Den sächsischen Volksschullehrern, die in Zwickau mit seltener Einmütigkeit für eine Reform des Religionsunterrichts eingetreten sind, sprechen wir hiermit öffentlich unsere warme Sympathie aus.

Auch wir wollen, daß die christliche Religion ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand der Volksschule bleibt, und sehen das höchste Ziel des Religionsunterrichts darin, die Gesinnung Jesu in den Kindern lebendig zu machen. Auch wir, teilweise Eltern evangelischer Schulkinder, wollen, daß in den gesetzlichen Bestimmungen das Recht unserer Lehrer zum klaren Ausdruck kommt, Inhalt und Methode des Religionsunterrichts diesem Ziele anzupassen.

Inbesondere fordern wir im Interesse einer einheitlichen Geistes- und Charakterbildung unserer Jugend, daß auch der Religionslehrer in der Berücksichtigung der wissenschaftlichen Forschung innerhalb des festgesetzten Lehrplans seinem pädagogischen Gewissen unbehelligt folgen darf, und finden es dem Wesen der Kindesseele allein angemessen, daß der Religionsunterricht von solchen Bildungstoffen, in denen dem kinde religiöses und sittliches Leben anschaulich entgegentritt, ausgeht und auf sie das Hauptgewicht legt und nicht auf dogmatische Formulierungen.

Weiter verlangen wir, daß es dem Volksschullehrer freistehe, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen.

Endlich begreifen wir das Streben der Lehrer nach Befreiung von der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen und sehen in unsere Lehrerschaft das Vertrauen, daß sie auch ohne eine solche erspriechlichen Religionsunterricht erteilen wird.

Leipzig, den 27. Januar 1909:

- Dr. Hermann Borge, Realgymnasial-Oberlehrer.
- Friedrich Bartels, Schriftst., Zeit. d. Volksheims.
- Dr. Paul Barth, Professor an der Universität.
- Professor Th. de Beaug.
- Paul de Beaug, Uhrmacher.
- Josef Beder, Schriftsetzer.
- Dr. E. Bedmann, Professor an der Universität.
- Reiner Bennemann.
- Otto Berg, Selbigeier.
- Professor G. Beritt, Gymnasiallehrer.
- Georg Bernhardt, Verbandsdirektor.
- Dr. E. Beise, o. ö. Professor an der Universität.
- Dr. E. Biermann, Privatdozent a. d. Universität.
- Dr. med. A. Birch-Girchfeld, Prof. a. d. Universität.
- Dr. D. Bischoff, Banddirektor.
- Hofrat Dr. med. Blah.
- Dr. Böttcher, Gymnasialoberlehrer.
- Dr. Erich Brandenburg, Professor an d. Universität.
- Gust. Ab. Braune, Prokurist.
- A. Breech, Rechtsanwalt.
- Gust. Breslauer, Ingenieur.
- Schulrat Brosmann, Seminaroberlehrer a. D.
- Dr. Karl Brungmann, Professor an der Universität.
- Dr. Bühner, Professor an der Universität.
- Hugo Bunsel, Sekretär.
- Dr. med. Corbbs.
- Cornelius, Reichsgerichtsrat.
- Th. des Condres, Professor an der Universität.
- Hofrat Dr. Hermann Credner.
- Dr. Dietze, Oberlehrer a. d. St. hoh. Schule f. Mds.
- Kurt Dippmann, i. Fa. Köhler & Kiesgen.
- Elisabeth Dörffel, Privata.
- Dr. med. Drendorf, Arzt.
- Jul. Dünkel, Verkäufer.
- Dr. Düringer, Reichsgerichtsrat.
- Josef Dr. Dürer, Verlagsbuchhändler.
- Baron von Eberstein, Albersdorf.
- Ernst Ehrlich, Parteisekretär.
- Ernst Ehrlich sen., priv. Bäckermesser u. Kirchen-
vorstand zu St. Marius.
- Dr. August Feigau, Privatgelehrter.
- Franzenberg, Ingenieur.
- Adam Freymond.
- Geh. Rat Dr. Friedberg, Professor a. d. Universität.
- F. Fromberg, Lehrer a. d. Oeffentl. Handelslehranst.
- Dr. Fuhrmann, Rechtsanwalt.
- Karl Gebler, Maschinenfabrikant.
- Justizrat Dr. jur. Julius Gensel.
- Dr. med. Ferd. Goch.
- Mag. Goldbacher, Realschuloberlehrer.
- Friedrich Gontard.
- Geh. Hofrat Dr. Rudolf von Gottschall.
- Hugo Graf, Fabrikbesitzer.
- Professor Dr. Graul.
- Kaplan René Gregory, Professor, D. theol. jur. et phil.
- Dr. Kurt Gutwasser.
- Dr. Hagens, Reichsgerichtsrat.
- Paul Hansen, i. Fa. Fertsch & Simon.
- Wilh. Hansen, i. Fa. Köhler & Kiesgen.
- Dr. A. Hansch, Professor an der Universität.
- Professor Dr. Martin Hartmann.
- E. Heger, Oberingenieur.
- Hans Heinemann, Pastor.
- Mag. Heinemann, Reichsgerichtsrat.
- Königl. Medizinalrat Dr. med. Karl Hennig.
- Dr. Hennig, Gymnasialoberlehrer.
- Alwin Herrich, Direktor.
- Alfred Herrmann, Buchhändler.
- Ernst Heriel.
- Reinhard Herz, Gymnasialoberlehrer.
- Professor Dr. Himlich, Lehrer am König-Albert-
Gymnasium.
- Dr. Perm. Hirt, ao. Professor an der Universität.
- Ernst Hitzel.
- Dr. phil. Otto Hölber, Professor an der Universität.
- Dr. F. A. Hoffmann, Professor an der Universität.
- Herr. Oskar von Hoffmann.
- Wilh. Hornemann, Fabrikbesitzer in L.-Neustadt.
- Gust. Hund, Eisendreher.
- Dr. Joh. Hunger, Oberlehrer am König-Albert-
Gymnasium.
- Dr. Jahn, Direktor der Schule für Frauenberufe.
- A. Jaeger, Gymnasiallehrer.
- Abolf Jannetz, Beamter der Allgem. Deutschen
Credit-Anstalt.
- Israel, Pastor.
- Dr. Emil Jungmann, Realschuloberlehrer.
- Osw. Karnahl, Malermesser.
- Georg Kasper, Direktor.

- Eugen Keltner.
- Kennel, Ingenieur.
- Dr. Ernst Klein.
- Dr. Wilh. Klinger, Professor an der Universität.
- A. Kul. Knobloch.
- Marie Koch, Musiklehrerin.
- Paul Köhn, Ingenieur.
- Dr. Albert Köster, Professor an der Universität.
- Wilh. Korn, Fabrikbesitzer.
- Edm. Kühne, Privat.
- Dr. Kuhre.
- Dr. Otto Kadendorf, Gymnasialoberlehrer.
- Dr. Hans Kamer, Oberlehr. a. König-Albert-Gymn.
- Dr. med. Ernst Langerhans, prakt. Arzt.
- Dr. Max Le Blanc, Professor an der Universität.
- Leut. Gerichtsassessor a. D.
- Ferd. Leo, Umwidrichter.
- Dr. A. Leskin, Professor an der Universität.
- Georg Liehner, Pastor.
- Julius Lieb.
- Hugo Lindt, Buchhändler.
- Theodor Lindemann, Gewerbeschullehrer.
- Dr. med. Kühner, Agl. Schif. Oberarzt.
- W. Lubjudek, Ingenieur.
- Dr. Mehlhorn, Pfarrer a. d. ev.-reform. Gemeinde.
- Otto Mehlhauer, Schriftsetzer.
- Theodor Meißner, Friseur.
- Dr. jur. Meißner, Rechtsanwalt.
- Dr. A. Mumbi.
- Stadtrat W. Nagel.
- Lic. theol. Gottfr. Naumann, Pastor.
- Dr. Max Nicksel, Privatbeamter und Redakteur.
- Dr. phil. Nisch, Direkt. d. Semin. f. Knabenhandarb.
- Dr. W. Nieser, Professor an der Universität.
- Herm. Nieser, Kaufmann.
- Professor Dr. Ponikau, Lehrer a. König-Albert-
Gymnasium.
- Dr. Arthur Pusch.
- Dr. B. Radow, Professor an der Universität.
- Dr. phil. Ernst Reclam, i. Fa. Ph. Reclam jr.
- Professor Dr. Max Reger.
- Professor Dr. Carl Reinecke.
- Ernst Reike, Realschuloberlehrer.
- Professor Dr. D. Richter.
- Paul Richter, Schlosser.
- Ernst Riebel, Gymnasialprofessor.
- Albert Romide, Buchhändler.
- Dr. phil. A. Rübner, Gymnasialoberlehrer.
- Geh. Justizrat Sachs.
- Dr. med. Hubert Sattler, Professor a. d. Universität.
- E. Sauer, Gewerkevereinssekretär.
- Lic. Dr. A. Scheibe, Pastor an der ev.-reformierten
Gemeinde.
- Dr. Karl Scherling.
- Frau Maria Scheufler.
- Abolf Schiedt, Chefredakteur.
- Dr. Otto Schilber, Rechtsanwalt.
- Dr. A. Schwarzow, Professor an der Universität.
- Heinrich Schneider, Juwelier.
- Ernst Schnurpeil, Schriftsetzer.
- Professor A. Schönher.
- Johannes Schönher, Kaufmann.
- Karl Schönher, Kaufmann.
- Karl Hugo Schönher, Privatmann.
- Paul Schrader, Kaufmann.
- W. Schreiber, Buchhändler.
- Dr. phil. Hub. Schubert, Lehrer an der Städtischen
Gewerbeschule.
- Theob. Schubert, Buchhändler.
- Emil Schulz, Kaufmann.
- Dr. Friedr. Schulze, Verlagsredakteur.
- Dr. med. A. Seefeldt, Privatdoz. a. d. Universität.
- Dr. Gerhard Stellger, Professor a. d. Universität.
- A. Seibt, Bevollmächtigter d. Bayr. Verf.-Bund.
- Dr. E. Stevers, Professor an der Universität.
- Dr. Heinz Stevers, Reichsgerichtsrat.
- Professor Dr. Sperling.
- Dr. phil. Albert Steche, Fabrikdirektor.
- Hans Steche, Leipzig-Gaschwitz.
- Stiehler, Pastor.
- Felix Strohsbaum, Lehrer an d. Oeffentl. Handels-
lehranstalt.
- Konrad Sträubing, Buchhändler.
- E. Stude, Gymnasiallehrer.
- Dr. Hans Stumme, Professor an der Universität.
- Mag. Lante, Buchhändler.
- Frau Gehelmarat Johanne Thiersch.
- Professor Dr. Julius Vogel.
- Mag. Voigt, Produktenhändler.

- Rob. Volgländer, Verlagsbuchhändler.
- Dr. Johannes Volkeit, Prof. an der Universität.
- Johanne Vorwerk, Lehrerin.
- Paul Walthar, Sekretär des Leipz. Volksbureaus.
- Wajelewski, Grimmaische Straße 12.
- Otto Weber, Prokurist d. Groß. Leipziger Strassenb.
- Armin Weichung, Kaufmann, Taubthentweg 15, I.
- Moriz Herrm. Weiser, Kaufmann.
- Professor Dr. Weismesser, Gymnasiallehrer.
- W. Weichbach, Verbandsbeamter.
- Dr. jur. Wendland, Rechtsanwalt, Syndikus der
Handelskammer.
- Mag. Werner.
- Dr. B. Westendorfer, Generalsekretär.
- Dr. A. Weule, Direktor des Völkermuseums,
Professor an der Universität.
- Paul Wiegand, Eisenhändler.
- Dr. Wiener, Professor an der Universität.
- F. Winter, Buchhändler.
- Dr. Georg Wittowsky, Prof. an der Universität.
- Dr. med. W. Woffram, Privatdozent a. d. Univers.
- Woyte, Gymnasialoberlehrer an der Nikolaischule.
- W. Wünsche, Buchhändler.
- Dr. Wilh. Wunzi, Professor an der Universität.
- Bruno Zechel, Buchhändler.
- A. J. Zeis, Kaufmann.
- Joh. Ziegler, Verlagsbuchhändler.
- Bruno Zimmermann, Buchhändler.
- Dr. S. Zimmers, Professor an der Universität.
- Dr. Paul Zweifel, Professor an der Universität.

- ### Großenhain:
- Kenold, Pastor.
 - Gay, Pastor.
- ### Meerane:
- Wag Foerster, Kaufmann.
 - Georg Gitt, Dentist.
 - Alfred Leyn, Rechtsanwalt und Notar.
 - Rich. Matthes, Fabrikant.
 - Herm. Mohr.
 - Alfred Mohr.
 - A. Neuen, Ingenieur.
 - Herm. Sammler, Pastor.
 - Dr. Wagner, Arzt.
- ### Plauen i. V.:
- Bergsträßer, Pastor.
 - Walter Dost, Realgymnasial-Oberlehrer.
 - D. Friedrich, Realgymnasiallehrer.
 - Professor Dr. Gänther, Gymnasial-Oberlehrer.
 - Dr. Gaale, Realgymnasial-Oberlehrer.
 - Johannes Müller, Prof. am Realgymnasium.
 - Schürer-Stolle, Professor am Realgymnasium.
 - Johannes Thaden, Realgymnasial-Oberlehrer.
 - Friedr. Uebel, Fabrikbesitzer.
- ### Sittau:
- Dr. phil. E. Auerbach, Realgymnasialoberlehrer.
 - Dr. phil. Rob. Feilbig, Realgymnasialoberlehrer.
 - A. Mühlig, Realgymnasialoberlehrer.
 - S. Quad, Realgymnasialoberlehrer.
 - Dr. phil. P. Siegel, Realgymnasialoberlehrer.

- ### Chemnitz:
- Marin Eger, Pastor.
 - A. Franke, Pastor.
 - Joh. Herz, Pastor.
 - Klemens Rothe, Rechtsanwalt.
- ### Coswig:
- Albrecht, Pastor.

- ### Dresden:
- Ost. Röber, Oberpostassistent.
 - Dr. med. Ernst Boehmig.
 - Dr. Otto Bodsch, Gymnasialoberlehrer.
 - Rub. Brauns, Fabrikbesitzer.
 - Buddenberg, Oberlehrer.
 - Diehe, Staatssekretär a. D.
 - Dr. Wolf Dohren.
 - Georg Dost, Gymnasiallehrer.
 - Dr. Paul Entner, Oberlehrer.
 - Professor R. D. Erdmann.
 - Professor Th. Fischer.
 - Oskar Franz, Oberlehrer, cand. rev. min.
 - Dr. A. Gatz.
 - Dr. med. Grünmann.
 - Dr. med. Hans Haemel.
 - Dr. Max Heinemann, Gymnasialoberlehrer.
 - Dr. Joh. Hippe, Rechtsanwalt.
 - Kurt Holzegel, Oberlehrer.
 - Dr. Rud. Hunger.
 - Dr. Karl Kauffsch, Pastor a. d. ev.-reform. Gemeinde.
 - Dr. phil. Georg Klepl, Seminaroberlehrer.
 - Dr. Koch.
 - Professor Otto Koch.
 - Friedr. Köhler, Oberlehr. a. d. Städt. höh. Mädtersch.
 - Dr. phil. Laube.
 - Otto Lebid, Oberlehrer, cand. rev. min.
 - Professor Dr. Erich Maensch.
 - Dr. Konrad Meier.
 - Wensing, Pastor.
 - Dr. Alex. Pache.
 - Dr. A. Poentig.
 - Paul Pöhlitz, Gymnasiallehrer.
 - Professor Pöhlitz, Oberlehrer.
 - Paul Steinbrecher, Lehr. a. König-Alb.-Gymnasium.
 - Dr. med. Rud. Steiner.
 - Frau Paula Stübel geb. Osterloh.
 - Dr. Alfred Teucher.
 - E. Teichs, Zeichner.
 - Professor Dr. Uhlse, Studienrat.
 - Otto Uebach.
 - Dr. phil. Gotthold Welter, Oberlehrer.
 - Dr. Hans Wienhold, Gymnasiallehrer.

- ### Annaberg:
- Prof. Dr. phil. Altmanpacher, Seminaroberlehrer.
 - Boden, Seminaroberlehrer.
 - Paul Besser, Kaufmann.
 - Reiner Bröcklein, Schlosser.
 - Dr. phil. A. Diebel, Seminaroberlehrer.
 - Hans Ebert, Kaufmann in Rüderswalde.
 - K. A. Enderlein, Fabrikant.
 - Faclus, Stadtrat.
 - Gust. Fichtner, Zeichner.
 - H. Fippel, Photograph.
 - Karl Ganiel, Versicherungsinspektor.
 - Oswald Graupner, Dresdler.
 - A. Guiberlet, Fabrikbesitzer.
 - Bruno Haase, Fabrikant.
 - Emil Hähle, Kaufmann.
 - Emil Heib, Privatier.
 - Rudolf Hübner, Postamentiermeister.
 - Dr. phil. Hüttner, Seminarlehrer.
 - Karl Hüllig, Bierhändler.
 - Dr. G. Hüllig, Seminaroberlehrer.
 - Hans Hüllig, Realgymnasiallehrer.
 - Th. Hüllig, Privatier.
 - Kreischer, Seminaroberlehrer.
 - Oswald Kretz, Fabrikant.
 - A. Kurze, Seminaroberlehrer.
 - Karl Küstner, Redakteur.
 - Mag. Küstner, Kaufmann.
 - Lange, Stadtrat.
 - Georg Lange, Kaufmann.
 - Rich. Lindner, Realgymnasiallehrer.
 - Karl Emil Martin, Hausbesitzer.
 - Dr. Friedr. Meier, Realgymnasialoberlehrer.
 - F. Meißner, Seminaroberlehrer.
 - Dr. Müller, Seminaroberlehrer.
 - G. Louis Müller, Kaufmann.
 - Robert Ner, Postamentenfabrikant.
 - Rich. Noacksch, Seminaroberlehrer.
 - Mag. Pöhler, Kaufmann.
 - R. Pflau, Baumeister.
 - Oskar Pflau, Kaufmann.
 - Rudolf Reichel, Tapezierer.
 - Ernst Koch, Mitglied der II. sächs. Ständekammer.
 - A. Rohberg, Glasfabrikant.
 - Dr. Schultze, Seminaroberlehrer.
 - Ernst Schubert, Kontorist.
 - A. Sohn, Seminaroberlehrer.
 - Fr. Stang, Seminaroberlehrer.
 - Stir, Dentist.
 - Rich. Stoll, Kaufmann.
 - Ferdinand Weiskog, Hotelier.

- ### Freiberg:
- Lic. Schwen, Pastor.

Leipzig, den 27. Februar 1909:

- Nr. 272. Hans Voebeler, Verlagsbuchhändler.
- Gustav Wassenge, Fabrikdirektor.
- Walter Weder, Verbandsbeamter.
- A. Berger, Pastor in Schnefeld.
- Eugen Bieler, Fabrikdirektor.
- Dr. med. Alfred Bielschowsky, Prof. a. d. Universit.
- Dr. Georg Biermann, Kunsthistoriker.
- Karl Paul Bindel, Ober-Telegraphenassistent.
- Blagofsch, Kommerzienrat.
- Karl Blagofsch, Ingenieur.
- Julius Bläthner.
- Dr. Hermann Bogh, Realgymnasiallehrer.
- Dr. A. Boehm, Prof. an der Universität, Geh.
Medizinalrat.

- Rich. Böttcher, Buchhandlungsgehilfe.
- Dr. Wilh. Böttger, Privatdozent a. d. Universität.
- Dr. Paul Brandt, Oberlehrer.
- Dr. med. Ernst v. Bräde, Privatdozent an der
Universität.
- Dr. med. Paul Buchheim.
- Dr. med. Paul Buchmann.
- Ernst Eduard Claus, Privatmann.
- Dr. Correns, Professor an der Universität.
- Dr. Walter Döring, Feinrichtstr. 21, I.
- Dr. A. Eber, Professor an der Universität.
- Emil Ebert, Klempnermeister.
- Johannes Eide, Gymnasiallehrer.
- Dr. med. Kurt Engelbrecht.

- Abolf Eifenschmidt, Kaufmann, Comenwiz, Wiebe-
bachstraße 2, I.
- Otto Fiegler.
- Ernst Fiegler, Werkmeister.
- Hermann Fischer, Ober-Telegraphenassistent.
- Dr. A. Fredenhagen, Privatdozent a. d. Universität.
- Alfred Freund, Ingenieur, Oberlehrer an der
Städt. Gewerbe- und Maschinenbauerschule.
- Robert Max Friedrich, Telegraphenassistent.
- G. Frisch, Postsekretär.
- Dr. Hennis Golt.
- Dr. phil. Karl Gruber.
- Dr. Arno Günther, Redakteur.
- Karl Gütlich, Kunsthandwerker.

- Gadenicht, Kommerzienrat.
- Alfred Hahn, Buchhändler.
- Dr. Oskar von Hase, Geh. Hofrat.
- Hermann Hedrich, Verwaltungsdirektor.
- Geilpern, Rechtsanwalt.
- Paul Heintz.
- Dr. med. Hans Held, Prof. an der Universität.
- Dr. med. Gustav Hennig.
- Dr. med. et ph. E. Hering, Prof. an d. Universität.
- Robert Hermann, Schuhmachermeister.
- Karl Herber, Rentier.
- Johannes Dito Heger, Oberpostassistent.
- Hermann Hilbig, Fabrikant.
- Otto Himly, Verlagsbuchhändler.

Mag Scheller, Werkführer.
 Franz Schellenberg, Kürschner.
 Albert Schäfer, Arbeiter.
 Otto Schulze, Schlosser.
 Gerwas Schwan, Schlosser.
 Hugo Schmidt, Vorarbeiter.
 Heinz Stamm, Arbeiter.
 Benjamin Stahlshmidt, Ingenieur.
 Hans Schwaninger, Bürstler.
 Gustav Schröder, Kürschner.
 Max Thomas, Schlosser.
 Friedr. Thalheim, Schuhmachermeister.
 Ernst Tannenberg, Bildhauer.
 Herm. Thiersmann, Arbeiter.
 Ernst Treidel, Arbeiter.
 Otto Traut, Kürschner.
 Otto Trübner, Schlosser.
 Rich. Urbach, Werkführer.
 Otto Wöllner, Fleischermeister.
 Ernst Wöhl, Tischlermeister.
 Artur Wahren, Kürschner.
 Herm. Wahren, Arbeiter.
 Waldemar Weiske, Schleifer.
 Paul Winger, Fleischer.
 Franz Willenberger, Kürschner.
 Otto Wisse, Kellerarbeiter.
 Karl Weber, Fabrikarbeiter.
 Rich. Wilde, Arbeiter.
 Albert Weber, Kürschner.
 Gust. Weniger, Arbeiter.
 Joseph Zimmermann, Arbeiter.
 Gustav Zisch, Arbeiter.
 Robert Zimmer, Schachtmeister.

Weigen:

Professor Dr. Kirbach.
 Professor Dr. Reich.
 Dr. Leonhardt, Realgymnasial-Oberlehrer.
 Mater, Realgymnasial-Oberlehrer.
 Dr. Kupprecht, Realgymnasial-Oberlehrer.
 Professor Schäfer.
 Dr. Schöne, Realgymnasial-Oberlehrer.
 Wittich, Realgymnasial-Oberlehrer.

Wittweida:

Doffmann, Gerichtsassessor.
Oberfrohna:
 Oswald Haeger, Fabrikant.
 Dr. med. Mülliger, prakt. Arzt.
 Max H. Weichbach, Fabrikant.

Leipzig, den 8. April 1909:

Leipzig:

Walter Bielefeld, Verlagsbuchhändler.
 Dr. Erich Michael, Realschuloberlehrer.
 H. Mühlhausen, Pastor der Reform. Gemeinde.
 Dr. Plügge, Realschuloberlehrer.
 M. E. Reichardt, Architekt.
 Gustav Seifert, Geigenbauer.
 Franz E. Willmann, cand. phil.

Brandis:

H. Hülsmann, Privatbeamter.

Röschbroda:

Oskar Berndt, Assistent.

Niederhahlan:

H. Boigt, Pfarrer.

Bauzen:

Johannes Biehle, Kirchenmusikdirektor.

Dresden:

H. Hoffmann, Sekretär.

Gaußsch:

Richard Mühlberg, Gutsbesitzer.

Limbach:

Eugen Beyer, Kaufmann.
 Franz Drechsler, Bauamtsreg.
 Artur Fusch, Fabrikant.
 Louis Haase, Wassermeister.
 Otto Kühner, Fabrikant.
 Otto Landgraf, Fabrikant.
 Kornelius Langer, Fabrikant.
 Georg Meyer, Holzreg.
 Albert Pöhler, Fabrikant.
 Artur Scherf, Fabrikant.
 Emil Schulz, Kaufmann.
 Adolf Steinbach, Fabrikant.
 Hermann Steinbach, Friedensrichter.
 Wilhelm Steinbach, Fabrikant.
 Kurt Süssig, Fabrikant.
 Ernst Taeger-Matthaeus, Kaufmann.
 Alfred Weber, Klemperermeister.
 Richard Weidenhammer, Ratsekretär.

Cebnig:

Kurt Andreas, Kaufmann.
 Moritz Andreas, Kaufmann.
 Max Augst, Kaufmann.
 E. Bartholomei, Schuhmachermeister.
 Oskar Bed, Kaufmann.
 William Bergmann, Blumenfabrikant.
 E. Bergt, Hutmachermeister.
 Karl Böhme, Tischlermeister.
 Julius Boldt, Fäbrier.
 Herm. Dittmar, Schuhmachermeister.
 Gustav Döring, Blätterfabrikant.
 S. Dürr, Fabrikant.
 M. Endler, Rechtsanwält.
 Max Endler, Fabrikant.
 Emil Fests, Kaufmann.
 Herm. Förster, Kaufmann.
 August Häfel, Fabrikant.
 Otto Häfel, Werkführer.
 Dr. med. Alfred Geill, prakt. Arzt.
 Emil Grubner, Materialwarenhdl. u. Restaur.
 Max Geyer, Maler.
 Fr. W. Gieseler, Geschäftsgehilfe.
 Max Gottlieb, Buchhalter.
 Oskar Grohmann, Blumenarbeiter.
 Alwin Groß, Bahnhofsportier.
 Ernst Haase sen., Werkmeister.
 Alfred Hanzsch, Kaufmann.
 Karl Hanzsch, Agent.
 Karl Hartusch, Kaufmann.
 Max Hartenstein, Kaufmann.
 S. Hauswald, Fabrikant.
 Gustav Hecht, Fabrikexpedient.
 Hermann Hensel, Kaufmann.
 Robert Herold, Eisenbahn-Assistent.
 E. Hertrich, Sprachlehrer.
 Dr. H. Hesse, Arzt.
 Rudolf Hesse, Kaufmann.
 Albert Hilbrand, Kaufmann.
 Julius Hille, Kaufmann.
 Heinrich Hilmann, Fabrikant.
 Alfred Hoyer, Kaufmann.
 Arno Hoyer, Fabrikant.
 Hugo Hoyer, Fabrikant.
 Paul Jäger, Mechaniker.
 Kurt Jahn, Kaufmann.
 Dr. Ernst Joachim, Fabrikbesitzer.
 Herm. Joll, Fabrikdirektor.

Weigen:

Professor Schöne.

Dschag:

Kurt Böttger.

Blauen i. B.:

Andreas Ahrens, Ober-Telegraphenassistent.
 B. Bauersehn, Metallarbeiter.
 Oskar Baumgärtner, Ober-Telegraphenassistent.
 Artur Böhme, Rechtsanwält.
 Friedr. Dieroff, Kaufmann.
 Robert Graul, Photograph.
 Paul Günzel, Telegraphenassistent.
 Guido Hauenstein, Ober-Telegraphenassistent.
 August Herold, Werkzeugdreher.
 Karl Hunger, Postsekretär.
 S. Müller, Seminaroberlehrer.
 Ferd. Nummers, Buchbindermeister.
 Adolf Neumeister, Sticker.
 Robert Dettel, Maler.
 Rudolf Pelz, Oberpostassistent.
 Adolf Raub, Reisender.
 Alfred Richter, Architekt.
 Otto Scheibner, Handarbeiter.
 Ernst Unterdörfer, Ober-Telegraphenassistent.
 Ernst Weidauer, Ober-Telegraphenassistent.
 Dr. Weinhold, Augenarzt.
 Otto Westphal, Oberpostassistent.
 P. Wirth, Schlosser.
 Gustav Zimmermann, Baumeister.

Pleißa b. Chemnitz:

Herm. Aurich, Strumpfwirker.
 Karl Aurich, Tischler.
 Max Aurich, Strumpfwirker.
 Paul Otto Arnold, Wirtschaftsbesitzer.
 Th. Aurich, Kunst- u. Handelsgärtner.
 Otto Berthold, Strumpffaktor.
 Karl Besser, Geschäftsführer.
 Emil Derm. Brandt, Schuhmacher.
 Emil Dreßelmeier, Barbier.
 Emil Dederit, Bädermeister.
 Jul. Reinhold, Dietrich, Strumpfwirker.
 P. Diege, Bauunternehmer.
 Reinhold Geißler, Materialist.
 Paul Gerber, Gastwirt.
 Bruno Gerlach, Hand Schuhw.
 Oskar Göpfer, Wirtschaftsbesitzer.
 Wilh. Granz, Tischler.

Oswin Just, Kaufmann.
 Ernst Kästner, Fabrikexpedient.
 D. Kästner, Lokalrichter.
 Theodor Kießling, Kaufmann.
 Paul Kipper, Kaufmann.
 Paul Kische, Konditor.
 Otto Klein jun., Fabrikant.
 Paul Klemm, Kaufmann.
 Karl Knüpfer, Blumenfabrikant.
 A. Kuhlbrodt, Fabrikant.
 Johann Kummel, Fabrikant.
 Oskar Langendorf, Kaufmann.
 Emil Lehmann, Blumenfabrikant.
 M. Lehmann, Kassenführer.
 Oskar Lehner, Buchdruckereibesitzer.
 Arno Lent, Sägewerksbesitzer.
 A. Leonhardt, Rechtsanwält.
 Willi Luge, Kaufmann.
 Ludwig Mahr, Fabrikant.
 E. Marschner, Eisenbahn-Assistent.
 Paul Mauermann, Schuhmacher.
 Karl Maulsch, Fabrikant.
 Ernst Mehlhorn, Wäschereibesitzer.
 B. Men, Kaufmann.
 Dr. Arno Müller, Fabrikbesitzer.
 Kurt Müller, Kaufmann.
 Robert Müller, Fabrikant.
 Gustav Neumann, Schneidermeister.
 S. Nomad, Eisenbahn-Assistent.
 Ernst Oppelt jun., Weinbändler.
 Clemens Pöschke, Restaurateur.
 Alfred Proke, Fabrikant.
 Kurt Quasch, Bankvorstand.
 Emil Rasche, Friseur.
 Karl Rechenberger, Kaufmann.
 Gerhard Regler, Pfarrer in **Ubersdorf i. G.**
 Johann Reichardt, Zahnkünstler.
 Alfred Richter, Kaufmann.
 Arno Richter, Apothekenbesitzer.
 Emil Richter, Blumenfabrikant.
 Oskar Richter, Bankvorstand.
 Herm. Rößberg, Photograph.
 Otto Ruder, Fabrikant.
 Emil Sachs, Fabrikant.
 Gustav Schade, Klemperermeister.
 Karl Scheller, Privatier.
 Oswald Schmelzer, Tischlermeister.
 Richard Schneider jun., Kaufmann.
 R. Schwager, Kaufmann.

M. Schubert, Architekt.
 N. Schubert, Fabrikant.
 Fritz Schulz, Uhrmacher.
 Karl Spelmann, Friseur.
 Karl Steger, Blumenfabrikant.
 Emil Striegel, Blumenfabrikant.
 Franz Striegel, Fabrikant.
 Ernst Sturm, Blumenfabrikant.
 Richard Sturm, Kaufmann.
 Georg Sturm, Kaufmann.
 Otto Tübner, Fabrikant.
 Paul Thomas, Kaufmann.
 Fritz Treitin, Blumenfabrikant.
 Rich. Uhlmann, Materialwarenhändler.
 M. Weiser, Bädermeister.
 Rich. Vollmann sen., Kaufmann.
 Fritz Wagner, Blätterfabrikant.
 Ulrich Wangerheim, Werkführer.
 Rudolf Wehner, Glaser und Kistenfabrikant.
 C. Weiser, Eisenbahn-Oberassistent.
 Hugo Werner, Kaufmann.
 R. Th. Winkler, Blätterfabrikant.
 Herm. Winkler, Kaufmann.
 Johann Winter, Druckereibesitzer.

Stützeritz:

Otto Kroll, Buchbinder.

Zwickau:

Oskar Bils.
 Direktor **Adrecht Geitner.**
 A. Heintz.
 Ernst Hoffmann.
 Otto Leuner.
 S. Mieschner.
 Professor P. Joh. Müller.
 H. Polaschek.
 Professor Dr. Alfred Rose.
 Oswald Soalberg.
 R. Schüppel.
 Dr. med. Wahn, Arzt.
 E. Wiede.
 1882. Professor Dr. **Wilhelm Wübbel.**
 A. Hanner, Apotheker.
 Dr. Max Boigt, Rechtsanwält.

Willy Dietrich, Sattler.
 Moritz Ederi, Handarbeiter.
 Paul Ederi, Handarbeiter.
 Paul Eißler, Erbarbeiter.
 Hermann Gaumi, Kohlenhändler.
 Oskar Geß, Waldarbeiter.
 Artur Großer, Wirt.
 Gustav Großer, Strumpfwirker.
 Eduard Gößler, Wirt.
 Artur Jermischer, Wirt.
 Otto Korb, Wauer.
 Hermann Kühn, Schlosser.
 Max Kunze, Fleischermeister.
 Friedrich Lange, Wauer.
 Gustav Seifert, Strumpfwirker.
 Georg Leuschel, Scherer.
 E. Paul Böbel, Schlosser.
 Max Böbel, Rundstuhlarbeiter.
 Otto Böbel, Schlosser.
 Walter Böbel, Platinmacher.
 Gustav Bohr, Scherer.
 Hermann Rebing, Strumpfwirker.
 Oswald Reisinger, Maler.
 Felix Müller, Fleischer.
 Otto Pöster, Malermeister.
 Max Pöster, Wirt.
 Ernst Pöster, Scherer.
 Otto Reichel, Strumpfwirker.
 Theodor Reichel, Strumpfwirker.
 Emil Riebel, Kutsher.
 Hermann Schierig, Handarbeiter.
 Otto Schierig, Erlotagearbeiter.
 Artur Schneider, Schleifer.
 Emil Schneider, Scherer.
 Max Scherter, Kutsher.
 Gustav Schud, Appreturarbeiter.
 Otto Schud, Strumpfwirker.
 Ernst Sonntag, Strumpfwirker.
 Friedrich Sonntag, Wirt.
 Paul Spitzler, Erbarbeiter.
 Robert Troll, Färbereiarbeiter.
 Ernst Ulbricht, Werkführer.
 Gustav Vogel, Monteur.
 Emil Weigel, Klemperer.
 Ernst Weinhold, Wirtschaftsbesitzer.
 Otto Wermann, Färbereiarbeiter.
 Hugo Zwingenberger, Spuler.
 Max Zwingenberger, Handarbeiter.
 Otto Zwingenberger, Wirt.

Cebnig:

Max Kästner, Fabrikexpedient.

Weitere Unterschriften nimmt entgegen Schulrat Brokmann, L.-Meudnig, Charlottenstraße 21, I.

Cheater Vorstellungen.

Neues Theater.

Wiedrud wird gerichtlich verfolgt!
 Montag, den 10. Mai: 120. Abonnement-Konzeption (4. Serie, Braun):
 Raffler-Julus VI.
Ein Sommernachtstraum.
 Dramatische Dichtung in 3 Akten von Shakespeare. Nach Schlegels Uebersetzung
 für die deutsche Bühne eingerichtet von Theodor Mundt. Musik von Mendelssohn-Bartholdy.
 Regie: Oberregisseur Dalman.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
 Soule nach dem 2. Akt.
 Einisch 7,7 Ubr. Anfang 7 Ubr. Ende gegen 10 Ubr. Cyren-Größe.
 Spielplan: Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 Ubr.

Altes Theater.

Montag, den 10. Mai, abends 7,8 Ubr:
Die Liebeskugel.
 Operette in 3 Akten von H. Jessen und H. Vogt. Musik von Fr. Koczi.
 Regie: Regisseur Karl. - Musikalische Leitung: Kapellmeister Finckel.
 Soule nach dem 1. und 2. Akt.
 Einisch 7 Ubr. Anfang 6,8 Ubr. Ende gegen 10,1 Ubr. Gewöhnliche Größe.
 Spielplan: Dienstag: Johann der Zweite. Anfang 7,8 Ubr.

Krystall-Palast-Theater

Gastspiel Sylvester Schöffler Jun.
 sowie Auftreten sämtl. Spezialitäten I. Ranges.
 Anfang 8 Uhr. Auf Dutzendkarten 15 & Zuschlag.

Syndikalrat Salon-Briketts Marka Franz

ab Lager & Ztr. 70 &, frei Keller bei 10 Ztr.
 & 75 &, bei 25 Ztr. & 75 &, bei 50 Ztr. & 70 &.
 H. Schloßing, Reitzsch. Str. 18a. Tel. 200 191

Monat Mal 1909. Battenberg. Monat Mal 1909.

Leonhardy Haskel
 Ensemble
Die Venus von Milo
 Burleske in 1 Akt von L. Haskel.
Max York mit seinen Zöglingen.
Willi Walde der beste Sopransänger.
Loja-Truppe mit ihrer Neuheit.
Paul Förster Humorist und Rezitator.

Battenberg-Theater
 Heute: 3 Gastspiele Fr. Ellenbeth Ruperty von Grossherzog. Hoftheater Oldenburg:
 Morgen: 7 Tagebuch a. Verlorenen, Lebensbild in 5 Akten v. W. v. Holzsch-Schillbach.
 Vorverkauf nummerierter Billets bei Franz Stein, Markt 18, und Paul Fäßner, neben Battenberg.

Weisse u. rote Speisefartoffeln
 pro Zentner ab Hof M. 2.80, frei Haus M. 3.—. [8484*]
 Leipz. Weitend-Baugesellschaft L. Lindemann. L.-Nr. 3187.

Cheater Vorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.
 Direction: Anton Hartmann.
Leipziger Schauspielhaus.
 Coblenzstraße 19.
Wiedrud wird gerichtlich verfolgt!
 Montag, den 10. Mai, abends 7,8 Ubr:
 Vorstellung für den Neuen Verein **Schiller'sche Dramen.**
Die fremde Frau. (La femme X...)
 Schauspiel in 4 Akten von Alexander Dumas. Deutsch von Max Gutzkow.
 Einisch 7,8 Ubr. Anfang 7 Ubr. Ende gegen 10,1 Ubr.
 Spielplan: Dienstag: Vater. Anfang 7,8 Ubr.
Neues Operetten-Theater.
 Stralitz-Theater.
 Montag, den 10. Mai, abends 8 Ubr:
 Ensemble-Gastspiel unter Mitwirkung von Fritz Falken und Josef Stamm.
 Musikalische Leitung: Solisten-Band.
Kümmere dich um Amölie! (Coccupe-toi d'Amélie)
 Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Georges Feytaud. Für die deutsche Bühne
 bearbeitet und inszeniert von Max Gutzkow.
 (Original-Inszenierung des Berliner Weidingertheaters.)
 Nach dem 1. und 2. Akt finden längere Soule statt.
 Aufführung 7,8 Ubr. Anfang 8 Ubr. Ende gegen 10,1 Ubr.
 Gewöhnliche Größe. (Sitzl. Garderobe).
 Spielplan: Dienstag: Kümmere dich um Amölie. Anfang 8 Ubr.

Restaurant Transvaal
 Kleinschöcher, Schmuckplatz u. Niemensstr. Ecke.
 Bitte allen Freunden und Genossen meine freundlichen
 Grüsse in empfehlende Erinnerung. H. Grotzinger Lager.
 [771]

Der unwirksame Souverain.

Der letzte Aprilsonntag im Appenzellerland. Hundwyl, das kleine saubere Dorf, liegt im ersten Frühlingshimmel. Die Wiesen grünen, in den Gärten haben sich schon einige Aprikosensammler in den Staat gestellt, und über Häusern und Türmen wölbt das tiefe Rot der Schmelzerflammen mit weichem Kreuz. Am grünen blauen Frühlingshimmel aber weitern weiße Wolken an Glanz mit dem Schnee auf den Berggipfeln.

Hundwyl ist der Hauptort des appenzellischen Kantons Aargau, und heute ist Landsgemeinde. Die Appenzeller halten, wie die meisten kleinen Schweizerkantone, zu ihrem alljährlichen großen Volkstag fest, der immer am letzten Aprilsonntag stattfindet und zu dem die Männer mit einem Schwert von den Bergen herabsteigen, um zu den Vorlagen der Regierung ihr Ja oder ihr Nein zu sagen. Die Appenzeller sind dafür bekannt, daß sie lieber Nein als Ja sagen. Von den beiden Kantontypen Aargauer und Innerer, die wie Baselstadt und Baselland, zwei völlig getrennte Regierungen haben, ist das katholische Innerer, besonders in Schulfragen, am weitesten zurückgebliebene Kanton der ganzen Schweiz; aber auch das protestantische Aargauer läßt an reaktiver Gesinnung nicht viel zu wünschen übrig, besonders in Schulfragen. So hat für heute die Kantonsregierung von Aargauer — nicht zum erstenmal — eine umfassende Schulvorlage vor das Volk gebracht, und auch die zwei Frank Räte, die jeder über zwanzig Jahre alte Appenzeller für Versammlung der Landsgemeinde zu bezahlen hat, wäre heute auch der letzte Mann herbeigekommen, um es der Regierung zu zeigen, was ein richtiger Appenzeller ist.

Schon in aller Frühe war alles in Hundwyl lebendig. Auf dem großen Platz im Dorf fielen die letzten Hammerschläge am Landsgemeindeplatz, einer für die Regierungsmitglieder errichteten Tribüne. In den Wirtschaften war um neun Uhr morgens nur noch schwer ein Platz zu haben. Aus den Küchen strömte der fetten Duft von „Schiblingen“, den berühmten Würstchen der Ostschweiz, und im Stehen tranken die jungen Männer wahrhaft ihre Schoppen, während die Alten an den Tischen sitzend ihr Schnäpselein nahmen. Aber auf den glatten Gesichtern der Jungen wie in den häßlichen Zügen der Alten stand der gleiche feste Wille geschrieben. Geredet wurde nicht viel, obwohl die Appenzeller sonst als die Gesprächigsten und Schlagfertigsten unter den Schweizern bekannt sind. Jeder hatte sein Schwert bei sich. Wenige hatten es umgehängt; die meisten trugen es in der Hand. Eine ganze Waffensammlung war da zu sehen; denn über die Art und Größe des Schwerts bestanden keine Vorschriften. Da hatte ein weißbärtiger Alter einen prachtvollen Degen aus dem sechzehnten Jahrhundert mit vergoldetem Knauf in der Hand, während sein Sohn das kurze Ordnonanz-Seitengewehr um hatte. Ein hochgewachsener schwarzer Mann trug in einer vergilbten Ledertasche eine Waffe, breit wie ein Richtschwert, und sein Nebenmann raffte mit dem blinzelnden eidgenössischen Offiziersäbel auf dem Boden. Ein schliefgewachsener Jüngling mit einer sabelhaft langen Nase, der das Garde Ähre gemacht hätte, trug ein Spielstein in der Rechten, von dem man nicht wußte, ob es in der Küche oder sonst wo im Gebrauch war.

Um zehn Uhr klangen alle Glocken an zu läuten; Kanonen donnerten, und von fern her tönten die Pfeifen und Trommeln der in alte schweizerische Landsknechtsstracht gekleideten Spielleute, die, gefolgt von den Spielmännern und Pöbelbarbaren, die Regierung abholten. Alles Volk strömte auf den Platz, und die Fensterkreuze der umliegenden Häuser füllten sich mit vorwiegend weiblichen Zuschauern. Auf dem Platz wurde es nach und nach schwarz von den Männern der Landsgemeinde. Schulter drängte sich an Schulter, und hinter dem geschlossenen Degenhaufen der Landsgemeinde standen, wie die Weiber in Wagenburgen der Germanen, die Frauen, die ihre Männer zur Landsgemeinde begleitet hatten. Volkstrachten sieht man in Aargauer nicht mehr so viele wie in Innerer, wo manches herbe braune Mädchengeflücht unter der goldgestickten Ärmelhaube mit dunklen Augen hervorleuchtet. Man darf sich aber nicht wundern, wenn man sieht, wie ein solches „Zistel“ ganz gemächlich sein Pfeifchen aus der Tasche holt, es sachverständig mit Tabak stopft, sich wie ein Mannsbild an einem der weniger edeln Körperteile ein Streichholz anzündet, um dann in aller Seelenruhe zu qualmen. Die Wirkung bei einem solchen Anblick ist ähnlich, wie wenn man bei zweifelhaftem Wetter, wo es sich im April häufig trifft, die Männer mit Regenschirmen, an die das Schwert gebunden ist, zur Landsgemeinde marschieren sieht.

Punkt elf Uhr erschien die Regierung auf dem Platz, und der Landammann bestieg den Stuhl. Einen Augenblick lang lag Totenstille über der Versammlung und dann brach aus zehntausend Kehlen das alte Appenzeller Landsgemeindeleied: „Alles Leben strömt aus dir“. Der Eindruck dieser alten Hymne mit ihrer mächtigen Melodie ist überwältigend; auch das bedeutungsloseste Gesicht bekommt einen Glanz von Feierlichkeit. Dieses sich selbst keine Gehege gebende Volk in Waffen ist eine Macht. Wer das Schweizervolk kennt, dem wird im Unterschied zu anderen Nationen ein bestimmtes stilles Selbstbewußtsein im Betragen der Männer bei öffentlichen Handlungen und Versammlungen nicht lange verborgen bleiben können. Es ist zweifellos die Wirkung einer langen wirklich demokratischen Erziehung. Dieses Bewußtsein des politischen Selbstbestimmungsrechts nahm nun bei der Landsgemeinde während der fernhaften Eröffnungsrede des Landammanns die Form einer unheimlichen Gewalt an. Der oberste Beamte des Kantons sprach in seiner Eröffnungsrede mit warnender Besorgnis von den Folgen einer eventuellen Ablehnung der fortschrittlichen Schulvorlage, deren Verabschiedung eine der Hauptarbeiten der Landsgemeinde war. Er setzte mit ernstlichen Worten auseinander, wie sehr das Schulwesen des Kantons auf eine würdige Höhe gehoben werden müsse. Aber die Appenzeller hörten das alles mit eisigem Schweigen an. Sie wußten wohl, was sie wollten, und auch das, was sie nicht wollten; diese harten Schädel. Als die Neuwahl der Regierungsmitglieder beendet war, wurden sämtliche Paragraphen des Schulgesetzes mit erdrückender Mehrheit „bachabwärts geschickt“. Wo sonst ein Wald von erhobenen Armen, „Ja“ sagte, da sah man nur vereinzelt Hände jaghaft sich in die Höhe heben. Das Volk von Appenzell haßt, wie alle rüstigen Bauern, Neuerungen auf dem Gebiete der Schule. Daß es nicht immer so sein muß, zeigt der fast ganz ländliche Kanton Thurgau, dessen Schulen zu den besten in der Schweiz gehören. Die Regierungsmitglieder waren schlichtlich betroffen über diese Niederlage und konnten sich über die Mehrheit auf keinen Fall im Zweifel sein, wie das vor drei Jahren im Kanton Aargau einmal der Fall war, wo man eine zweifelhafte Abstimmung nachträglich noch durch Momentphotographien der Landsgemeinde korrigieren wollte.

Wie aus heiliger Flamme gegen einen Feind ging nach dreitägiger Tagung die Landsgemeinde von Aargauer aus, und mehr als einer von den Räten, die die Appenzeller mit ihren Schellen ankommen noch heute kennen.

war verursacht durch die Freude darüber, daß man es der Regierung wieder einmal gezeigt hatte.

Aber trotz der vielen komischen Begleiterscheinungen und trotz der wenig freilichtlichen und fortschrittlichen Haltung der Landsgemeinde konnte ich mich des tiefen Eindrucks nicht erwehren, den der „unwirksame Souverain“ — wie ein sehr verstimmter Regierungsrat die Landsgemeinde von heute genannt hat — auf mich, den an deutsche Polizei und deutschen Scheinkonstitutionalismus gewöhnten Bürger, machte. A. F.

Die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland.

Von G. Müller.*

In Deutschland war die chemische Gewerbetätigkeit von alters her zu Hause. Die vielen Soolquellen, die es besitzt und deren Kenntnis vielfach bis in das erste Jahrtausend n. Chr. zurückgeht, legen Zeugnis dafür ab, daß man frühzeitig verstanden hat, die Naturschätze durch die Gewinnung von Salz nutzbar zu machen. In den Werkstätten der Alchimisten herrschte im Mittelalter eine lebhafteste Tätigkeit auf chemischem Gebiet, die besonders in Deutschland gepflegt wurde. Bei der Gewinnung von Alaun und Vitriol, bei Verarbeitung der besonders in Thüringen in großer Menge angebauten Farbstoffen, wie Waid, Bau u. a., bei Abscheidung ätherischer Öle aus einheimischen und ausländischen Pflanzen haben wir es mit einer chemischen Erwerbstätigkeit zu tun. In den Apotheken wurde die Herstellung medizinischer Präparate und Arzneimittel aus den mannigfaltigsten Pflanzen, die zu diesem Zweck angebaut wurden, gepflegt. Insbesondere bei all dieser, gewiß recht beträchtlichen chemischen Betätigung handelte es sich nicht um eine chemische Industrie im heutigen Sinne. Hierzu fehlte die chemische Theorie, deren Entwicklung zur Lehrerin der chemischen Gewerbetätigkeit erst in das Ende des 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts fällt. Trotzdem die neuere Chemie zu ihrer Entfaltung in Deutschland einen sehr gut vorbereiteten Nährboden angetroffen, hat sie sich, besonders auf industriellem Gebiet, zunächst langsamer entwickelt als bei unsern westlichen Nachbarn, namentlich in England. Der Grund liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen der damaligen Zeit, in dem politisch zersplitterten und zerstückelten Deutschland. Es kommt hinzu, daß man in einzelnen Staaten der Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit nicht sympatisch gegenüberstand und Neuerungen auf diesem Gebiet wenig zugänglich war. Die chemische Industrie leidet das Schicksal der übrigen Industrien, die sich in Deutschland mit aus demselben Grunde langsamer und später entfaltet haben, als anderwärts.

In England war zu Ende des 18. Jahrhunderts an der Hand der Erfindung des französischen Chemikers Nicolas Leblanc eine Fabrikation ins Leben gerufen worden, bei der Soda als Endprodukt aus Schwefelsäure und Kochsalz unter Ausschcheidung von Sulfat und Salzsäure, letztere als Nebenprodukt, gewonnen wird. Da bei der Sodagewinnung nach dem Leblanc'schen Prozeß die Gewinnung der Nebenprodukte nicht willkürlich ist, sondern zu der hergestellten Sodamenge in einem von vornherein bedingten Verhältnis steht, so zieht eine große Sodafabrikation eine große Salzsäureproduktion notwendigerweise nach sich. Diese Säure muß wiederum anderweitig verarbeitet werden, da ihr Entweichen über Fortschütten ihrer äbenden Eigenschaften wegen ohne Schaden für Tiere und Pflanzen nicht möglich ist. So hat die Sodafabrikation die Gewinnung des Chloroform, Chloralkali und anderer chlorhaltigen Produkte zur naturgemäßen Folge und zwar, wenn auch nicht notwendigerweise in räumlicher Verbindung mit der Sodagewinnung, so doch in nicht allzu weiter Entfernung davon, weil die Salzsäure einen weiten Transport nicht verträgt. Auf diese Weise hat sich mit der Sodaindustrie in England zugleich auch die Industrie der Säuren und Alkalien zur Großindustrie entwickelt. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die deutsche chemische Industrie auf den Bezug ihrer Säuren und Alkalien (Soda, Potasche, Chloralkali u. a.) vornehmlich auf England angewiesen gewesen. Erst von der Mitte des Jahrhunderts ab nimmt die deutsche Industrie die Deckung des Bedarfs mehr und mehr selbst in die Hand. Daß die wirtschaftliche Einigung Deutschlands in dem 1883 begründeten deutschen Zollverein in ganz hervorragendem Maße zu dem Aufschwung der deutschen Fabrikation beigetragen hat, bedarf keiner näheren Ausführungen. Die Entwicklung der deutschen chemischen Industrie veranschaulichen folgende Daten.

Die Einfuhr an Schwefel, die im Jahre 1882 20 021 Zentner betragen hat, ist bis zum Jahre 1848 auf 140 062 Zentner gestiegen, während die Ausfuhr in demselben Zeitraum von 1280 Zentner auf 140 Zentner zurückgegangen ist. Die Zunahme der Einfuhr und das andauernde Sinken der Ausfuhr beweist eine starke Entwicklung aller schwefelverbrauchenden Industrien, insbesondere der Schwefelsäureindustrie. Diese wurde besonders in der Marx, am Rhein und in Bayern betrieben. An Schwefelsäure stand im Jahre 1882 auf dem deutschen Markt so viel zur freien Verfügung, daß 1558 Zentner mehr an das Ausland abgesetzt wurden, als von dort bezogen worden sind; schon 10 Jahre später reichte die einheimische Produktion zur Deckung des eignen Bedarfs lange nicht mehr hin. Die Statistik verzeichnet im Jahre 1842 eine Mehreinfuhr von 8908 Zentner, gleichfalls ein Zeichen günstiger Entwicklung der deutschen Industrie. Der Bezug ausländischer Soda hat sich innerhalb eines Jahrzehnts verneunfacht, er ist von 12 328 Zentner (1830) auf 108 905 Zentner (1847) gestiegen. Im Jahre 1857 hatte die Einfuhr ausländischer Soda ihren Höhepunkt erreicht (145 475 Zentner), sie sinkt nunmehr bei gleichzeitiger Steigerung der Ausfuhr von Salzsäure und Zurückgehen der Einfuhr der letzteren. Die Sodafabrikation hat im Inland selbst festeren Fuß gefaßt und sich mächtig entwickelt. So war auch in Deutschland allmählich eine Industrie der Säuren und Alkalien — eine chemische Großindustrie — herangewachsen und dadurch der Grundstein für den Aufbau weiterer chemischer Industriezweige geschaffen worden. Die Sodaindustrie war im Zollverein eine der wichtigsten Industrien geworden. Die Erschließung der Steinkohlelager bei Staßfurt ermöglichte einen billigeren Bezug an Steinsalz, die Ermächtigung der Kohlenfrachten auf den Flüssen und Bächen und ein Erzeugnis von 8 Mk. für den Zentner Soda haben zu einer erheblichen Fortentwicklung des heimischen Gewerbes beigetragen.

* Obige Ausführungen entnehmen wir mit Erlaubnis der Verlagsbuchhandlung W. G. Teubner in Leipzig im Auszug dem Werke: Chemische Industrie. Von Geh. Oberregierungsrat G. Müller, vortr. Nat. im Reichsamt des Innern, unter Mitwirkung von Dr. Fr. Wernigson bei den Kgl. Techn. Instituten der Artillerie, VIII und 488 S. Preis geb. 11.20 Mk., in Leinwand geb. 12 Mk. (Aus der bekannten Sammlung W. G. Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe.)

Dem Belgier Ernst Solvay war es gelungen, die bereits seit 1888 bekannte Gewinnung von Soda im Ammoniakverfahren im großen zu betreiben, nachdem ihm viele vergeblich um das Problem bemüht hatten. Dieses Verfahren, das auf einer Umsehung von Kochsalz in saures kohlensaures Natrium mittels Ammoniak und Kohlensäure beruht, ist gegenüber dem Leblanc-Verfahren bedeutend einfacher und billiger. Man braucht keine Schwefelsäure, und es erübrigt sich die Verarbeitung der Salzsäure auf verarbeitbare Salze. Die Entwicklung der Gasindustrie und das bei der Destillation der Steinkohle in großen Mengen nebenbei freiwerdende Ammoniak kamen dem neuen Verfahren zu statten. Im Jahre 1863 wurde die Gesellschaft Solvay u. Cie. gegründet und 1864 in Couillet die erste Sodafabrik nach dem Ammoniakverfahren in Betrieb gesetzt. In den nächsten Jahren folgte die Errichtung weiterer Fabrikanlagen. In Deutschland hatte die Solvay-Gesellschaft in Wernburg Fabriken errichtet. Von hier aus entbrannte der eingeschessenen Leblanc-Sodafabrikation ein erbitterter Konkurrenzkampf, der ein volles Jahrzehnt hindurch mancher kräftig entwickelten Sodafabrik ernste Sorgen um ihre Existenz bereitete. Wenn die Leblanc-Sodaindustrie im Kampfe gegen die kapitalstärkige und hinsichtlich ihrer Rohmaterialien äußerst günstig gelegene Ammoniak-Sodaindustrie nicht völlig unterlegen ist, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß erstere für ihre Salzsäure, die die Ammoniak-Sodaindustrie nicht liefern kann, Nachfrage gefunden hat. Die bisherigen Nebenprodukte des Leblanc-Verfahrens werden nunmehr zu Hauptprodukten dieses Betriebs, das bisherige Hauptprodukt, die Soda, muß zu Preisen abgesetzt werden, die die Ammoniak-Sodaindustrie ihrer älteren Schwester vorzieht. Der Kampf der beiden Sodaverfahren ist nicht auf Deutschland beschränkt geblieben, er hat, und zwar in noch stärkerem Maße, die englische Leblancindustrie ergriffen, der es an einem günstigen Absatz für ihre Zwischen- und Nebenprodukte fehlte, den die deutsche Industrie in der aufstrebenden Farbenindustrie gefunden hatte. Welche Entwicklung die Sodaindustrie genommen hat, geht daraus hervor, daß die Herstellung dieses Salzes jetzt jährlich 1,5 Millionen Tonnen beträgt, wovon allein auf Deutschland 330 000 Tonnen entfallen. Noch im Jahre 1873 wurden in Deutschland nur 52 000 Tonnen Soda hergestellt. 1888 erzeugte Deutschland 115 000 Tonnen Soda, darunter die Hälfte Ammoniak-Soda. 10 Jahre später stehen einem Gesamtzeugnis von 250 000 Tonnen nur noch 40 000 Tonnen Leblanc-Soda gegenüber. Im letztverflossenen Jahrzehnt hat sich das Verhältnis zugunsten des Ammoniak-Verfahrens noch weiter verschoben. Während Deutschland im Jahre 1870 noch rund 24 000 Tonnen Soda zur Deckung seines Bedarfs vom Ausland beziehen mußte, konnte es von 1884 ab in fortgesetzte steigenden Mengen Soda an das Ausland abgeben. Die Mehrausfuhr beziffert sich im Jahre 1894 bei einer Einfuhr von nur 808 Tonnen auf 51 414 Tonnen. Diese Zahlen beweisen deutlich die kräftige Entwicklung dieses wichtigen Industriezweigs. Im Kampfe mit der mächtigeren Schwester, der Ammoniak-Sodaindustrie, kann sich die Leblanc-Sodafabrikation nur lebensfähig erhalten, wenn sie einen günstigen Absatz für die bei ihr freiwerdende Salzsäure und für Sulfat findet.

Es ist wohl nicht zufällig, sondern mit einer Folge des Kampfs der beiden Sodaverfahren, daß in Deutschland die Industrie der künstlichen Farbstoffe während dieses Kampfs festen Fuß gefaßt hat. In dem Streben nach Verwertung ihrer Nebenzeugnisse hat die Leblancindustrie für die Aufnahme und die günstige Fortentwicklung der Farbenindustrie in Deutschland, die in England bereits festen Boden gewonnen hatte, das ihrige beigetragen. Durch Aufnahme der im Leblanc-Verfahren freigeordneten Salzsäure hat die Farbenindustrie der Leblancindustrie in ihren schwersten Zeiten kräftig unter die Arme gegriffen. Anfangs langsam und zögernd sich entwickelnd, hat sich im Laufe der Jahre die deutsche Industrie der künstlichen organischen Farbstoffe eine Weltstellung erobert. Ihre Fabrikation hat einen Umfang erreicht, wie sie anderwärts in der chemischen Industrie nicht wieder gefunden wird. Mächtige Fabrikanlagen, in denen viele tausend Arbeiter beschäftigt werden, zeugen von der Bedeutung dieses Industriezweigs. Deutsche Teerfarben beherrschen heute alle Märkte der Welt. Im Jahre 1906 hat Deutschland an Anilin für 15,6, an Anilinderivate und Anilinsalzen für 28,9, an Anilin- und andern Teerfarbstoffen für 100,6 Millionen Mark nach dem Ausland ausgeführt. Dieser Ausfuhrmenge im Gesamtwert von über 140 Millionen Mark steht eine Einfuhr von 6,4 Millionen gegenüber. Im Jahre 1897 ist die Ausfuhr nur mit 90 Millionen bemessen. Auch der Farbenindustrie sind harte Kämpfe nicht erspart geblieben; sie hat sie siegreich überwunden und ist gestärkt aus ihnen hervorgegangen.

Eine zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von England ausgehende Umgestaltung in der Gasindustrie, die in besserer Ausnutzung des bei der Leuchtgasbereitung abfallenden Teers bestand, hatte das Angebot von den für die Farbenindustrie besonders wichtigen Benzol- und Naphthalin, die bisher in Menge zur Verfürgung gestanden hatten, zeitweilig stark vermindert. Dieser Mangel würde bei der stets zunehmenden Nachfrage zu einer verhängnisvollen Krise für die deutsche Farbenindustrie geworden sein, wenn es nicht dem deutschen Forschungsgeist gelungen wäre, in andern Bestandteilen des Teers, besonders dem Naphthalin, ein das teure Benzol ersetzendes und in reichlichen Quellen vorhandenes Rohmaterial zu entdecken. Die durch die Verwertung des Benzols geschaffenen Verhältnisse haben das ihre dazu beigetragen, der Frage näher zu treten, in welcher Weise die bei der Kokerei auftretenden Destillationsprodukte der Steinkohle in für die Farbenindustrie gewinnbringender Weise sich verwerten lassen. Die Lösung der Frage ist deutschen Chemikern gelungen. Nunmehr war in Deutschland selbst eine reiche Quelle von Steinkohlenteer erschlossen, die die Farbenindustrie vom Ausland unabhängig machte. Die Destillationskokerie konnte sich als selbständige Industrie in Deutschland entwickeln, und sie liefert in immer weitergehender Freiheit den Teerfarbstoffen den von ihnen verlangten Ausgangsstoff für die Herstellung der synthetischen Farbstoffe. An Stelle der alten Weilerdestillation (Solvay-Verfahren) im Walde, wie wir sie heute teilweise noch im Speisart, Oberrhein und im Schwarzwald finden, bei der Haupterzeugnis die Gewinnung von Holzgas ist, ist die Verkohlung in geschlossenen eisernen Retorten (Retortenverkohlung) getreten, die eine bessere Ausnutzung der bei der Verkohlung entstehenden Nebenzeugnisse ermöglicht. Sie liefert Holzgas, Holzgeist, weiterhin Methylnaphthalin, Azeton und Essigsäure, alles wichtige und unentbehrliche Stoffe, und Zwischenprodukte auf dem ganzen weiten Gebiet der chemischen und sonstigen Gewerbe.

Dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts blieb es vorbehalten, durch Verwertung der elektrischen Energie ein neues, in seiner wirtschaftlichen Bedeutung noch unübersehbares Problem nutzbar in die Technik der chemischen Industrie einzuführen.

Die chemische Betätigung ist so weitverbreitet, daß wir uns an dieser Stelle auf die hauptsächlichsten Vertreter beschränken

müssen. Wir können das Bild aber nicht abschließen, ohne noch einiger freier Erwägung zu tun, die auf die Entwicklung der zuvor geschilderten Tätigkeit nicht ohne Einfluss geblieben sind, in mancher Hinsicht die Voraussetzung für die Größe der ersten bilden.

Seit Entdeckung der mächtigen Steinsalz-lager bei Staßfurt um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ist Deutschland das an Salzen reichste Land der Erde geworden. Die Produktion an Mineralsalzen im Deutschen Reich und Luxemburg wird für 1906 auf 8 200 878 Tonnen im Werte von 68 Millionen Mark angegeben, darunter Steinsalz 1 185 495 Tonnen im Werte von 5,5 Millionen Mark.

Wenige Jahre auf die Entdeckung der Steinsalzlager folgte die Entdeckung der Kalisalz-lager; rasch entwickelte sich die Erkenntnis des wirtschaftlichen Werts dieser Salze für die Industrie und die Landwirtschaft. Noch heute besitzt Deutschland in diesen Salzen ein natürliches Monopol. Sieht man von kleineren und bis jetzt nicht abgebauten Lagern in Kalifornien ab, so ist Deutschland zurzeit das einzige Land, in dem Kalisalze gewonnen werden. Jedenfalls ist bis heute kein Lager entdeckt worden, das sich mit den deutschen an Ausdehnung und bequemer Abbaulegenheit messen könnte. An Kalisalzen (Kainit und andre Kalisalze, Kieserit, Borsazit usw.) wurden in Deutschland im Jahre 1906 5 044 877 Tonnen im Werte von 60,5 Millionen Mark gefördert.

Auf Vieh- und agrarökonomischen Forschungen fußend hat sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland die Industrie der künstlichen Düngemittel zu mächtiger Blüte entfaltet und einen erneuten Aufschwung genommen, seitdem der deutsche Landwirt zur intensiveren Feldwirtschaft übergegangen ist. Der Gesamtwert der in Deutschland zurzeit verbrauchten Düngemittel wird auf mehr als 100 Millionen Mark angegeben.

Das Apothekergewerbe stand in Deutschland von jeher in Blüte. Frühzeitig ist die Weiterverarbeitung einheimischer und fremdländischer Drogen in Deutschland heimisch geworden und hat sich immer weiter entwickelt. Aus dem Kleinbetrieb sind längst wichtige Großbetriebe — die Industrien der pharmazeutischen Präparate und der künstlichen Riechstoffe — geworden. Diese Industrien haben dem Apotheker die Vereinfachung vieler Medikamente abgenommen und stellen sie im großen Maße her, sie haben es verstanden, dem Heilkräftigen, dem Nerven, dem Waldmeister, dem Veilchen, der Rose und vielen andern Pflanzlingen ihre zarten Wohlgerüche auszukundschaften und sie auf synthetischem Wege in derselben Gütefeinheit und Reinheit herzustellen.

Wenn in neuerer Zeit da und dort ausgesprochen worden ist, daß sich in Zukunft die deutsche chemische Industrie nicht in dem Maße weiter entwickeln werde wie in der Vergangenheit, und wenn vereinzelt düstere Betrachtungen für die kommende Zeit angeestellt worden sind, so liegt unzers das Vorzeichen ein Grund hierzu nicht vor. Wenn auf dem Gebiet der Erfindungen, was ihre Zahl anlangt, ein gewisser Rückgang eintritt, so darf demgegenüber nicht vergessen werden, daß im letzten Vierteljahrhundert die Zahl wichtiger Erfindungen gerade auf chemischem Gebiet sehr häufig war und daß ein Rückgang nur die naturgemäße Folge der Hochkonjunktur auf diesem Gebiet ist. Andererseits kommt in Betracht, daß es der Wissenschaft erst neuerdings geglückt ist, eine Reihe neuer Probleme ihrer praktischen Verwirklichung näher zu bringen. Es sei hier nur an die Entwicklung der Herstellung künstlicher Seide, die vielleicht einen ähnlichen Gang hinsichtlich der Verdrängung des Naturprodukts zu nehmen berufen ist wie das bezüglich des Alizarins für Mohr, des synthetischen für den natürlichen Indigo bereits der Fall ist, ferner an die Darstellung von Kunstschul auf synthetischem Wege, an die Gewinnung von Salpetersäure aus dem Stickstoff der Luft und an die synthetische Darstellung von Kampfer erinnert. Diese und ähnliche Probleme zu lösen liegt in der Zukunft der chemischen Industrie und der nie rastenden chemischen Wissenschaft. Wir haben keinen Grund, wegen der Erfolge auf diesen Gebieten weniger hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Die stets zunehmende Einfuhr von Rohstoffen und ihre Umwandlung in höherwertige Fertigerzeugnisse, wie sie in der chemischen Industrie in besonders hohem Maße stattfindet, wird im Zusammenhang mit dem hochentwickelten Stand der deutschen chemischen Wissenschaft und der Prognostik auf technischem und kaufmännischem Gebiet der chemischen Industrie auch in Zukunft den hervorragenden Platz sichern, den sie innerhalb der einheimischen Volkswirtschaft zurzeit beherrscht.

Kunstchronik.

Schauspielhaus (Kollege Crampton). — Die Kunst Albert Wassermanns, die nur endlich auch in Leipzig begeisterte Bewunderer findet, ist ebenso sein wie streng. In ihm der Vorausarbeiten der einzelnen Sätze streng in der Gesamtaufassung eines Menschen. Ein leises, lügendes Forschen nach den intimsten Neigungen des Seelenlebens paart sich mit schonungslosem Erfassen der Gesamtpersönlichkeit. Es ist beim Professor Crampton wie beim Traummusikant. Wie der Künstler bei der Darstellung des Professor Meyers keinen Augenblick vergessen läßt, daß der gute Traummusikant eben Pauker ist, so fällt es ihm nicht ein, das Verfallsbild des Trinters Crampton etwa sächlich zu fällen. Er ist härter als der Dichter Hauptmann. Sein Crampton ist verloren; keine Möglichkeit, daß er wieder emporensteigen wird; er ist und bleibt verloren, nur die Sicherheit bleibt und, daß er in neuen Verhältnissen von menschlicher Güte und Liebe geschützt seinem Ende zu leben wird, ohne der Brutalität des Daseins schuldig preisgegeben zu sein. Dies Bild zu geben, dazu zwingt Wassermann seine strenge künstlerische Wahrheitsliebe. Aber es ist ein Unterchied, ob ein kalter Mensch die Wahrheit sagt oder ein warmempfindender. Man hat bei Wassermann das Gefühl, als sagte er blutenden Herzens die unerlöschliche Wahrheit. Er geht den seelischen Erregungen des verfallenden Menschen klar sehend, aber stets wie ein guter Freund nach. Es ist so viel glittige Gesinnung in seinem Spiel, daß der Zuschauer zu diesem Künstler in ein eigenes Verhältnis kommt. Man kann seine feine, sorgsame Kunst vergessen und ganz von seinem tief und stark fühlenden Herzen erfüllt werden. Es gibt einen Höhepunkt in Wassermanns Spiel am Ende des zweiten Akts. Was geht da vor in den paar Minuten von dem Augenblick an, da Crampton erfährt, daß sein süßlicher Gönner, auf den er die letzten Hoffnungen gesetzt hat, an seinem Metier vorübergegangen ist. Das ist eine künstlerische Leistung von überreicher Fülle. Enttäuschung, Schmerz, Wut, nacktester Jammer, verhämmerte Scham, zarteste Form der Zurückhaltung und zitterige Haltlosigkeit des Trinters nebeneinander, nacheinander und wieder ineinander verschmolzen — welche subtile Arbeit und künstlerischer Überlegenheit. Und der Zuschauer sitzt da, vergißt doch den Künstler und fühlt nur mit wachem Blick den Menschen, der mit so einfacher, schmelzender Güte sich in die Not des verfallenden Menschen hineinlebt. Das ist nur eine andre Kunst als die Rainzens, die wir auch im Schauspielhaus Jahr für Jahr auf uns wirken lassen. Von Rainz strahlt eine königliche Intelligenz aus, die in raschen Sprüngen auf den Zuschauer eindringt und ihn überwältigt. In Wassermanns Kunst, die die Phantasiegestalt des Dichters ganz erfüllen will, drängt es den Zuschauer hin; Rainz salutierte er, Wassermann mühte er die Hand brücken. gm.

Altes Theater (Johann der Zweite). — Wenn das Städtetheater seiner Sache nicht ganz sicher ist, dann setzt es seine Operettenpremiere statt am Sonnabend auf den Sonntag an. Man weiß, daß ein Stück undefinierbar absern sein müßte, wenn es vor dem Sonntagpublikum nicht mit Ehren bestehen könnte. Die gestrige Novität gehört zu den definierbaren absernen Stücken, wenn die Definition auch nicht leicht fällt, und proportional trat auch der Erfolg recht laut. Indessen ist es interessanter, bei dem

Naktum zu bleiben, daß das Theater immerhin ahnt, daß es sich um ein wertloses Stück handelt, um so mehr, als es eine Operette des künstlerisch bankrotten Ehlers angeht. Das Stück ist natürlich Wiener Operettenfabrikat, und hierüber, über das Verhältnis auch unser Bühne zu Wien, sind einige Worte zu sagen. Daß man sich die guten Wiener Operetten so bald als möglich scheidet, liegt auf der Hand, und es ist verständlich, daß die Konkurrenzoperetten bestehen, man rasch zugreifen muß. Daß man sich aber von Wien in einer Weise abhängig macht, indem man eigentlich alles, was dort nicht gerade durchfällt, kopiert, daß geht noch auf etwas mehr zurück als nur auf Abhängigkeitsgefühl; das resultiert aus einer ganz unverhältnißmäßigen Faulheit. Nur nicht denken und nur nicht selbst prüfen — müssen, sondern hinnehmen, geduldig und dankbar hinnehmen, das ist so die Logik auch unseres Städtetheaters in diesen Dingen. Wie bequem machen es doch auch die Verleger, die mit ihren Operetten wie Geschäftskreisende handeln. Alles wird ins Haus geliefert, meistens wohl auch ein Publikum, das für den gebotenen Kunstgenuss. Wie gesagt, man wußte am Theater genau, daß auch diese Operette Ehlers nichts taugt, aber man nahm lieber etwas Veraltetes, als daß man aus eigener Initiative etwas suchte oder, wenn absolut nichts Passendes vorhanden sein sollte, eine gute ältere Operette sauber neucinstudierte. Lieber Stumpfsinn als irgendetwas eigene Arbeit, das ist so das Signum der heutigen Operettenheute. Ob dabei der Operettengeschmack des Publikums immer noch tiefer herunterkommt, an diese Lebensfrage wolle man gar nicht denken. Aber daß das völlig wertlose Sinnnehmen von Operetten auch an Bühnen, deren Operette fest fundiert ist, Trumpf wird, das zeigt, wie gefagt, nur die Arbeitskraft an, die verhindert, daß man aus der Menge neuer Operetten selbst etwas heraushebt.

Der Text der neuen Operette zeigt in erster Linie die künstlerische Lieberlichkeit der Herren Stein und Lindau an. Es ist miserable Schuler- und Hofmarktware, was sie bieten. Mit der Grundidee des Stückes ließe sich schon etwas machen, so wenig originell das Thema auch ist — es handelt sich darum, daß ein junger Lebemann nur dann in den Besitz eines enormen Vermögens gelangt, wenn er zwei Monate lang, ohne seinen wahren Stand anzugeben, Kammerdiener ist. Er tut dies, und zwar in dem Hause seiner Geliebten, gibt sich aber zu erkennen, als seiner Pseudo-Kammerdienerrechte etwas zugewandt wird, und verläßt das Vermögen. Der Stoff legt eine Menge wichtige Situationen nahe, aber die Verfasser arbeiten ohne jeglichen Ernst, so daß auch kein eigentlicher Witz in die Sache kommt; sie behelfen sich mit Epsidontem, der am besten in Artusvorstellungen paßt, berückeligen im übrigen so ziemlich alles, was das Stück dem Theaterpublikum angenehm macht. Sogar die „Kragel“ darf in dem Stück ein blühendes Plak nehmen, glücklicherweise nicht so faustlich wie im Künstlerblut des gleichen Komponisten. Im letzten Akt gibt es dann reizendes Familienspiel zu sehen, eine Mutter mit einem kleinen Kind, dem vorgelesen und vorgelesen wird und das selbst zu ersterem abgetichtet ist. Wie gesagt, die Fabel hat für alle möglichen Bedürfnisse gesorgt.

Von Ehler ist nicht mehr zu erwarten, indessen ist die Johann-Musik etwas besser als die zu dem letzten im Operetten-Theater gespielten Stück. Es ist auch hier alles Fabrikat nicht fabrikmäßiger Ausnutzung. Der Walzer ist für Herrn Ehler zu schön für alle.

Die Aufführung ist nicht weit her. Herrn Wehle und Fräulein Seubert, die sich einzeln als Lustmacher des Theaters betrachten, gelegentlich auch in ernstesten Situationen sehen zu müssen, ist sehr peinlich. Viel Mühe gab sich Fräulein Wäcker, und nicht ganz ohne Glück.

Frühjahrskonzert des Männergesangsvereins Hoffnung in Schönfeld. Der Verein hat erst vor wenig Wochen in der Matinee der Salzerchor (besprochen in Nr. 88) mitgewirkt. In seinem eigenen Konzert trug er acht Gesänge vor, von denen vier schon damals zu hören waren. Stellen sich Nysingers Mäusen und, Gehmes fast zu oft gelungene, aber nicht humorloses Lied von der Urschel als musikalisch wenig bedeutungsame Schöpfungen dar, so bleibt, wenn man noch von Domas lichlichem Ständchen abseht, nur Segars Totenvoll zur Beurteilung übrig. Der Chor sang unter Herrn Salzers Leitung dieses gewiß schwierige Stück sehr brav, besonders gut den Anfang. Später kam es bei der Stelle: „Sie sanken dahin an des Weges Rand“ zu recht argen Schwankungen, die Schlimmstes befürchten ließen; man fand sich aber wieder zurecht. Ganz vorzüglich geriet der Schluss, ruhig, weich und voll. An einigen Dingen mag wohl noch zu proben sein. An Stelle der Wiederholung des Schulkhorchor usw. wäre es besser angebracht gewesen, die Södermannsche Kauerhochzeit oder Mendelssohns Türkisches Schenklied, die im vorigen Jahre das Programm bildeten, nochmals aufzuführen. Das mitwirkende Streichquartett schloß machte seine Sache wieder sehr gut; Dinge wie Rangens Mexikanische Serenade wüßten wir aber lieber den Cafemüllern überlassen wissen, wenn die es auch wohl nicht so vorzüglich vorzutragen können.

Noch bleibt zu bemerken, daß man für dieses Konzert, das hauptsächlich aus Replikationen bestand — gegen die wir im übrigen nichts einzuwenden haben —, nicht nötig hatte, die Kritik am Sonntag nachmittags nach Schönfeld zu bitten. Handelt es sich um Chöre, die ein Verein zum erstenmal singt, oder um wertvolle Neueinstudierungen, so werden wir freudig und bemühen, die Leistung gerecht zu beurteilen. Aber der bescheidenen Vorkunft zu dienen, die über jede kleine Veranstaltung einige Worte in der Zeitung lesen will, dazu dünkt uns unsere Zeit doch zu kostbar. gk.

Leipziger Kunstverein. Eugen Spiro ist nicht zum erstenmal im Oberlichtsaal des Leipziger Kunstvereins eingegangen. Während er sonst aber nur mit einem oder einigen Damenbildnissen aufwartete, stellt er sich diesmal mit einer reichlichen Überfülle seines Schaffens der letzten Jahre (1901—07) vor. Der Eindruck ist gut, aber nicht sehr gut; keine starke Künstlerpersönlichkeit hat uns wichtiges aus sich mitzuteilen, sondern ein breiterer jugendlicher Maleremann zeigt uns, wie eine künstlerische Luftveränderung München-Paris den malerischen Stoffwechsel beeinflusst. Leicht ist festzustellen, was Spiro kann, was er schon konnte, ehe er nach Paris ging. Er hat einen ausgewählten farbigen Zusammenhang in jedem Bild und das Streben, die Harmonien mehr und mehr reich und bunt zu wählen; vor jeder gerannenen Aufbringlichkeit bewahrt ihn dabei seine zurückhaltende Natur. Das ist das eine. Das andre ist die auf einer glänzenden lederen Technik beruhende Raumkraft im Freien wie im Innenraum, famos weitläufig in Luft und Licht, und die damit verknüpfte Lebendigkeit groß und sicher hingestellter Figuren. Also er sieht sehr feinsarbig, malt glänzend und zeichnet mit großzügiger Sicherheit.

Warum erzielen solche Fähigkeiten nicht eindrucksvollere Ergebnisse, als wir sie hier in der großen Verkammung vereinigt sehen? Einmal ist zweifellos die innere Art Spiros der Grund. Spiro ist von einer ganz auffallend femininen Veranlagung in seiner Menschen- und Bildauffassung. Er malt einige keine eleganten Landschaften und dann Weibliches in Figuren, aber alle diese Modelle, Mädchen und Frauen, sind nicht männlich gesehen, nicht „dem Mann gegenüber“ aufgefagt, sondern sie sind ganz auffallend sich selbst überlassen. Sie sind nicht schön — nicht eine ist es, die alte ind in den Hüften einigermaßen monströs; merkwürdig sind die unschönen Stirnformen bei allen. Die, die Spiro als „Pariserin“ herausgefunden hat, ist das unvorstellbar-langweilige Pariser Bürgermädchen. Nola würde sagen: „Sie schlüpft ihre langweilige Kunstfertigkeit mit sich herum“. Bei einigen der Porträtierten ist eine markierte Intelligenznote deutlich hervorgehoben — so sieht eine Frau lieblich kritisch ihre Mitbewerberin, und das eine Bild des freien Kindes in türkischen Schuhen, Strümpfen und durchsichtiger Leibwäsche auf dem Welt ist nicht gesunde Sinnlichkeit, sondern Verbestimmung. Wenn man so zu dem Schluß

gekommen ist, daß ein ausgeprägter Feminismus Spiros Arbeit bei der Auffassung nach unvoreilhaft beeinflusst, so hat man auch den Schlüssel zu der Frage, warum in all den Bildern keine Steigigkeit oder stetige Entwicklung der Malerei, sondern ein nervös charakterloses Taufen und Experimentieren in Farbenwahl, Strich und Bildfertigkeit vorherrschte, obwohl doch das große gute Können Spiros darunter deutlich zu erkennen ist. Spiro hat in Paris offenbar zu wenig verstanden, die künstlerische moderne Kultur der Großen dort in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, sondern hat zu viel dem künstlerischen Studentismus der Kleinen in Paris Geschmack abgenommen, der eine verzweifelte Neugierigkeit mit dem deutschen Kaffeekaffee hat. Wir können uns nicht helfen, wir finden zurzeit bei Spiro einen fatalen Gang zu jenen Einflüssen der Kleinen Gegenüber der Malerei auf Romantiker, die so feminin sind, daß sie ihren Geliebten auf Ohrfeige parieren.

Die andre Hälfte des Oberlichtsaals hat für kurze Zeit ein Wiener dekorativer Landschaftler beziehen dürfen. Als Künstler ist er nicht Wiener, noch weniger dekorativer Wiener. Alois S. Hubner kann nur zweierteil: das Gebirge und den Himmel als Farbtäger scharf charakterisieren. Weides hat er sicherlich in sich selbst gefunden und ausgebildet, dies ließe glühend hartgestalteter Gebirgsmassen und des klar gespannten Himmels. Das ist malerisch erlebt, das ist schön, das ist auch in der technischen Durchführung genügend, aber der Mann braucht nun dringend einen tüchtigen, nicht zu modernen, nicht zu indubiellen Lehrer. Was jetzt hat er aber entweder gar keinen oder einen hundsmiserablen gehabt. Wenn er dann noch einen Menschen fände, der ihm das menschlich Unfertige abgewöhnte, Großes zu wollen, ehe er das Kleine kann, ein Naturumfassen malen zu wollen, ehe er einen Baum malen kann, dann auf Wiedersehen, Herr Hubner aus Wien.

Im Eingangssaal wird uns ein löstlicher Landschaftler geboten: Fritz Oberbeck aus Worpdebe. Er ist der innerlichste, schlichteste, feinste Landschaftler aus Worpdebe. Er macht wohl nur nicht den nötigen Rärm, sonst müßte er ganz weit vorn unter den deutschen Landschaftlern in der Öffentlichkeit stehen. Wieder zeigt er uns in jedem der mäßigen Formate so viel mit so wenigem. Das Flimmern der Mondnacht, einer warmen sommerlichen Mondnacht über stumpfen bunten Hüllen, Wegen, Wiesen, Wasser ist bei ihm geradezu ein malerisches Scheinbild. Ueberhaupt das Bunte, so lange es nur in schöner Harmonie mit Luft und Licht und weiter Natur steht, erfreut ihn; so hat er die satiblanen Stationen eines Karvaterbergs über weiter Ebene mit einer intensiven malerischen Luft gesehen, die zum stumpfen Ernst des Krugfingers ganz selbstam poetisch steht. Und wie einfach und doch auch so kräftig naturfrisch ist so ein Stück Garten im Winter! Sowie man vor ein Bild tritt, erlebt man ein glühendes Stück malerische Natur; an den Maler denkt man kaum, er ist eben ein absolut feiner Künstler. Daß Oberbeck mit Prof. Hans Bachmann zusammenhängen muß, tut uns aufrichtig leid. Diese Malerischen wie sachlichen Maltheiten, die sich mit schlierigen Kolportagepostentiteln behängen, z. B. Was die Straße erzählt, Als die Blätter fielen, Ausfahrt nach dem Hochseitslegen erregen einzeln unsere Neugier, wo man mit solchem Zeug Professor sein darf. Dr. S.

Neues Theater. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Die Zauberkiste. Donnerstag: Judith (Kasslerzyklus VII). Freitag: Alceste. Sonnabend: Prinz Friedrich von Homburg (Kasslerzyklus VIII). Sonntag: Menzi (Wagnerzyklus I). Montag: La Traviata; Neue Tanzbilder. — **Altes Theater.** Dienstag: Johann der Zweite. Mittwoch: 8 Uhr: Vorstellung für den Verein der Beamten der Kgl. Sächsischen Staatsbahn (Der Doppelmenck). Donnerstag: Ein Walgertraum. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Johann der Zweite. Sonntag, nachmittags 4 30 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Das La des Lebens), abends 8 Uhr: Madame Troubadour. Montag: Die Dollarprinzessin.

Peter Cornelius' komische Oper Der Barbier von Bagdad wird demnächst im Neuen Theater neu einstudiert in Szene gehen, und zwar zum erstenmal nicht in der bisher gegebenen Bearbeitung des Werkes, sondern in der bei Breitkopf u. Härtel erschienenen Fassung der Originalpartitur.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 8 Uhr.

Vereinigtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Dienstag: Vater (Charles Diller; Albert Bassermann). Mittwoch: Traummusik (Professor Meyers; Albert Bassermann). Donnerstag: Die verunkelte Glocke (halbe Preise). Freitag: Die fremde Frau (halbe Preise). Sonnabend: Minna von Barnhelm (halbe Preise). Sonntag: Der Hochtourist. — **Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasturm).** Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Kimmre dich um Amelle. Sonntag, 8 Uhr: Kimmre dich um Amelle.

Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nichts andres angegeben, 8 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.

Der Deutsche Bühnenverein, der Verband der Theaterdirektoren, hat am Sonnabend in Düsseldorf taget. Die Theaterunternehmer waren eifrig im Fieberfieber. Sie sind alle, ach so friedlich gestimmt; sie haben eigentlich gar nichts gegen die Schauspielerorganisation, die Bühnengenossenschaft, nur gegen die Form ihres Auftretens und gegen ihre jetzige Leitung. Sie wollen alle den Frieden, aber nachgeben wollen sie auch nicht, denn das hieße ja, sich schwach zeigen, und dann würde die Genossenschaft nur noch übermütiger. Bezeichnend für das Vorherrschende des friedlich drapierten Scharmacheriums war, daß ein Antrag Wahms, wonach auch Vortragsvorstellungen zugunsten der humanitären Anstalten der Genossenschaft gestattet werden sollten, abgelehnt wurde; nur zum Besten der neugegründeten Unterstützungskasse des Unternehmerverbands darf gespielt werden. Es steht zu hoffen, daß, soweit fäbißliche Theater in Frage kommen, hier die Stadtverwaltungen auf dem Posten sind und das in Frankfurt a. M. und Mainz gegebene Beispiel nachahmen. Die kürzlich erwähnte Resolution Warteres, wonach die Mitglieder des Bühnenvereins erklären, auch nach 1913 den Pariskal nicht ausführen zu wollen, solange das Bayreuther Festspielhaus unter der Leitung der nächsten Angehörigen Wagners und der jetzigen Verwaltung stehe, wurde der Kommission für Aufführungsangelegenheiten überwiesen. — Das Geschäft blüht. Der dänische Schriftsteller Sofus Michaëlis, der Verfasser der Revolutionshochzeit, hat bald wieder ein Stück fertig, das in der napoleonischen Zeit spielt. Nach dänischen Wittern soll das Stück von Direktor Max Reinhardt „bestell“ sein. —

Eingelaufene Schriften.

Marg. A. Zepher. Vom inneren Wesen. Eine Schrift zum Sinnen und Schaffen. Mit 4 Bildern (kalligraphische Studien). Berlin, Verlag von Wiegandt u. Grieben (W. S. Sarasin).

B. Jensen, Moses, Jesus, Paulus. Drei Varianten des babylonischen Gottmenschen Gilgamesch. Ein Anlauf wider die Theologen, ein Appell auch an die Laien. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag. Preis 1,20 Mk.

Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Leipzig, Verlag von W. G. Deubner. Preis des Bändchens gebunden 1,25 Mk. — Nr. 10: Prof. Dr. Johannes Prentzel, Ernährung und Volksnahrungsmittel. Sechs Vorträge. Neubearbeitet von Prof. Dr. N. Junk. Zweite Auflage. — Nr. 86: Johannes Rehmke, Die Seele des Menschen. Dritte veränderte Auflage. — Nr. 45: Dr. Eduard Otto, Deutsches Frauenleben im Wandel der Jahrhunderte. Zweite, verbesserte Auflage. — Nr. 83: Professor Richard Väter, Dampf und Dampfmaschine. Dritte Auflage.